

**Willy Klages**

**Teuflische Lügen  
und  
bittere Wahrheiten**

**Die  
mitteldeutsche Besatzungszone  
in  
den Jahren  
1946 bis 1949**

**Sonderheft Nr. 22**



**Die  
mitteldeutsche Besatzungszone  
in  
den Jahren  
1946 bis 1949**

**Sonderheft Nr. 22**

**Die mitteldeutsche Besatzungszone**

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
Politische Vereinbarungen der Siegermächte, internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die Ereignisse in der mitteldeutschen Besatzungszone von 1946 bis 1949	2-92
Schlußbemerkungen	93-94
Hinweise für den Leser	95-97
Quellen- und Literaturnachweis	

**Politische Vereinbarungen der Siegermächte, internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die Ereignisse in der mitteldeutschen Besatzungszone von 1946 bis 1949**

Meist belehrt erst der Verlust über den Wert der Dinge.  
*Arthur Schopenhauer (1788-1860, deutscher Philosoph)*

**01.01.1946**

Hermann Hesse stellt am 1. Januar 1946 während einer Neujahrsansprache fest (x111/121): >>... Und diesmal, so scheint es, ist das neue, das willkommene, das noch so unbefleckte Jahr etwas ganz Besonderes und Wichtiges. Nach Jahren des Schlachtens und Vernichtens ist es wieder die erste Neujahrsnacht für uns, in der kein Krieg ist.<<

**17.01.1946**

Der Ausschuß der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien schreibt am 17. Januar 1946 an den Alliierten Kontrollrat (x111/126): >>... Der Ausschuß wendet sich an die vereinten Besatzungsmächte mit der Bitte, gegen das in allen Zonen überhand nehmende Banditenunwesen in schärfster Weise durch den Einsatz bewaffneter Polizeistreifen und durch andere Maßnahmen vorzugehen, um die Bevölkerung endgültig von einer der schädlichsten Folgen des Krieges zu befreien.<<

**19.01.1946**

Von den benutzbaren 880.000 Berliner Wohnungen belegen die Besatzungsmächte am 19. Januar 1946 ca. 150.000 Wohnungen (x116/104).

**20.01.1946**

Die Studenten der Universität Berlin geloben am 20. Januar 1945 (x111/127): >>Dir, deutsches Volk, geloben wir, daß unsere Arbeit und unser Wissen nur noch deinem Wohle und dem der Menschheit dienen soll. All unsere Kraft für ein ernstes Studium und ein neues demokratisches Deutschland! ...<<

**23.01.1946**

Der Suchdienst des Arbeitsamtes Gera schreibt am 23. Januar 1946 (x170/192): >>Sehr ge-

ehrte Frau M.

Auf Ihre Anfrage vom 21.12.1945 müssen wir Ihnen die schmerzliche Mitteilung machen, daß Ihr Mann, der Stabsintendant Karl M., am 26.4.1945 im Geraer Teillazarett Umtermhäuserschule gestorben ist. Wir konnten Ihnen diese Nachricht nicht eher mitteilen, da Ihre Adresse nicht bekannt war.

Ihr Mann wurde am 10.3.1945 von der Krankensammelstelle Gera mit einer Verwundung durch Weichteilstecksplitter oberhalb des linken Knies und mit Rippenfellvereiterung in das Teillazarett Umtermhäuserschule eingewiesen. Beste ärztliche Versorgung und Pflege konnten ihn nicht am Leben erhalten. Er hat seine letzte Ruhestätte auf dem Ostfriedhof in Gera in Abt. X, Nr. 220 gefunden.

Wir senden Ihnen als Anlage das Soldbuch und die Erkennungsmarke und sprechen Ihnen zu diesem schweren Verlust die aufrichtige Anteilnahme aus. ...<<

#### **26.01.1946**

Der Alliierte Kontrollrat beschließt am 26. Januar 1946 die Einführung der 6-Tage- bzw. 48-Stunden-Arbeitswoche.

#### **28.01.1946**

Der Zahnarzt Dr. B. berichtet am 28. Januar 1946 aus dem Eichsfeld in Thüringen (x124/107): >>... Es ist schauerhaft kalt. Wir haben 13° im Haus. Für die Praxis bekommen wir Braunkohlenbriketts. Sie verbreiten eine gelinde Wärme und viel Ruß. Lieber Braunkohle als gar nichts.

Abends hocken wir mit Decken auf den Knien um den lauen Ofen ... Schlimm ist es, wenn der Strom ausfällt und wir im Finstern sitzen müssen.

In der Praxis stört es mich weniger, denn dann können wir aufhören. ... Es gibt keinen Kautschuk, kein Paladon und keine künstlichen Zähne mehr. ...<<

#### **31.01.1946**

Die mitteldeutschen Kranken- und Sozialversicherungskassen werden am 31. Januar 1946 verstaatlicht und zentralisiert.

170 Berliner Kinos sind am 31. Januar 1946 bereits wieder geöffnet.

#### **05.02.1946**

Anton Ackermann erklärt am 5. Februar 1946 während seines Schlußwortes zur KPD-Kulturtagung (x116/149): >>... Keine Weltanschauung ist stärker als die Weltanschauung der sozialistischen Bewegung. Ihr muß und wird der Erfolg gehören, wenn wir sie uns in ihrem ganzen Reichtum aneignen und sie richtig anzuwenden verstehen.

Ich bin fest davon überzeugt, daß wir nicht nur die breiten Massen des Volkes, sondern auch breiteste Schichten der Intelligenz gewinnen werden, weil ich an den Marxismus-Leninismus glaube, der allmächtig ist, weil er wahr ist.

Werbung für unsere Weltanschauung, für die Partei; um jeden einzelnen ringen, besonders um jeden einzelnen Studenten, Lehrer, Wissenschaftler und Künstler – das ist eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Die Zahl der Intellektuellen in den Reihen unserer Partei ist bedeutend gewachsen, aber sie ist uns noch zu gering.<<

#### **09.02.1946**

Im 1. Heft der "Einheit" schreibt der KPD-Politiker Anton Ackermann (1905-1973, eigentlich Eugen Hanisch) am 9. Februar 1946 über den "besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" (x111/135): >>... Die besondere Lage, in der sich Deutschland befindet, besteht in der militärischen Besetzung, darin, daß bei der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse der reaktionäre staatliche Gewaltapparat ... zerbrochen wurde und daß durch die demokratische Bewegung ein neuer Staats- und Wirtschaftsapparat auf demokratischer Grundlage geschaffen wird. ...

Für Deutschland wie für jedes andere Land gilt, daß es ohne die Aufrichtung der ganzen

Macht der Arbeiterklasse keinen Aufbau des Sozialismus geben kann.<<

### **10.02.1946**

Die vier Parteien der sowjetischen Zone und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund veröffentlichen am 10. Februar 1946 in Leipzig folgenden Aufruf (x111/136): >>Wir wollen heute den bisher zurückgehaltenen Schichten die Möglichkeit zu geistiger Arbeit geben, um damit an der geistigen Lenkung des Staates auch die bisher Ausgeschalteten beteiligen zu können. Zwei Wege werden sie zur Universität führen:

1. die Arbeiterfakultät, die neben dem eigentlichen Universitätsstudium das zusätzliche nötige geistige Wissen vermittelt;
2. die Begabtenprüfung, die die allgemeine geistige Reife zum Besuch der Vorlesungen feststellen soll.<<

### **13.02.1946**

Der CDU-Politiker Jakob Kaiser (1888-1961) erklärt am 13. Februar 1946 in Berlin (x111/137): >>... Mir scheint für Deutschland die große Aufgabe gegeben, im Ring der europäischen Nationen die Synthese zwischen östlichen und westlichen Ideen zu finden. Wir haben Brücke zu sein zwischen West und Ost.<<

### **16.02.1946**

Der Berliner Oberbürgermeister Arthur Werner ruft 16. Februar 1946 die Bevölkerung zur Selbsthilfe auf (x111/137): >>... Kein Quadratmeter landwirtschaftlich oder gärtnerisch nutzbaren Landes darf brach liegenbleiben!<<

### **20.02.1946**

Der 15jährige Kurt N. berichtet am 20. Februar 1946 über die Haftbedingungen im sowjetischen Internierungslager Ketschendorf bei Fürstenwalde (x126/61-63): >>... Bevor man mich am 20. Februar ins Lazarett schleppte, verabschiedete ich mich von einem Kölziger Kumpel, als sähen wir uns zum letzten Mal – mit Gruß nach Hause, falls er durchkommen sollte, und der Übergabe meiner Habseligkeiten. ...

In meinem Krankenzimmer sah ich fast nur Eiternde. Im Raum standen aus Holz gezimmerte schmale Pritschen mit je einem apathisch daliegenden Kranken. Die meisten hatten offene, als Folge von Ödemen geplatzte Beine ...

Ein Sanitäter gab mir einen Platz im hinteren Teil des Raumes zwischen 2 Pritschen auf dem Fußboden. Ich überlegte trotz meiner geschundenen Psyche. ... Zuerst ... brauchte ich einen Platz auf den Pritschen, um nicht getreten zu werden. Es klingt makaber, aber meine Aufmerksamkeit galt dem rechten Nebenmann. Ich hatte genug Erfahrung, um einschätzen zu können, daß sein leises Stöhnen nicht mehr lange dauern würde. Noch war es wahrnehmbar. Ich versuchte deswegen, nach dem Dunkelwerden wach zu bleiben, um den Sanis zuvorzukommen und die Platzfrage selbst zu regeln.

Irgendwann war es dann auch so weit, daß der Kamerad neben mir ausgelitten hatte. Ich tauschte den Platz mit ihm. Der Vorzug der Pritsche konnte ihm ohnehin nichts mehr nützen.

...

Durch den Tod des Nebenmannes kam ich unverhofft zu seinem letzten Brot, das am Kopfen- de lag, sowie zu seinen Schuhen, weil meine eigenen mir erst bei der letzten Entlausung weg- gekommen waren und ich immer Angst davor hatte, nur meine selbstgebauten Pantinen an den Füßen zu tragen, wenn es einmal auf (den) Transport gehen sollte.

Ich habe oft darüber nachgedacht, ob mein Umgang mit dem toten Kameraden richtig war. Eine Antwort konnte ich mir nicht geben. Genau ein Jahr danach, im strengen Frost des Fe- bruar 1947, war es in (dem sowjetischen Internierungslager) Jamlitz normal, daß die nachts Verstorbenen morgens unbedeckt auf ihrer Pritsche lagen. So verbesserte der Tod des einen die Chancen der anderen. In Ketschendorf wußten wir, daß die Sanis Goldzähne an die Russen weitergaben und Speck dafür bekamen.

Meine nächtliche Tat blieb unbemerkt. Der Kumpel wurde hinausgetragen und ich behielt meinen Platz, ohne daß die Sanis mitbekamen, wer nun wer war. Es ging sowieso alles namenlos zu ...<<

### **22.02.1946**

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) berichtet am 22. Februar 1946 aus der US-Botschaft in Moskau über die Ziele der sowjetischen Politik (x111/139): >>... Die Erfordernisse ihrer eigenen vergangenen und gegenwärtigen Position sind es, die die sowjetische Führung dazu zwingen, ein Dogma zu verkünden, nach dem die Außenwelt böse, feindselig und drohend, aber zugleich von einer schleichenden Krankheit befallen und dazu verurteilt ist, von immer stärker werdenden inneren Kräften zerrissen zu werden, bis sie schließlich von der erstarkenden Macht des Sozialismus den Gnadenstoß erhält und einer neuen besseren Welt weicht.<<

### **26.02.1946**

Der Alliierte Kontrollrat veröffentlicht am 26. Februar 1946 Entnazifizierungsrichtlinien (x116/16-17): >>Anordnung. - Um den Einfluß des Nationalsozialismus und Militarismus in dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben völlig auszumerzen und die Entwicklung wahrer demokratischer Einrichtungen zu fördern, wird hiermit angeordnet:

1. Es ist ungesetzlich ... nationalsozialistische Parteimitglieder anzustellen oder in ihren Stellungen zu belassen, die mehr als nominell an den Tätigkeiten der NSDAP teilgenommen haben oder die dem Vorhaben der Alliierten feindlich gegenüber stehen. ...

5. Sie sollen durch solche Personen ersetzt werden, die sich durch ihre politischen oder moralischen Eigenschaften als fähig erwiesen haben, zur Entwicklung echter demokratischer Einrichtungen in Deutschland beizutragen.<<

### **01.03.1946**

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 1. März 1946 in ihrem Tagebuch über die Funktionärskonferenz der SPD im Berliner Admiralspalast (x111/141): >>... Gewitterschwüle lastet im Raum. Von Minute zu Minute wird die Stimmung gereizter. Schon ehe das Hauptreferat beginnt, gehen am Vorstandstisch Dutzende von Diskussionsmeldungen ein.

Jetzt besteigt Otto Grotewohl das Pult. "Befehlsempfänger", bricht aus einer Ecke der erste Zuruf los. "Geh nach Karlshorst, Otto!" –

Herr Grotewohl läßt sich nicht beirren. "Schädlicher Separatismus ... Die Reaktion auf der Lauer ... Aktivität des Vatikans ... Drohende Rückkehr des Nazitums ...", beschwört er die Folgen einheitsfeindlicher Haltung. –

"Wir wollen keine Zwangsverschmelzung", antwortet es feindselig aus dem Parkett. Getrappel und Zwischenrufe ... "Wir lassen uns nicht vergewaltigen!"

Immer zahlreicher prasseln die Proteste. Immer wütender, immer leidenschaftlicher wie eine Springflut spülen sie über die Worte des Redners. "Verrat ... Betrug ... abtreten ... aufhören ..." Ein paar vereinzelte Zustimmungen verhallen kläglich im allgemeinen Lärm.

"Urabstimmung! Wir fordern Urabstimmung!" schält es sich immer deutlicher aus dem Getöse. Hände fliegen in die Höhe. Mit überwältigender Mehrheit wird der Beschluß zur Urabstimmung angenommen.

Irgendwo beginnt einer zu singen: "Brüder zur Sonne, zur Freiheit" ...<<

Der Politiker Erich Gniffke schreibt später über diese SPD-Funktionärskonferenz (x111/141): >>... Zurufe wie "Keine Unterwerfung!", "Du lügst!" hagelten von allen Seiten.

Die Protestrufe gegen seine Ausführungen wurden immer zahlreicher. Sprechchöre bildeten sich. Auf Trillerpfeifen und Hausschlüsseln wurde ein ohrenbetäubendes Konzert vollführt. ...<<

### **02.03.1946**

Während der ersten KPD-Reichskonferenz vom 2. März 1946 kündigt Walter Ulbricht "freie Wahlen" an (x111/142): >>... Wir werden sie so durchführen, daß unter Garantie in allen Städten und Orten eine Arbeitermehrheit zustande kommt.<<

### **07.03.1946**

Die "Freie Deutsche Jugend" (FDJ) wird am 7. März 1946 gegründet. Erich Honecker übernimmt den Posten des FDJ-Vorsitzenden.

### **08.03.1946**

Der Alliierte Kontrollrat erklärt am 8. März 1946 (x111/144): >>1. Deutschland besteht aus dem gegenwärtigen deutschen Gebiet zwischen Oder-Neiße-Linie und den gegenwärtigen Westgrenzen.

2. Im Jahre 1949 wird die Bevölkerung innerhalb dieser Grenzen 66,5 Millionen betragen.

3. Auf ausländischen Märkten werden deutsche Exporte keinen Sonderbestimmungen unterworfen.

4. Deutschland wird in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen als wirtschaftliche Einheit behandelt.<<

Die "Neue Berliner Illustrierte" informiert am 8. März 1946 in einem Bericht, daß man aus schlichten Tüchern moderne Kopfbedeckungen "zaubern" kann.

### **30.03.1946**

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 30. März 1946 in ihrem Tagebuch über die bevorstehende Abstimmung der Berliner SPD und KPD (x111/149): >>Morgen findet die Urabstimmung statt.

Unser Parteivorstand (sc. der SPD) boykottiert ihre Vorbereitung, wo immer er kann.

In allen Berliner Bezirken herrscht heillose Verwirrung. Hier fehlen die Mitgliedsregister, da fehlen die Stimmzettel, hier fehlen die Wahllisten, dort bleiben die Wahlberechtigten ohne Benachrichtigung. Es mangelt an Urnen, es mangelt an Plakaten, es mangelt an Flugblättern, Wahlzellen, Bleistiften und Umschlägen.

Bis in die Nacht hinein basteln wir an einer Wahlurne, stöbern wir in unseren kargen Textilbeständen nach einem Vorhang für die Stimmzelle. Das Parteiblatt hat es nicht für nötig gehalten, die Adressen der Wahllokale bekanntzugeben. ... Die einheitsfeindlichen Genossen arbeiten wie Kulis.<<

### **31.03.1946**

In den Westsektoren Berlins ergibt die Abstimmung der SPD-Mitglieder über den Zusammenschluss mit der KPD folgendes Ergebnis (x111/149): >>Von 33.247 berechtigten Parteimitgliedern stimmen 23.755 ab. 19.529 (82 %) stimmen gegen und 2.937 (12 %) für die Parteivereinigung.<<

In den Ostsektoren Berlins wird die Abstimmung durch SMAD und KPD am 31. März 1946 verhindert.

### **01.04.1946**

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 1. April 1946 in ihrem Tagebuch über das Abstimmungsergebnis der Berliner SPD und KPD (x111/152): >>Die Würfel sind gefallen. Mit zweiundachtzig einhalb Prozent haben sich die sozialdemokratischen Wähler Berlins gegen die Verschmelzung entschieden. ... Bis zur letzten Wahlminute währte der Widerstand unseres Parteivorstands. Es hat ihm nichts genützt. Wider Gewalt, Bedrohung und Propaganda siegte der Wille zur Selbstbestimmung, wenn auch nur in zwölf unter zwanzig Bezirken.

Im russischen Sektor wurde die Wahlgenehmigung nicht erteilt. "Wegen technischer Schwierigkeiten", wie die Begründung lautet.

Die gleichen "technischen Schwierigkeiten" scheinen veranlaßt zu haben, daß vor einigen Wahllokalen dieses Besatzungsgebiets am Fröhnachmittag russische Wachposten aufzogen.<<

#### **08.04.1946**

Der Zahnarzt Dr. B. berichtet am 8. April 1946 aus dem Eichsfeld in Thüringen (x124/154-155): >>... Jetzt geht man zur Erholung in den Wald und sammelt Holz, damit der Weg nicht umsonst war. Allerdings ist unser Wald schon ganz licht geworden. Beim Forsthaus, wo die hohen Buchen standen, gewinnt man den Eindruck, es wäre ein englischer Park. ...

Die Zonengrenze ist hermetisch abgeschlossen. ...<<

#### **15.04.1946**

In einem offenen Brief wird am 15. April 1946 in der Provinz Sachsen die geplante Zwangsvereinigung von SPD und KPD in den fünf Ländern der sowjetischen Zone kritisiert (x111/-157): >>... Sinn und Zweck der Vereinigung der Arbeiterparteien ist, die Arbeiterschaft mehr und sicherer unter kommunistischen Einfluß zu bringen und der bolschewistischen Aggression zugänglicher zu machen ...

Wir deutschen Arbeiter im abgetrennten Osten und in der Mitte des Reiches dürfen unsere Stimme nicht erheben wegen der Nähe der GPU (früher war es die Gestapo!).

Wir rufen Euch, Brüder im Westen, werdet die Sprecher für uns!<<

#### **20.04.1946**

Die sowjetische Besatzungsmacht und die Führung der KPD vollziehen am 20. April 1946 die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED.

Die SED berichtet am 19./20. April 1946 über die Vereinigung von SPD und KPD (x156/22-24): >>Am 19. und 20. April 1946 haben der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands übereinstimmend die Vereinigung beider Arbeiterparteien beschlossen. Beide Parteien treten daher am 21./22. April 1946 zu ihrem Vereinigungsparteitag in Berlin zusammen und beschließen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands konstituieren sich als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. ...

Die Arbeiterklasse wird alle demokratischen und fortschrittlichen Kreise des Volkes einen. Sie ist die konsequenteste demokratische Kraft und der entschiedenste Kämpfer gegen den Imperialismus. Sie ist die Kraft, die unser nationales Unglück überwinden wird. ...

Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit lehren, daß die Arbeiterklasse nur dann die Führung im Aufbau der neuen, freien, unteilbaren deutschen Republik haben wird, und zur Umgestaltung der gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen, zum Aufbau des Sozialismus nur schreiten kann, wenn sie die Spaltung in ihren eigenen Reihen überwindet, die Sozialistische Einheitspartei schafft und das ganze werktätige Volk um sich sammelt.

Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands ist daher das unaufschiebbare Gebot der Stunde!

Von diesen Erwägungen ausgehend wird die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auf dem Boden folgender Grundsätze und Ziele gebildet:

##### **I. Gegenwartsforderungen**

1. Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher. Beseitigung der Überreste des Hitlerregimes in Gesetzgebung und Verwaltung. Völlige Säuberung des gesamten öffentlichen Lebens, aller Ämter und Wirtschaftsleitungen von Faschisten und Reaktionären.
2. Beseitigung der kapitalistischen Monopole, Übergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.
3. Vernichtung des reaktionären Militarismus, Entmachtung der Großgrundbesitzer und Durchführung der demokratischen Bodenreform.

4. Ausbau der Selbstverwaltung auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen. Leitung aller öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft durch ehrliche Demokraten und bewährte Antifaschisten. Systematische Ausbildung befähigter Werktätiger als Beamte der Selbstverwaltungsorgane, als Lehrer, Volksrichter und Betriebsleiter unter besonderer Förderung der Frauen.

5. Überführung aller öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmen in die Hände der Gemeinden, Provinzen und Länder oder der gesamtdeutschen Regierung. Zusammenfassung der wirtschaftlichen Unternehmungen in Wirtschaftskammern unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften und Genossenschaften. Stärkste Förderung des Genossenschaftswesens. Begrenzung der Unternehmergewinne und Schutz der Werktätigen vor kapitalistischer Ausbeutung.

6. Aufbau der Wirtschaft und Sicherung der Währung auf Grund von Wirtschaftsplänen. ...

12. Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik, Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien.

13. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung der durch das Hitlerregime den anderen Völkern zugefügten Schäden. Sicherung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards für das deutsche Volk im Sinne der Potsdamer Konferenz der drei Großmächte.

14. Schärfster Kampf gegen Rassenhetze und jedwede Hetze gegen andere Völker. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Nationen.

## II. Der Kampf um den Sozialismus

Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigt und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, der Frieden nicht endgültig gesichert.

Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands: die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwaltung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse die ausgebeutete und unterdrückte Klasse.

Sie kann sich von Ausbeutung und Unterdrückung nur befreien, indem sie zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung befreit und die sozialistische Gesellschaft errichtet. Der Sozialismus sichert allen Nationen, allen Menschen die freie Ausübung ihrer Rechte und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Erst mit dem Sozialismus tritt die Menschheit in das Reich der Freiheit und des allgemeinen Wohlergehens ein.

Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik.

Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerschlagung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus, sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.<<



Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das Schicksal der "SPD" in der SBZ (x009/409): >>... Unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht wurde sie am 19./20.4.1946 mit der KPD zur SED zwangsvereinigt.

Im Laufe der Entwicklung wich die versprochene paritätische Vertretung in allen Vorstandssämtern einer kommunistischen Diktatur und viele sozialdemokratische Funktionäre wurden verhaftet.

In Berlin wehrte sich die SPD unter Führung von Franz Neumann und mit Unterstützung vor allem von Dr. Schumacher gegen die Vereinigung. In einer Urabstimmung wurde die Verschmelzung eindeutig abgelehnt.

Die alliierte Kommandantur fand daraufhin den Kompromiß, SPD und SED in allen 4 Sektoren Berlins zuzulassen.<<

### **21.04.1946**

Am 21. April 1946 kommen die Delegierten des Vereinigungsparteitages im Berliner Admiralspalast zusammen, um die SED zu gründen.

Wilhelm Pieck (1876-1960, ab 1945 KPD-Vorsitzender, von 1946-54 Vorsitzender der SED) und Otto Grotewohl (1945 Vorsitzender der SPD in der SBZ, von 1946-54 SED-Vorsitzender) reichen sich damals feierlich die Hände.

Grotewohl erklärt während des Vereinigungsparteitages (x073/231): >>... "30 Jahre Bruderkampf finden in diesem Augenblick ihr Ende.

An deinem 70. Geburtstag, Wilhelm Pieck, reichten wir uns die Hände für hunderttausende von Sozialdemokraten und Kommunisten.

Ich wünschte den Tag herbei, an dem sich unsere Hände nicht mehr zu trennen brauchten. Dieser Tag ist heute da.

Wer heute einen geschichtlichen Blick hat, der sieht heute Millionen von Sozialisten hinter uns stehen. Ein alter Traum ist Wirklichkeit geworden - die Einheit der deutschen Arbeiterklasse."

Die Antwort von Wilhelm Pieck: "Ja, lieber Otto Grotewohl, wir tragen beide, die wir zu Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei ausersehen sind, die besondere Verantwortung dafür, daß das Vertrauen der werktätigen Massen, das sie in die Sozialistische Einheitspartei setzen, gerechtfertigt wird.

Es ist eine große Aufgabe, ein neues antifaschistisches, demokratisches Deutschland zu schaffen, unserem Volk aus seiner Not herauszuhelfen und Frieden und Demokratie in diesem Deutschland zu sichern.

Wir werden es schaffen. Wir werden unsere Sozialistische Einheitspartei zu der Millionenpartei des deutschen werktätigen Volkes machen, um damit zu schlagen alle inneren Feinde und das große Werk zu vollenden, das wir uns gestellt haben – den Sozialismus."<<

Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014, kehrt am 30.04.1945 als Mitglied der Gruppe "Walter Ulbricht" aus Moskau nach Deutschland zurück), der damals an dem Vereinigungsparteitag im Berliner Admiralspalast teilnimmt, berichtet später (x156/24-25): >>...

Am 21. April, vormittags 10 Uhr, begann im Admirals-Palast zu Berlin der Vereinigungsparteitag. Mehr als tausend Delegierte und Hunderte von Gästen strömten in das Gebäude – der erste gemeinsame Parteitag der Kommunisten und Sozialdemokraten! ...

Den größten Beifall des gesamten Parteitages erntete Grotewohl mit seiner Erklärung: "Ich glaube nicht, daß es vermessen ist, und ich glaube auch nicht, daß die sowjetischen Besatzungsbehörden es mir etwa übelnehmen werden, wenn ich an dieser Stelle erkläre, daß die heute geschaffene Sozialistische Einheitspartei mindestens in der sowjetischen Besatzungszone durch ihre riesengroße politische Stärke eine so große Sicherheit für unseren Bestand in der sowjetischen Zone darstellt, daß wir auf die Bajonette der Russen nicht mehr angewiesen sind."

Der tosende, minutenlange Beifall und die begeisterten Zurufe waren ein Ausdruck der Hoffnung, daß mit der Gründung der SED die deutschen Sozialisten bald Herren im eigenen Haus sein würden, um dann auf Grund eigener Tradition einen selbständigen Weg zum Sozialismus zu beschreiten.

Grotewohl betonte besonders die Notwendigkeit der persönlichen Freiheit in der neuen Partei. Die Partei, so sagte er, habe die Aufgabe, "die freie Persönlichkeit zu entwickeln und zu entfalten. ... In keiner deutschen Partei lebt wohl die Achtung vor den Lebensrechten der Menschen heißer und stärker als in der Sozialistischen Einheitspartei".

Dann kam der Höhepunkt: Die Abstimmung über das Programm, das Statut und über den Beschluß zur Schaffung der SED. ...

Die SED war gegründet.

Abends kamen alle Delegierte und viele Funktionäre zu einem "frohen Ausklang" im Friedrichstadt-Palast zusammen. Bis auf den letzten Platz war das dreitausend Menschen fassende Gebäude besetzt, und vor den Eingängen standen noch Hunderte von Genossen. Hoffnungsvoll war dieser für uns ereignisreiche Tag zu Ende gegangen.

Alles schien für die Verwirklichung unserer Wünsche zu sprechen: die paritätische Besetzung der Leitungen, die mahnenden Worte über Kameradschaft und Vertrauen, die Pieck an die Kommunisten gerichtet hatte, die Beteuerungen Grotewohls über die Freiheit der Persönlichkeit in der neuen Partei, die erste Abstimmung, die einen Bruch mit der üblichen Einstimmigkeit gebracht hatte und von niemandem übel vermerkt worden war; die These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, die nur im Programm der SED ihren Niederschlag gefunden hatte; die Andeutungen Grotewohls über das vielleicht nahe Ende der sowjetischen Besatzung

...

An diesem Abend konnte ich nicht ahnen, daß von den Teilnehmern des Vereinigungsparteitages innerhalb weniger Jahre fast die Hälfte aus ihren Funktionen verdrängt, abgesetzt, verleumdet oder einer Säuberung zum Opfer gefallen sein würde. Auch die aktivsten Mitglieder der SED blieben von diesem Schicksal nicht verschont. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "SED" (x009/-388): >>Abkürzung für Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

Unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht am 21.04.1946 gegründet durch Zusammenschluß von KPD und SPD in der SBZ. Auf dem Vereinigungsparteitag waren offiziellen Angaben zufolge 47 % der Mitglieder Kommunisten, 53 % Sozialdemokraten.

Die zunächst paritätische Besetzung aller Parteileitungen wurde Anfang 1949 auch formell aufgehoben, alle nicht gleichgeschalteten sozialdemokratischen Funktionäre wurden nach und nach verdrängt. ...

Seit 1948 schnelle Bolschewisierung der Partei unter der Parole: Entwicklung der SED zu einer "Partei neuen Typus" nach dem Vorbild der KPdSU. Anerkennung der führenden Rolle der Sowjetunion und der KPdSU werden auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU für die Mitgliedschaft vorausgesetzt.

Ziel der SED ist die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus in der "DDR" nach sowjetischem Vorbild und die Übertragung des "DDR-Modells" auf ganz Deutschland (Spaltung und Wiedervereinigung Deutschlands).

Parteiführung und Funktionäre nehmen Einfluß auf alle Lebensbereiche (Familienpolitik, Rechtswesen, Kulturpolitik usw.) und beherrschen sämtliche Massenorganisationen und den gesamten Staats- und Wirtschaftsapparat der SBZ mit der Begründung, die Partei sei der Vortrupp der Arbeiterklasse und vertrete die Interessen aller Werktätigen.

Zu den wichtigsten Herrschaftsmethoden gehören:

1. die Personalunion in den Führungsgremien. Spitzenfunktionäre der SED bekleiden zugleich wichtige Staatsämter (Staatsrat) und haben Schlüsselpositionen in den Massenorganisationen

inne;

2. die Kaderpolitik (sowjetisches Nomenklatorsystem);
3. das enge Zusammenspiel der Apparate (Büros der SED);
4. die Tätigkeit der Betriebsparteiorganisationen.

Die SED-Parteführung leitet und kontrolliert die westdeutsche KPD, auch nach deren Verbot. Organisatorischer Aufbau (der SED): Parteitagsdelegierte wählen das Zentralkomitee (ZK), von dem das Politbüro und das Sekretariat gewählt werden. Nachgeordnet sind Bezirks-, Kreis-, Stadt- und Ortsleitungen; Grundorganisationen: Betriebs- und Wohngruppen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kaderpolitik" in der SBZ (x009/207-208): >>Bezeichnung für Auswahl, Ausbildung und Einsatz von "Kadern". Der Begriff Kader stammt aus der Militärsprache, bedeutet dort Stammpersonal militärischer Formationen.

In den kommunistischen Parteien sind Kader:

a) alle Personen in Partei, Staat, Wirtschaft, Massenorganisationen und Militär, die in wichtigen Positionen zur Erhaltung und Festigung des totalitären Systems beitragen sollen. In diesem Sinne bedeutet Kader soviel wie Elite. In der Bezeichnung der SED als eine Kaderpartei (im Gegensatz zur Massenpartei) wird die Absicht zum Ausdruck gebracht, aus der Partei ein organisatorisch und weltanschaulich hochgezüchtetes Herrschaftsinstrument zu schaffen. Die "Entwicklung von Kadern" ist eine Hauptaufgabe der Schulung.

Die Sicherung einer einheitlichen Kaderpolitik obliegt der Kaderabteilung, die mit besonders zuverlässigen SED-Mitgliedern besetzt sind. Kaderabteilungen bestehen in allen Organisationen, Institutionen und Betrieben.

Die Kaderabteilungen müssen auch bei der Einstellung von Parteilosen und Mitgliedern anderer Parteien die Genehmigung der zuständigen SED-Dienststelle einholen. Die Kaderabteilungen des SED-Apparates haben bestimmenden Einfluß auf die Kaderpolitik aller Organisationen und Institutionen, einschließlich der Blockparteien.

Die Kaderabteilungen sollen alle Beschäftigten hinsichtlich ihrer Einstellung überwachen. Sie führen "Entwicklungskarteien", in die neben dem fachlichen Werdegang die Teilnahme an politischen Schulungen sowie Vermerke über das politische und "moralische" Verhalten eingetragen werden. Regelmäßig sollen mit allen Beschäftigten "Entwicklungsgespräche" geführt werden.

Bei Arbeitsplatzwechsel wird die sog. Kaderakte des Beschäftigten der Kaderabteilung des neuen Arbeitsplatzes übersandt. Schon vor Neueinstellung wird regelmäßig bei der Kaderabteilung des Betriebes bzw. der Dienststelle, bei der der Betreffende bisher beschäftigt war, Nachfrage gehalten. So werden bei Kündigungen aus politischen Gründen unerwünschte Neueinstellungen verhindert.

Der leitende Funktionär einer Kaderabteilung wird Kaderleiter genannt. Er ist verpflichtet, dem Staatssicherheitsdienst jederzeit Einblick in alle Kaderakten zu gewähren und alle gewünschten Auskünfte zu erteilen.

Die große Bedeutung, die der Kaderpolitik zugeschrieben wird, entspricht dem militärischen Organisationsprinzip der Kommunisten: "Die Kader entscheiden alles." (Stalin) ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Nomenklatorsystem" in der SBZ (x009/311): >>Nach dem Nomenklatorsystem arbeiten seit 1949/1950 alle Kaderabteilungen der SED, der Massenorganisationen, der zentralen Dienststellen und der "volkseigenen" Wirtschaft.

Personen, die auf Grund ihrer politischen Funktion für das System wichtig sind, unterstehen in allen personalpolitischen Fragen der Kaderpolitik ihrer übergeordneten Dienststelle. Versetzungen, Entlassungen usw. dürfen nur mit Zustimmung dieser für sie zuständigen Nomenklatorsystem-Stelle vorgenommen werden.

Hohe SED-Funktionäre (Minister, Staatssekretäre, 1. SED-Bezirkssekretäre usw., aber auch Lehrkörper und Schüler der SED-Parteihochschule unterstehen der Nomenklatur des ZK der SED.

Durch das aus der Sowjetunion übernommene Nomenklatorsystem soll eine genaue Abgrenzung der Zuständigkeit in personalpolitischen Fragen erreicht werden. Es fördert entscheidend den zentralistischen Aufbau des bolschewistischen Systems. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Büros der SED" (x009/85): >>Die wichtigsten Herrschaftsorgane der SED in den Bezirken und Kreisen sind die Büros der SED der Bezirksleitungen (9-11 Mitglieder, 3-5 Kandidaten) und die Büros der SED der Kreisleitungen (5-7 Mitglieder, 2-3 Kandidaten).

Ihnen gehören neben den hauptamtlichen Sekretären und dem Vorsitzenden der Parteikontrollkommission die Spitzenfunktionäre des Staatsapparates, des Staatssicherheitsdienstes sowie der wichtigsten Massenorganisationen an, außerdem einzelne Parteisekretäre von wichtigen Industrie- oder Landwirtschaftsbetrieben. Die Büros der SED tagen wöchentlich mindestens einmal. Die hauptamtlichen Sekretäre haben in ihren Bereichen die gleichen Aufgaben wie die Mitglieder des Sekretariats des ZK der SED.

Die Zugehörigkeit der entscheidenden Funktionäre des Staatsapparates und der Massenorganisationen zu den Büros der SED gewährleistet die Zusammenarbeit aller Institutionen und Organisationen mit der Staatspartei. Andererseits wird die Partei durch die Mitglieder der Büros der SED über alle politisch wichtigen Vorkommnisse im Bezirk bzw. Kreis unterrichtet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Funktionäre" in der SBZ (x009/144): >>In der SED, den übrigen Parteien, den Massenorganisationen sowie in den gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen sind Funktionäre die "ideologisch fortgeschrittensten und aktivsten Mitglieder", die "eine fest umrissene, verantwortliche Funktion innehaben".

Dabei wird weder zwischen gewählten und ernannten noch zwischen haupt- und ehrenamtlichen Funktionären unterschieden. Kriterien der Auslese sind die Anerkennung "der führenden Rolle der SED" und ihrer Ideologie, der Parteidisziplin und der Kritik und Selbstkritik. Alle nachgeordneten Funktionäre sind durch den Demokratischen Zentralismus an die Weisungen der übergeordneten Funktionäre gebunden.

In der SBZ gibt es trotz vielfältiger Ausleseverfahren einen permanenten Mangel an zuverlässigen Funktionären. So hat eine nicht geringe Zahl von Funktionären mehrere Funktionen zugleich inne (Multifunktionär).

Alle politisch entscheidenden Funktionen sind mit SED-Funktionären besetzt, die zum großen Teil weitaus höhere Gehälter als andere Berufstätige beziehen. So verdient z.B. ein Instrukteur im ZK der SED zwischen 1.000 und 1.500 Deutsche Mark Ost ... und ein Abteilungsleiter durchschnittlich 3.000 Deutsche Mark Ost. Außerdem haben die Funktionäre eine Reihe von Privilegien. So stehen ihnen u.a. besondere Erholungsheime zur Verfügung, allerdings höheren Funktionären Heime mit besserer Ausstattung und Verpflegung als mittleren und kleinen Funktionären.<<

#### **23.04.1946**

In Berlin erscheint am 23. April 1946 erstmals das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland".

Die SED-Tageszeitung "Neues Deutschland" berichtet am 23. April 1946 über die SED-Gründung (x111/160): >>Die unheilvolle Zeit der Spaltung der Arbeiterbewegung ist beendet. Die beiden Arbeiterparteien haben sich auf der Basis gemeinsamer Grundsätze und Ziele eines einheitlichen Status vereinheitlicht. ...

Was heute getan und was heute unterlassen wird, ist für Generationen entscheidend. Einen ganz neuen Weg gilt es zu beschreiten, wenn Deutschland eine Zukunft gewinnen will. ...

Die politische und organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung wird die stärkste Garantie

der Einheit Deutschlands sein. ...

Das neue Deutschland muß eine unteilbare, freie Republik sein; allen separatistischen Bewegungen sagen wir den schärfsten Kampf an.

Nur der Sozialismus, dessen Lehre von Marx und Engels begründet wurde, kann alle Lebensfragen unseres Volkes endgültig lösen, alle Quellen des gesellschaftlichen Reichtums erschließen und ein Reich wahrer Freiheit und Menschlichkeit schaffen. Die SED betrachtet sich als die Vollstreckerin dieses höchsten geschichtlichen Erfordernisses. Sie ist die Partei des Sozialismus.<<

#### **29.04.1946**

Der Stettiner Stadtkommandant Zaremba fordert am 29. April 1946 von den Sowjets die Übergabe der Insel Usedom (pommersche Insel vor dem Stettiner Haff, 445 qkm) und ein Gebiet entlang des Rendow-Flusses an Polen (x111/161).

#### **03.05.1946**

Der Zahnarzt Dr. B. berichtet am 3. Mai 1946 aus dem Eichsfeld in Thüringen (x124/169): >>Viele bringen sich hier mit dem sogenannten "Handwagenschein" durch, d.h. sie transportieren mit ihrem Wägelchen das Gepäck derjenigen, die ins Durchgangslager Friedland wollen. Bis zum Zielort sind es 25 km und man kann ganz schön verdienen dabei.

Den Schein gibt es beim Arbeitsamt, das Betriebskapital ist ein Handwagen und die eigene Muskelkraft. Natürlich nehmen die Autobesitzer ein Vielfaches ein. Sie kassieren pro Kopf 20 RM, eine runde Sache bei 30 Fahrgästen und 40 km Fahrt.

Der Flüchtlingsstrom reißt nicht ab. Bei Duderstadt liegt die Einschleuse zur russischen Zone. Man kann sich nur wundern, wieviel Menschen in beiden Richtungen unterwegs sind. ...<<

#### **08.05.1946**

Am 8. Mai 1946 (1. Jahrestag der deutschen Kapitulation) wird die erste Leipziger Frühjahrsmesse nach dem Zweiten Weltkrieg eröffnet. 2.746 Firmen (1933 = 6.292 Firmen) stellen auf dem Ausstellungsgelände ihre Produkte (25 % von 1933) aus (x111/167).

#### **14.05.1946**

Die "Frankfurter Rundschau" berichtet am 14. Mai 1946 über die erste Leipziger Frühjahrsmesse nach dem Zweiten Weltkrieg (x111/167): >>Das Bild, das Leipzig bot, der gewaltige Verkehr in den Straßen, vor allem aber das Leben und Treiben in den Messehäusern der Innenstadt und den Hallen auf dem Messegelände ähnelte dem Bild stark besuchter Vorkriegsmessen.

Die Bedeutung der Leipziger Messe ist aber vor allen Dingen darin zu sehen, daß all den vielen Pessimisten ein Blick hinter den sogenannten "Eisernen Vorhang" ermöglicht wurde und daß sie selbst Dichtung und Wahrheit feststellen konnten und sahen, daß dort noch dieselben Menschen wohnen wie früher, denen es im allgemeinen nicht ungünstiger geht als den Bewohnern der anderen Besatzungszonen.<<

#### **16.05.1946**

Der Alliierte Kontrollrat verbietet am 16. Mai 1946 weiterhin die Gründung von Sportvereinen.

#### **17.05.1946**

In Potsdam-Babelsberg übernimmt die staatliche "Deutsche Film AG" (DEFA) am 17. Mai 1946 sämtliche verfügbaren Vermögenswerte des Ostberliner Unternehmens (Ufa-Ateliers in Babelsberg etc.) und beginnt mit Filmproduktionen in der sowjetischen Zone.

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 17. Mai 1946 über die erste Leipziger Frühjahrsmesse nach dem Zweiten Weltkrieg und die Eisenbahnfahrt nach Leipzig (x111/167): >>Die Leipziger Bevölkerung hat aus Anlaß der Messe Zuteilungen bekommen, auf die sie seit Wochen, manchmal Monaten wartete. ...

Längs der Bahn stehen hunderte von riesigen Kisten, in denen die Maschinen und Werkzeuge

auf den Abtransport (in die Sowjetunion) warten ... Alles, was nur irgendeinen Wert hat, wird abmontiert. ...<<

Der CDU-Politiker Hans Schlange-Schöningen (1886-1960) berichtet am 17. Mai 1946 über eine Reise durch die Länder der sowjetischen Zone (x111/170): >>... So schmerzlich das für einen Ostmenschen ist, der seine Heimat verloren hat, muß ich ... doch die klaren Schlußfolgerungen für den Rest meines Vaterlandes ziehen: Es scheint mir keinen Zweck zu haben, sich von den Russen in endlosen Verhandlungen hinhalten und währenddessen die westlichen Zonen immer mehr schwächen zu lassen.

Vielmehr habe ich die Überzeugung gewonnen, daß es vielleicht nach einem letzten kurzfristig begrenzten Verhandlungsversuch mit der Sowjetregierung, um die Schuldfrage zu klären, unbedingt notwendig ist, die drei Zonen im Sinne einer zielklaren Westpolitik zu organisieren.<<

Der LDP-Politiker Rudolf Mueller (1904-1997) berichtet am 17. Mai 1946 ebenfalls über eine Reise durch die Länder der sowjetischen Zone (x111/170): >>Mein beherrschender Eindruck auf dieser Reise war, daß die politische Führung in der Ostzone mehr Angst vor dem Gift des Westens (Demokratie) hat als der Westen vor der sogenannten unvermeidlichen Entwicklung zum Kommunismus. ...

Die nackte Lebensfrage und Rettung des organischen deutschen Körpers müßte die letzte Energie eines jeden deutschen Politikers beanspruchen. Sosehr es wichtig ist, zuerst im eigenen Hause Ordnung zu schaffen, so vital und prädominierend (vorherrschend) ist unsere Existenzfrage. ...

Wir müssen das Letzte preisgeben, um das Ganze zu retten.<<

#### **22.05.1946**

Sämtliche mitteldeutschen Vereine (einschließlich Sportvereine) werden am 22. Mai 1946 aufgelöst, ihr Vermögen wird beschlagnahmt.

#### **25.05.1946**

Die antifaschistisch-demokratischen Parteien und der FDGB in Sachsen fordern am 25. Mai 1946 die "Übergabe von Betrieben der Kriegs- und Naziverbrecher in das Eigentum des Volkes".

In dem beantragten Volksentscheid heißt es (x111/172): >>Das ganze Vermögen der Nazi-Partei und ihrer Gliederungen und die Betriebe und Unternehmen der Kriegsverbrecher, Führer und aktiven Verfechter der Nazi-Partei und des Nazistaates, wie auch die Betriebe und Unternehmen, die aktiv den Kriegsverbrechern gedient haben und die der Landesverwaltung Sachsen übergeben wurden, werden als enteignet erklärt und in das Eigentum des Volkes überführt.<<

#### **04.06.1946**

Ein Schulgesetz wird am 4. Juni 1946 erlassen, um die "Demokratisierung in den mitteldeutschen Schulen" durchzusetzen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Erziehungswesen" in der SBZ (x009/116-117): >>Die marxistisch-leninistische Pädagogik unterscheidet 2 Institutionen der "Erziehung" der heranwachsenden Jugend: Familie, Schule und Jugendorganisation.

Die Schule - insbesondere die "allgemeinbildende" im Unterschied zur "berufsbildenden" - gilt jedoch als die "Hauptkraft" der Erziehung. Die "FDJ", die "Jungen Pioniere" und die Familie sind verpflichtet, ihr "Hilfe" zu leisten. Der Einfluß der Familie ist - soweit er sich nicht gleichschalten ließ - trotz gegenteiliger Beteuerungen ständig zurückgedrängt worden.

... Das Erziehungswesen in der Bundesrepublik wird als eine von der Ideologie des Militarismus und Imperialismus durchdrungene Institution diffamiert, das öffentliche Erziehungswesen der SBZ dagegen als Ausdruck des gesellschaftlichen Fortschritts und eines echten Hu-

manismus hingestellt. ...

Der Aufbau des öffentlichen Erziehungswesens erfolgte nach 1945 unter der Parole "der allseitigen Demokratisierung", wobei vorgegeben wurde, in einer "demokratischen Schulreform" die schulpolitischen Kampfziele der Arbeiterbewegung und der "fortschrittlichsten Pädagogen des Bürgertums" zu verwirklichen.

Mit dieser Begründung wurde die relative Autonomie des überlieferten Erziehungswesens radikal beseitigt und das Schul- und Hochschulwesen in ein Instrument der kommunistischen Führung verwandelt, das von ihr bewußt als Mittel der "revolutionären Umgestaltung" gehandhabt wird. Sie orientierte sich dabei am sowjetischen Erziehungswesen und an der Sowjetpädagogik. ...

Die "demokratische Schulreform" begann mit der Zerschlagung der überlieferten Schulorganisation und mit deren Neugestaltung durch das "Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule" (Sommer 1946).

Es schuf die Einheitsschule. Sie beseitigte den Parallelismus von Volksschule und höherer Schule und führte die radikale Trennung von Kirche und Schule durch, die später auch in der Verfassung der "DDR" verankert wurde. Die Schaffung der einheitlichen "deutschen demokratischen Schule" wird heute noch als Liquidierung des Bildungsprivilegs der alten besitzenden Klasse gefeiert.

Mit der traditionellen Schule wurden auch die Bedingungen der funktionalen Erziehung im Rahmen einer pluralistischen (vielfältigen) Gesellschaft zerstört.<<

#### **05.06.1946**

Durch den SMAD-Befehl 167 vom 5. Juni 1946 gehen die SAG-Betriebe "auf Grund der Reparationsansprüche der Sowjetunion" in sowjetisches Eigentum über.

Infolge der Eingliederung in die Organisation der SAG werden die wichtigsten Schlüsselindustrien im mitteldeutschen Raum sowjetischer Besitz.

In Mitteldeutschland sind damals folgende Industriebetriebe betroffen (x111/289): >>Die Agfa-Filmfabrik in Wolfen (Kreis Bitterfeld); das Leuna-Werk (Ammoniakwerk Merseburg); die Buna-Werke in Schkopau (Kreis Merseburg); die Braunkohlen und Benzin AG (Brabag) in Zeitz; I.-G. Farben, Wolfen; I.-G. Farben Bitterfeld, Werk Nord, Süd und Kraftwerke; Kupfer- und Messingwerk in Hettstedt (Mansfelder Gebirgskreis); Eisen- und Hüttenwerk Thale (Harz); Dessauer Waggonfabrik AG in Dessau; Gottfried Lindner AG (Waggonfabrik) in Ammendorf bei Halle; Friedrich Krupp-Gruson Werke AG in Magdeburg; Halbwalzwerk, Klöcknerwerk in Ilseburg; Stickstoffwerke Piesteritz (Kreis Bitterfeld).<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sowjetischen Aktiengesellschaften" (SAG) in der SBZ (x009/396): >>1946 in der SBZ gegründete sowjetische Staatskonzerne, denen die nach dem SMAD-Befehl Nr. 167 beschlagnahmten deutschen Industriebetriebe angegliedert wurden. Ursprünglich gab es etwa 25 SAG mit 213 Einzelbetrieben. ...<<

#### **08.06.1946**

Ein FDJ-Funktionär rechtfertigt am 8. Juni 1946 während einer Veranstaltung in Brandenburg an der Havel die Einbeziehung von christlichen Jugendlichen in die FDJ (x111/177): >>... Ihr seid ja dumm, wir müssen die Kirchen erst an uns ziehen, um so leichter können wir ihnen den Schnorchel umdrehen!<<

#### **09.06.1946**

Der Zahnarzt Dr. B. berichtet am 9. Juni 1946 aus dem Eichsfeld in Thüringen (x124/188-189): >>Mich wundert immer der Egoismus, der bei der älteren Generation durchbricht. Die Kinder verzichten eher als die Alten. Das ist völlig ungewohnt. Das Ideal der alten Generation hieß doch: Alles für die Kinder.

Man kann jetzt Studien treiben über die Entwicklung des menschlichen Charakters in Notzei-

ten. Bei den meisten geht die Politur ab.

... In den meisten Großstädten heißt es, soll es risikoreich sein, sich abends auf die Straße zu begeben, ohne Gefahr zu laufen, daß man ausgezogen wird oder ähnliches Ungemach über sich ergehen lassen muß. ...

Kein Mensch will heute etwas über den Krieg, KZs, Flucht und Vertreibung hören. Ich habe mir nicht einmal die Geschichte des letzten Jahres von meiner Mutter erzählen lassen. Mir wird physisch übel, wenn ich das Ungemach nochmals mündlich über mich ergehen lassen muß und nicht helfen kann (hinterher schon gar nicht).

Nach dem ersten Weltkrieg war das erste Buch darüber, das einschlug, Remarques "Im Westen nichts Neues". Aber da war dieser Krieg Gott sei Dank 11 Jahre vorbei.

Warum regt man sich über die KZs auf?

Ganz Deutschland ist heute ein KZ und an Scheußlichkeiten herrscht fürwahr nicht Mangel.

Man frage nur die Flüchtlinge. Man braucht sie nicht zu fragen, nur anzusehen. Himmelschreiend, was sie erdulden mußten. Sehr viele sterben. ...

Mich kann kein Partei- und Zeitungsgeschwätz mehr rühren. ...<<

### **27.06.1946**

Das Exekutivbüro des Weltgewerkschaftsbundes fordert am 27. Juni 1946 in Moskau (x111/184): >>... In allen Okkupationszonen Deutschlands soll die freie Entwicklung der demokratischen Gewerkschaftsbewegungen gesichert werden. ...

Die deutschen Gewerkschaften haben ein besonderes Augenmerk der Umerziehung und Demokratisierung der deutschen Jugend zuzuwenden.<<

### **30.06.1946**

Die Sperrung der Zonengrenze tritt am 30. Juni 1946 in Kraft.

Später werden mehrere Grenzübergänge geöffnet.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Zonengrenze" (x051/658):

>>Zonengrenze, nach Kriegsende 1945 anfangs Bezeichnung für jede Grenzlinie zwischen den vier Besatzungszonen in Deutschland; nach dem Zusammenschluß der westlichen Zonen zur Trizone und schließlich zur Bundesrepublik 1949 Bezeichnung für die Demarkationslinie zur sowjetischen Besatzungszone bzw. zur DDR.

Die Zonengrenze wurde ab 1957 von der DDR als "Staatsgrenze West", von der Bundesrepublik ab Inkrafttreten des Grundlagenvertrags (21.6.73) als "Innerdeutsche Grenze" bezeichnet.<<

In Sachsen führen die Sowjets einen "Volksentscheid" über die Enteignung von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten" durch. In den anderen SBZ-Landesverwaltungen folgen ebenfalls entschädigungslose Enteignungen (x009/507).

### **Juni 1946**

Der 17jährige Manfred W. berichtet über die Haft im sowjetischen "Speziallager Nr. 3" in Bautzen (x126/186): >>Mitte 1946 wurde ein Teil der im Ostflügel Inhaftierten in den West- und Saalflügel verlegt.

Vom Saalflügel aus hatte man einen direkten Blick zum Anstaltskrankenhaus und zur daneben befindlichen Leichenhalle. Darin lagen täglich zwischen 16 und 22 Tote, aufgestapelt wie Mehlsäcke. Im Laufe des Vormittags kam täglich ein Pferdewagen und holte die Leichen ab. Das Beerdigungskommando bestand aus Häftlingen.

Hinter der Gefängnismauer soll sich in einem ehemaligen Splittergraben das Massengrab befinden haben. Ich erinnere mich an eine Pressemeldung über den Fund eines Massengrabes von Ostarbeitern in der Nähe von Bautzen Anfang der 50er Jahre. Waren es nun tatsächlich Opfer der Nazis oder Opfer der Stalinzeit?

Reiche Ernte hat der Tod in Bautzen (ehemalige Landesstrafanstalt) gehalten, vor allem unter den älteren Häftlingen. Die Zahl der im "Gelben Elend" Inhaftierten dürfte sich auf etwa 5.000



belaufen haben. Ständige Verlegungen innerhalb der Anstalt, unregelmäßige Zu- und Abgänge in andere Lager und in die Sowjetunion machten eine genaue Schätzung unmöglich. Auch die tatsächliche Anzahl der Umgekommenen wird sich schwerlich genau feststellen lassen.<<

### **13.07.1946**

Der 16jährige Hubert P. berichtet am 13. Juli 1946 über seine Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/102): >>Am 13. Juli 1946, diesen Tag werde ich niemals vergessen, dachten wir, jetzt kommt endlich die Entlassung. Wilde Gerüchte kursierten.

Wieder mußte man in scharfbewachte Lastautos, aber ihr Ziel war nicht die Freiheit, sondern das KZ Sachsenhausen!

Lagertor, Stacheldrahtzäune und Wachtürme wirkten mehr als bedrohlich. Zunächst schaffte man uns für 14 Tage in eine Quarantäne-Baracke, dort befanden sich vor allem Männer und Frauen aus dem Lager Berlin-Hohenschönhausen.

Zur Begrüßung gab es Kartoffelsuppe aus einem Müllkübel. Dann wurden uns die Köpfe kahlgeschoren und die Entlausung folgte.

In diesen Tagen sah ich auch den Schauspieler Heinrich George. Er war sehr zurückhaltend und in sich gekehrt, versuchte aber gelegentlich auch, andere aufzumuntern. "Bleib ruhig, wir kommen hier wieder raus", sagte er einmal zu mir.

Später hörte ich daß er gestorben war und als einziger Toter des Lagers einen Holzsarg bekommen hatte. Irgendwo bei Oranienburg hat man ihn beerdigt. ...

Das ganze Lager war militärisch aufgebaut: Mehrere Baracken bildeten ein Bataillon, die Baracke selbst war eine Kompanie, die wiederum aus zwei Zügen bestand. Die meisten Häftlinge waren seit Monaten im Lager, die aus meiner Baracke kamen fast alle aus Hohenschönhausen. Was uns vor allem plagte, war zunächst Langeweile, die nur durch teilweise stundenlange Zählappelle unterbrochen wurde.

Der Hunger war anfänglich nicht so gravierend. Es gab 600 Gramm Brot am Tag, zuweilen auch Grütze. Kartoffelsuppe bekamen wir ständig – was man so Suppe nennt: zwei Eßlöffel Kartoffeln auf einen dreiviertel Liter Wasser. ...<<

Der große Papiermangel gefährdet am 13. Juli 1946 den Druck der Berliner Lebensmittelkarten.

### **15.07.1946**

In den europäischen Staaten stehen der Bevölkerung damals pro Tag folgende Kalorienwerte zur Verfügung (x111/192): >>Irland 3.200 Kalorien, Dänemark 2.920 Kalorien, Großbritannien 2.850 Kalorien, Schweiz 2.800 Kalorien, Schweden 2.790 Kalorien, Norwegen 2.480 Kalorien, Frankreich 2.300 Kalorien, Italien 1.800 Kalorien, Österreich 1.700 Kalorien und Deutschland 1.550 Kalorien.<<

### **20.07.1946**

Ein Vorschlag der US-Regierung, die Wiedervereinigung der Besatzungszonen anzustreben, wird am 20. Juli 1946 im Alliierten Kontrollrat von Frankreich und der Sowjetunion abgelehnt (x009/507).

### **09.08.1946**

Das "Handelsblatt" berichtet am 9. August 1946 über die sowjetischen Reparationsforderungen (x111/202): >>Es ist schwer, sich ein genaues Bild von der Größe der russischen Forderung zu machen. Zunächst ist nicht erkennbar, ob die weitgehenden Demontagen deutscher Industrieanlagen in der russischen Zone angerechnet werden sollen. Zweifellos hat es sich hier um eine Wiedergutmachung gehandelt.

Für ihren Umfang fehlen Berechnungsunterlagen, doch wurden bis Ende Mai 1946 schon die Listen der ausgebauten Firmen im hochindustrialisierten Sachsen beispielsweise auf 60 % der ehemaligen Kapazität geschätzt, bei der Werkzeugmaschinenindustrie wurden sogar 90 %

erreicht. ...<<

#### **12.08.1946**

Die Berliner Zeitung "Der Tagesspiegel" berichtet am 9. August 1946 über die "Ausgerichtete Literatur" (x111/203): >>Wenn wir von einem kulturellen Beirat hören, den die Zentralverwaltung für Volksbildung in der russischen Besatzungszone sich angegliedert hat, um eine gewisse Planung im Verlagswesen durchzuführen, so drängt sich uns der nicht unbegründete Argwohn auf, hier solle im Fahrwasser der Reichsschrifttumskammer und ihrer verschiedenen Dienststellen zur Förderung arteigenen Schrifttums, nur unter umgekehrtem Vorzeichen, eine Art Einheitsliteratur herangezüchtet werden.

Erich Weinert, der seit kurzem die propagandistisch wirksamsten Zweige der Volksbildung unter seine Fittiche genommen hat, läßt sich die Verlagsprogramme einreichen und empfiehlt nun, sekundiert von einem eigens ausgewählten Gremium zuverlässiger Parteigänger, welches für die Gegenwart besonders wichtige Schrifttum in der Verlagsproduktion zu bevorzugen und welches unerwünscht sei. ...<<

#### **13.08.1946**

Die Kommandanten der vier Berliner Sektoren erklären am 13. August 1946 (x111/204): >>Die alliierten Kommandanten betrachten die Wiederherstellung einer konstitutionellen Regierung für die Stadt Berlin als ein geschichtliches Ereignis.

Mit der Übermittlung der vorläufigen Verfassung an den Magistrat, zusammen mit der Anordnung der Alliierten Kommandantur, geben die Besatzungsmächte nochmals ihrem Bestreben Ausdruck, die politische Unabhängigkeit in Berlin herzustellen und der Bevölkerung in Angelegenheiten der Stadtverwaltung das Selbstbestimmungsrecht wiederzugeben. ...<<

#### **14.08.1946**

Deutsche Wohlfahrtseinrichtungen verteilen in Berlin am 14. August 1946 die ersten nordamerikanischen CARE-Pakete.

#### **28.08.1946**

Der sowjetische Oberst Tulpanow erklärt am 28. August 1946 bei der Übergabe von Lizenzen an Wissenschaftliche Verlage in Ostberlin (x111/208): >>... Die progressiven Kräfte des neuen Deutschland erhalten heute weitere Waffen für ihren Kampf um die Gestaltung des echten Humanismus und der echten Demokratie, denn was ist die Presse anderes als die schärfste Waffe in dem geistigen Kampfe um die Umerziehung des Volkes? ...

Diese neuen Zeitschriften und Zeitungen, die morgen schon das Arsenal der deutschen Demokratie bereichern werden, sollen ihr Bestes tun im Kampfe für die demokratische Umgestaltung Deutschlands.<<

#### **06.09.1946**

Der sowjetische Außenminister Molotow erklärt am 6. September 1946 gegenüber einem Pariser Korrespondenten, daß die Oder-Neiße-Linie die endgültige deutsche Ostgrenze sei (x111/212).

#### **14.09.1946**

Max Fechner (1892-1973, zweiter SED-Vorsitzender) lehnt in der Zeitung "Freies Deutschland" vom 14. September 1946 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ab (x024/-260): >>... Zur deutschen Ostgrenze möchte ich erklären, daß die SED sich jeder Verkleinerung deutschen Gebietes entgegenstellen wird. Die Ostgrenze ist nur provisorisch und kann erst bei der Friedenskonferenz unter Mitwirkung aller großen Siegerstaaten festgelegt werden.<<

#### **16.09.1946**

Außenminister Molotow bestätigt am 16. September 1946 nochmals die "neue deutsche Ostgrenze" (x156/37-39): >>In seiner Stuttgarter Rede am 6. September sagte Herr Byrnes, daß die Häupter der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und der Sowjetunion auf der Berliner (Potsdamer) Konferenz übereingekommen sind, Schlesien und

andere ehemalige deutsche Ostgebiete Deutschlands der Verwaltung des polnischen Staates zu unterstellen, jedoch nicht die Entscheidung getroffen haben, bei der Friedensregulierung die Übergabe eines konkreten Gebietes zu unterstützen, und daß der Umfang des Gebietes, das Polen übergeben werden wird, in der endgültigen Regelung bestimmt werden muß. Man muß zugeben, daß eine derartige Erklärung Zweifel über die Dauerhaftigkeit der jetzigen Westgrenzen Polens hervorrufen kann und daß man daher nicht unterlassen kann, dazu Stellung zu nehmen.

In diesem Zusammenhang muß man auf einige Tatsachen eingehen. Vor allem muß an das erinnert werden, was die Berliner Konferenz beschlossen hat. Bekanntlich kamen die Häupter der 3 Regierungen auf dieser (Potsdamer) Konferenz überein, daß die ehemaligen deutschen Gebiete östlich von Swinemünde, der Oder und der West-Neiße unter der Verwaltung des polnischen Staates stehen müssen und daß die endgültige Bestimmung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz aufgeschoben werden muß.

Diese Entscheidung war nur eine Entscheidung der Krimer Dreimächte-Konferenz, die ein halbes Jahr früher anerkannt hatte, daß Polen eine wesentliche Gebietsvergrößerung im Norden und Westen erhalten muß.

Somit brachte die Berliner Konferenz lediglich das in Erfüllung, was noch mit der Beteiligung Roosevelts in Aussicht genommen worden war, und ihre Entscheidung kann keineswegs als eine zufällige, unter dem Einfluß vorübergehender Umstände getroffene Entscheidung betrachtet werden. Im Gegenteil, der Beschluß über die Verlegung der polnischen Westgrenze an die Oder und West-Neiße wurde nach langer Erörterung getroffen, an der sich auch Vertreter der polnischen Regierung beteiligten. Es ist noch hinzuzufügen, daß auch die französische Regierung dieser Entscheidung zustimmte.

Welche große Bedeutung die Berliner Konferenz ihrer Entscheidung hinsichtlich der neuen Westgrenze beimaß, ist aus folgendem ersichtlich: Auf dieser Konferenz wurde auch eine andere Entscheidung getroffen, nämlich die Überführung der deutschen Bevölkerung aus diesem Gebiet, das Polen übergeben wurde, nach Deutschland. Da dies alles bekanntgegeben wurde, ergibt es sich, auf die Einzelheiten einzugehen. Die Entscheidungen der Berliner Konferenz sind keineswegs nur auf dem Papier geblieben. Gleich nach der Berliner Konferenz begann man, sie in die Tat umzusetzen.

Es ist schon über ein Jahr her, daß die Westgrenze Polens auf der Linie Swinemünde–Oder–Westneiße liegt. Die Verwaltung des gesamten Gebietes östlich dieser Linie liegt schon das zweite Jahre in der Hand der polnischen Regierung.

Schon am 20. November 1945 legte der Kontrollrat in Deutschland den Plan der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen fest. Gemäß diesem Plan schritt man dazu, 3,5 Millionen Deutsche aus Polen in die sowjetische und britische Besatzungszone Deutschlands zu übersiedeln. Im Laufe der gesamten folgenden Zeitspanne nahm diese Übersiedlung ohne Unterbrechung bis auf den heutigen Tag ihren Fortgang. 2,5 Millionen Deutsche sind bereits aus Polen auf den Boden Deutschlands übergesiedelt, wobei mehr als die Hälfte in die britische Zone versetzt wurde. Statt der ausgesiedelten Deutschen werden dort Polen aus anderen Gebieten Polens angesiedelt.

All das ist den Vertretern der Vereinigten Staaten von Amerika wie auch den Vertretern anderer Länder sehr wohl bekannt. Aus den angeführten Tatsachen ist ersichtlich, welche ernstliche Bedeutung die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion der Entscheidung betreffs Verlegung der Westgrenzen Polens beimaßen und daß sie keineswegs davon ausgingen, diese Entscheidung in Zukunft einer Revision unterziehen zu lassen.

Der Hinweis darauf, daß die Berliner Konferenz es für nötig erkannt habe, die endgültige Festsetzung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz aufzuschieben, ist natürlich richtig. Formal verhält es sich auch wirklich so.

Was aber den Kern der Sache anbelangt, so haben die Regierungen ihre Meinung über die zukünftige Westgrenze geäußert, indem sie Schlesien und die obengenannten Gebiete der Verwaltung der polnischen Regierung unterstellten und außerdem den Plan betreffs Aussiedlung der Deutschen aus diesen Gebieten annahmen.

Wem könnte es einfallen, daß diese Aussiedlungen der Deutschen lediglich als zeitweiliges Experiment unternommen wurde?

Wer die Entscheidung traf, daß die Deutschen ausgesiedelt werden sollen, damit sogleich Polen aus anderen Gebieten Polens ansiedeln, kann nicht nach einiger Zeit die Durchführung entgegengesetzter Maßnahmen vorschlagen. Selbst der Gedanke, daß mit Millionen Menschen derartige Experimente unternommen werden könnten, ist an sich unwahrscheinlich, abgesehen davon, daß dies eine Grausamkeit sowohl gegen die Polen als auch gegen die Deutschen wäre. All das zeugt davon, daß der von Truman, Attlee und Stalin unterzeichnete Beschluß der Berliner Konferenz die Westgrenzen Polens bereits bestimmt hat und lediglich seiner Formulierung auf der künftigen internationalen Konferenz über den Friedensvertrag mit Deutschland harrt. ...

Einzelne Formulierungen in der Rede des Herrn Byrnes über die Westgrenzen Polens können zwar diese oder jene Zweifel betr. der Beständigkeit der Haltung gewisser amerikanischer Kreise hervorrufen, doch ist es andererseits vollkommen klar, daß solche Fragen nicht der Gegenstand irgendwelcher vorübergehender politischer Kalkulation sein können.

Den historischen Beschluß der Berliner Konferenz kann niemand erschüttern. Die Tatsachen zeugen davon, daß dies jetzt schon einfach unmöglich wäre.

Das ist der Standpunkt der Sowjetunion. ...<<

#### **25.09.1946**

Heinrich George (1893 in Stettin geboren, einer der größten deutschen Filmdarsteller, Schauspieler und glänzender Intendant der Weimarer Zeit) stirbt am 25. September 1946 im ehemaligen NS-Konzentrationslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg.

Heinrich George (eigentlicher Name: Georg A. Schulz) stirbt nach sowjetischen Aussagen an den Folgen einer Blinddarmoperation.

Dr. Erich Schumann aus Dresden, der einen Totenschein ausstellen soll, weigert sich jedoch später, diese Todesursache zu bestätigen, da man George überhaupt nicht operiert hatte (x126/92). George stirbt wahrscheinlich an den Folgen der unmenschlichen Haftbedingungen.

Während seiner mehrmonatigen Haft im sowjetischen Internierungslager schreibt Heinrich George folgendes Gedicht (x126/92-93):

>>Du spürst die Freiheit erst,  
wenn du gefangen bist,  
und liebst sie heilig erst,  
wenn alle glühenden Gedanken,  
die einst der Welt gehörten,  
gefesselt an dies kleine Stückchen Erde sind  
und nur dem Gleichschritt des Gefangenseins verhaftet.  
Dann meidest du die Stelle des Bewußtseins  
und gibst dem Traum dich hin.  
So habe ich  
die Vormittage meiner Haftzeit sanft verschlafen,  
und erst  
die milde Abendkühle weckte mich.  
Ich schaute auf  
zum Sternenhimmel über mir,  
den keine Gitterfenster mir verschließen konnten,

und fühlte das Unendliche im Endlichen  
von einem Atemzug des Ewigen umweht –  
und war so frei wie nie!<<

Der deutsche Intendant Jürgen Fehling (1885-1968) schreibt später in einem Nachruf über den Schauspieler Heinrich George (x111/219): >>... Ich habe ihn geliebt wie keinen lebenden Schauspieler deutscher Zunge. ... Er apportierte mir wie ein mächtiger Hund alle Rollen. ... Unter seinen Kollegen wirkte er wie ein alter Steinadler zwischen Hühnern.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Heinrich George (x051/210): >>George, Heinrich, eigentlich Heinrich Georg Schulz, geboren in Stettin 9.10.1893, gestorben im Internierungslager Sachsenhausen 26. September 1946, deutscher Schauspieler; Beginn der Theaterlaufbahn in Kolberg, Kriegsteilnahme, über das Wiener Burgtheater zum Staatlichen Schauspielhaus Berlin.

Als Verkörperer urwüchsiger Kraftnaturen feierte George auf der Bühne und im Film (u.a. Fritz Langs "Metropolis", 1926) ungezählte Erfolge. Wer ihm die Möglichkeiten zu schauspielerischer Entfaltung gab, zählte für ihn daher nur am Rande. So kooperierte er bei ursprünglicher Gegnerschaft nach 1933 mit den Nationalsozialisten und verhalf dem deutschen Film trotz der politischen Restriktionen zu internationalem Glanz: Er spielte in ideologischen Streifen ("Hitlerjunge Quex", 1933) wie in heroischen Filmen ("Friedrich Schiller", 1940), in Ruhrstücken ("Heimat", 1938) wie im antisemitischen Hetzfilm "Jud Süß" (1940).

Georges Paraderollen aber blieben Goethes "Götz" auf der Bühne (seit 1938 war George Generalintendant des Berliner Schiller-Theaters) und Puschkins "Postmeister" (1940) im Film. Gegen Kriegsende kehrte seine Karriere an den Ausgangspunkt zurück: George spielte die Hauptrolle im Durchhaltefilm "Kolberg" (1945).

Von der Roten Armee gefangen genommen, wurde George im ehemaligen KZ Sachsenhausen interniert, baute dort noch einmal eine Theatertruppe auf, erlag aber schließlich den harten Haftbedingungen.<<

### **30.09.1946**

Erich Kästner berichtet am 30. September 1946 in der "Neuen Zeitung" über Dresden (x111/221): >>... Das, was man früher unter Dresden verstand, existiert nicht mehr.

Man geht hindurch, als liefe man im Traum durch Sodom und Gomorrha. Durch den Traum fahren mitunter klingelnde Straßenbahnen. In dieser Steinwüste hat kein Mensch etwas zu suchen, er muß sie höchstens durchqueren. Von einem Ufer des Lebens zum anderen.

Vom Nürnberger Platz weit hinter dem Hauptbahnhof bis zum Albertplatz in der Neustadt steht kein Haus mehr. Das ist ein Fußmarsch von etwa 40 Minuten ... parallel zur Elbe, dauert die Wüstenwanderung fast das Doppelte.

15 Quadratkilometer Stadt sind abgemäht und fortgeweht.<<

### **September 1946**

Der 19jährige Bernd S. berichtet im September 1946 über die Internierung im sowjetischen Lager Jamlitz bei Lieberose (x126/75-76): >>Anfang September wurde ein großer Transport zusammengestellt, und wir kamen nach Jamlitz bei Lieberose.

Jamlitz war ein von Wachtürmen und einem Holzzaun umgebenes Holzbarackenlager inmitten eines Kiefernwaldes. In den Baracken schliefen wir auf den blanken Brettern dreistöckiger Holzpritschen. Das einzige weitere Inventar der Unterkünfte bildete je ein Kanonenofen pro Raum.

Vor den Baracken befand sich jeweils eine abgezäunte Fläche, wo wir zweimal am Tag unsere Runden drehen durften. Morgens und abends fanden Zählappelle statt. Die gesamte restliche Zeit lagen wir in den Unterkünften – das heißt, wir saßen, denn liegen war tagsüber verboten. Beschäftigungsmöglichkeiten gab es für uns keine. Die permanente Langeweile gehörte zu den schlimmsten Torturen der Lagerzeit. ...

Zu essen bekamen wir am Tag zweimal einen halben Liter Wassersuppe und 300 Gramm trockenes Brot, weniger gab es nirgendwo sonst. Von dem Brot hatten wir gelegentlich den Eindruck, als sei es unter Verwendung von Sägespänen gebacken worden.

Unsere Notdurft mußten wir nachts in Fässern verrichten, die draußen vor den Baracken standen. Waschen mußten wir uns ebenfalls im Freien. Fließendes Wasser gab es nicht. Die zwangsläufige Folge der katastrophalen hygienischen Bedingungen war das schnelle Auftreten von Infektionskrankheiten, vor allem Tbc und Ruhr.

Auch Wasser kam oft vor. Viele hatten dicke, geschwollene Beine, in die man mit dem Finger hineindrücken konnte, ohne daß die dadurch entstandene Vertiefung nach dem Zurückziehen des Fingers wieder verschwand. ...<<

#### **02.10.1946**

SED-Vorstandsmitglied Max Fechner fordert am 2. Oktober 1946 während einer Kundgebung die Todesstrafe für alle NS-Hauptkriegsverbrecher (x116/142-143): >>Dieses Bekenntnis richtet sich gegen die Freisprüche von Nürnberg, und dieses Bekenntnis lautet: Sie sind alle schuldig! ... An den Galgen mit den Verbrechern! ...

Das Urteil von Nürnberg ist gefällt - der Kampf des deutschen Volkes gegen seine Totengräber wird fortgesetzt.

Es lebe ein friedfertiges und demokratisches Deutschland!<<

#### **12.10.1946**

In der Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrats vom 12. Oktober 1946 werden u.a. der Begriff "Sühnemaßnahmen" und der Straftatbestand "Friedensgefährdung" erläutert.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sühnemaßnahmen" (x009/433-434): >>Strafrechtlicher Begriff, der durch die Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrats an Stelle des Wortes "Strafe" in das Strafrecht der SBZ eingeführt wurde.

Die schwerste gegen "Hauptschuldige" zu verhängende Sühnemaßnahme war die Todesstrafe. Weiter waren zeitliche und lebenslängliche Zuchthausstrafen und Gefängnisstrafen in Art. 8 der Direktive 38 aufgeführt.

In der strafrechtlichen Praxis der SBZ-Justiz bildete sich bald die Übung heraus, bei Todes- und Freiheitsstrafen weiterhin von "Strafen" zu sprechen, während eine Reihe von Nebenstrafen und Nebenfolgen aus der Direktive 38 als Sühnemaßnahmen bezeichnet wurden, darunter fiel die Vermögenseinziehung, das Berufsverbot, Verlust von Ansprüchen auf Pensions- oder Rentenzahlung, Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts sowie des Rechts, sich politisch zu betätigen und Mitglied einer politischen Partei oder Gewerkschaft sein zu können, Auferlegung von Wohnraum- und Aufenthaltsbeschränkungen u.a.m.

Die Sühnemaßnahmen waren von unterschiedlicher Schwere, je nachdem, ob ein Angeklagter mit dem Urteil in die Gruppe der "Hauptbeschuldigten", "Belasteten", "Minderbelasteten" oder "Mitläufer" eingestuft wurde. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Friedensgefährdung" (x009/142): >>Straftatbestand der aus der Direktive 38 des Alliierten Kontrollrats vom 12.10.1946 entnommen wurde. Art III A III lautet: "Aktivist ist auch, wer nach dem 8.5.1945 durch Propaganda für den Nationalsozialismus oder Militarismus oder durch Erfindung oder Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes oder den Frieden der Welt gefährdet."

Diese Bestimmung des Kontrollrats wurde in der Rechtsanwendung der sowjetzonalen politischen Strafgerichte ihres Sinnes völlig entkleidet und diente zur rücksichtslosen Verfolgung tatsächlicher oder angeblicher Gegner des politischen Systems.

Zahllose außerordentlich harte Urteile wegen Plakatklebens, Verbreitung von Druckschriften und Zeitungen, und politischer Äußerungen beweisen dies. Alle diese Urteile sind auf Art. III A III der Direktive gestützt.

Das Anmalen des Wortes "Freiheit" ist "ein Gerücht, das in höchstem Maße den Frieden des deutschen Volkes gefährdet" (Urteil des Landgerichtes Potsdam gegen den Jugendlichen Lewner: 5 Jahre Gefängnis).

Durch den am 19.9.1955 bekanntgegebenen Beschluß des sowjetischen Ministerrates, wonach alle Gesetze, Direktiven und Befehle des Kontrollrats im Gebiet der SBZ ihre Gültigkeit verlieren, ist auch die Direktive 38 aufgehoben worden. Verurteilungen wegen Friedensgefährdung sind demnach nach Art. III A III dieser Direktive nicht mehr möglich.

Die Lücke wurde bis zum 1.2.1958 dadurch geschlossen, daß auf einen als strafwürdig empfundenen Sachverhalt einfach der Art. 6 der Verfassung (Boykotthetze) angewendet wurde.

...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Frieden" in der SBZ (x009/142): >>Zwischenstaatlicher Zustand, der nach kommunistischer Auffassung nur durch politischen Kampf, notfalls unter Anwendung von Waffengewalt, erhalten bzw. erreicht werden kann.

Eine entsprechende Vermischung von Friedens- und Kampfpaparen beherrscht den Jargon der SED-Funktionäre und SED-Presse durch alle Phasen ihrer verschiedenen außenpolitischen Programme. Dabei wird der Frieden nicht um seiner selbst willen gefordert, sondern immer nur als Mittel zur Erreichung der kommunistischen Ziele. Dem entspricht die kommunistische Haltung gegenüber dem Pazifismus, der angeblich den ungerechten Frieden vertritt:

"Indem sie jegliche revolutionäre Tätigkeit der Massen ablehnen, betrügen die Pazifisten die Werktätigen und verheimlichen die Vorbereitung imperialistischer Kriege der Bourgeoisie. Die Politik der Pazifisten ist identisch mit imperialistischen, räuberischen, ungerechten Kriegen" (Sowjetisches Fremdwörterbuch, Staatsverlag Moskau 1947).

Der Friedenskampf wird vornehmlich mit Mitteln der Propaganda und von eigens dazu gegründeten, sog. überparteilichen Organisationen geführt. Dabei wird die sowjetische Politik in jedem Falle als den Frieden dienend unterstützt und jede andere Politik als friedensfeindlich bekämpft.<<

#### **14.10.1946**

Der Zahnarzt Dr. B. berichtet am 14. Oktober 1946 aus dem Eichsfeld in Thüringen (x124/247-248): >>Es gibt Optimisten, die nach dem Stalin-Interview auf eine Besserung der Weltlage hoffen. Ich gehöre nicht dazu, aus Gründen, die ich lieber nicht schreiben möchte. ... Gestern hörten wir den ganzen Tag nur von den Nürnberger Urteilen. Ich muß feststellen, daß sie mich eigentlich wenig berühren.

Es ließe sich so viel dazu sagen, was man lieber nicht von sich gibt, da es unpraktisch ist. Sie können doch auch ein Lied davon singen. Schließlich sind die Vertriebenen nicht in Salonwagen mit all ihren Habseligkeiten nach hier verfrachtet worden. Wieviel unserer Frauen haben die Hölle im Osten unversehrt überstanden?

Ich hörte gerade wieder von einer Berliner Künstlerin, die nach wiederholter Vergewaltigung viehisch ermordet wurde. Mir wird schon vom Anhören solcher Erlebnisse physisch übel, die in meinem Bekanntenkreis über die armen Frauen hinweggegangen sind.

Der Tod ist in solchen Fällen eine bessere Lösung als Syphilis und Gonorrhöe. Und mit Erinnerungen, die für eine Frau bedeutsamer sind als für einen Mann. Glauben sie außerdem, daß eine Ehe weiter gehen kann, wenn die Frau 50 und 100 mal mißbraucht worden ist? ...<<

#### **15.10.1946**

Der deutsche Nachkriegsfilm "Die Mörder sind unter uns" (mit Hildegard Knef, E. W. Borchert und anderen, Regie: Wolfgang Staudte) wird am 15. Oktober 1946 uraufgeführt.

#### **16.10.1946**

Wilhelm Pieck (SED-Vorsitzender) lehnt am 16. Oktober 1946 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie strikt ab (x009/313): >>... Wir werden alles tun, damit bei den Alliierten die

Grenzfragen nachgeprüft und eine ernste Korrektur an der jetzt bestehenden Ostgrenze vorgenommen wird.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Oder-Neiße-Linie" (x009/313): >>Die Demarkationslinie zwischen der SBZ und den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten verläuft von der Ostsee unmittelbar westlich Swinemünde an der Oder entlang bis zur Mündung der Lausitzer Neiße und folgt dem Lauf der Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze.

Im Februar 1945 wurde auf der Krim-Konferenz von Roosevelt, Churchill und Stalin eine Entschädigung Polens für die von der Sowjetunion annektierten polnischen Ostgebiete auf Kosten Deutschlands anerkannt, ohne das Vereinbarungen über den Umfang des Gebietes getroffen worden wären.

Nach Abschnitt IX des Potsdamer Abkommens wurde die diesbezügliche Meinung der Provisorischen Polnischen Regierung lediglich "geprüft", doch "bekräftigten die Häupter der 3 Regierungen die Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden solle". Ferner ergab die Potsdamer Konferenz darin Übereinstimmung, daß die in Frage stehenden deutschen Gebiete "unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen".

In der Folgezeit wurde von seiten der Westmächte bei jedem diplomatischen Anlaß der vorläufige Charakter der Oder-Neiße-Linie betont, während Polen und die Sowjetunion die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens als endgültige Regelung betrachteten.

Polen paßte den Verwaltungs- und Wirtschaftsaufbau den polnischen Verhältnissen an und begann mit einer (bis heute allerdings erst teilweise durchgeführten) polnischen Besiedlung der deutschen Gebiete.

Die Haltung der SED wandelte sich gegenüber der Oder-Neiße-Linie im Laufe der Zeit nach den sowjetischen Wünschen bis zur Anerkennung als endgültige "Staatsgrenze".<<

Die SED dankt den Besatzungsmächten am 16. Oktober 1946 für die Hinrichtung der NS-Kriegsverbrecher (x116/143): >>... Die Verderber Europas, die Vernichter kulturellen Fortschritts, die Massenschlächter der Menschheit gingen heute ihrer verdienten Strafe entgegen – 12 Galgen wurden errichtet! ...

Um den Dank an die Besatzungsmächte zum Ausdruck zu bringen, die die Menschheit von 12 Verbrechern erlöst haben und uns die Möglichkeit zuerkannten, die restlichen Verbrecher von deutschen Gerichten abzuurteilen, beschloß die gestern tagende Betriebsräte-Vollversammlung am heutigen Tage, ... 16. Oktober 1946, (von) 12-13 Uhr Arbeitsruhe durchzuführen. ...<<

#### **20.10.1946**

In der Wahl vom 20. Oktober 1946 erhält die SPD gegenüber der SED eine überwältigende Mehrheit.

#### **21.10.1946**

Die sowjetische Aktion "Ossawakim" beginnt. Zahlreiche deutsche Wissenschaftler und Spezialisten werden ab 21. Oktober 1946 in die UdSSR deportiert (x116/146).

#### **25.10.1946**

Im Berliner Aufbau Verlag erscheint am 25. Oktober 1946 Anna Seghers (1900-1983, deutsche Schriftstellerin) Roman "Das siebte Kreuz".

Ein ehemaliger Frontsoldat schreibt damals über dieses Buch (x111/233): >>Es wäre gut, wenn wir Frontsoldaten, die wir uns nicht vorstellen können, daß in der Heimat – bildlich gesprochen – hinter jedem Laternenpfahl ein Gestapo-Mann lauerte, einmal die Atmosphäre kennenlernten, in der man hier zu leben gezwungen war. Ob wir wieder Frontsoldaten würden? ...<<



### **29.10.1946**

Der Alliierte Kontrollrat erleichtert am 29. Oktober 1946 den Interzonenverkehr und führt den Interzonenpaß ein.

Nach der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 halten sich in den 4 Besatzungszonen (einschließlich Berlin) 9.593.800 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene auf. 5.608.100 Deutsche stammen aus den deutschen Ostprovinzen und 3.985.700 sind Volksdeutsche. In den westlichen Besatzungsgebieten hat man 5.878.500 Heimatlose registriert:

Britische Zone = 3.055.300,  
nordamerikanische Zone = 2.744.900 und  
französische Zone = 78.300.

Die SBZ und Groß-Berlin nehmen 3.598.400 bzw. 116.900 Flüchtlinge auf.

Die höchsten Zuwanderungsquoten melden: Mecklenburg 42,2 %, Schleswig-Holstein 32,2 %, Niedersachsen 23,3 % und Bayern mit 18,9 % der Gesamtbevölkerung (x092/939).

### **Oktober 1946**

Das sowjetische Internierungslager Berlin-Hohenschönhausen ("Speziallager Nr. 4") wird im Oktober 1946 aufgelöst.

Von Mai 1945 bis Oktober 1946 sterben im sowjetischen Internierungslager Berlin-Hohenschönhausen mehr als 3.000 deutsche Häftlinge (x126/163). Mindestens 10.000 Häftlinge durchlaufen dieses Lager.

### **07.11.1946**

Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtet am 7. November 1946 über die Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/93-94): >>Am 7. November 1946 gegen Mittag trafen wir nach dreitägiger beschwerlicher Fahrt in Sachsenhausen ein. Zum Empfang wurde uns von dort liegenden Kriegsgefangenen mitgeteilt, es gebe seit dem 5. November nur noch 300 Gramm Brot und einen Liter Suppe. ...

Gleich bei der Ankunft hatten verbrecherische Elemente, die sich in eine solche Lage sofort hineinversetzen konnten, die Führung in Baracken, Blöcken und Bataillonen an sich gerissen. Die breite Masse war niedergeschlagen und ließ sich von den nunmehrigen "Herrschern" durch Karzer, Rollkommandos (Schläger) und sonstige Strafen niederhalten. Keiner wagte, auch nur Einspruch zu erheben.

... Als schlimmste Krankheit tauchte die Ruhr auf. Einziges vorhandenes Heilmittel waren Kaffee- und Teesatz sowie Holzkohle, die wir uns aus den kläglichen Beständen an Heizungsmaterial selbst brannten. Infektionen, sei es Ruhr, Tuberkulose oder zuletzt Gelbsucht, waren nicht zu verhindern, da alle Baracken zum Bersten gefüllt waren. ...<<

### **26.11.1946**

Die französische Besatzungsmacht fordert am 26. November 1946 die Sprengung der Berliner Siegestsäule von 1871 (x116/150).

Alle deutschen Denkmäler, die angeblich den deutschen Militarismus und Nationalismus verherrlichen, sollen ebenfalls zerstört werden (x116/151).

### **November 1946**

Der 16jährige Hubert P. berichtet im November 1946 über seine Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/103): >>... Im November 1946 wurden ... die Rationen schlagartig gekürzt, pro Tag erhielten wir nur noch 300 Gramm Brot, die Suppe wurde immer wäßriger und dünner.

Postwendend setzte die Ruhr ein, Tuberkulose grassierte ohnehin schon, und die Leute starben wie die Fliegen.

Gegen Jahresende war ich furchtbar abgemagert und beging einen schweren Fehler. Ich tauschte den von meiner Mutter gestrickten Pullover gegen drei Tagesrationen Brot. Im eisigen Winter 1946/47 war ich deshalb nahe am Erfrieren, denn jeder besaß an Kleidung nur das,

was er gerade auf dem Leib trug. Viele Menschen, die im Sommer verhaftet wurden und nur in dünnen Sachen steckten, gingen an der Kälte elend zugrunde.

Eine schlimme Episode werde ich nie vergessen. Die Brotration wurde immer ganz früh verteilt, noch vor dem Aufstehen. Unter mir lag im Doppelstockbett ein ganz junger Mann, der nachts gestorben war. Ich unterließ früh bei der Essenausgabe die Meldung darüber und nahm dann dem Toten das Brot von der Brust. So weit war man gekommen.

Meine Rettung bestand wohl darin, daß man mich eines Tages zum Kartoffelschälen einteilte. Es mußte ja für 12.000 bis 14.000 das bißchen Essen vorbereitet werden. Am Tage hatten Frauen die Kartoffeln zu schälen, nachts kamen die Männer an die Reihe. Diese täglich 12 Stunden dauernde Küchenarbeit war mein Glück. Da fiel ab und an mal eine Pellkartoffel ab, und ich hatte den Eindruck, daß es mir im Gegensatz zu all dem Sachsenhausener Elend noch relativ gut ging.

Eines Tages hielt man wohl die Sterbeziffer im Lager für zu hoch, die Brotationen wurden auf 450 Gramm erhöht, und das blieb so bis zum Tag meiner Entlassung. ...<<

#### **01.12.1946**

Die Sowjets gründen am 1. Dezember 1946 eine deutsche Grenzpolizei.

Diese Grenzpolizei untersteht bis zum 15.05.1952 dem Ministerium des Inneren und danach dem Ministerium für Staatssicherheit (x009/163-164).

#### **05.12.1946**

Der SED-Politiker Walter Ulbricht lehnt am 5. Dezember 1946 das bisherige Zonensystem ab und fordert (x111/254): >> ... eine große antifaschistische demokratische Volksbewegung in ganz Deutschland zu schaffen durch eine Volksabstimmung: für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und gegen den Föderalismus, für eine volksparlamentarische Ordnung, in der die Volksvertretung die oberste gesetzgebende und kontrollierende Körperschaft ist.<<

#### **07.12.1946**

Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldet am 7. Dezember 1946 aus Schwerin (x043/210): >>Das Weihnachtslied "Stille Nacht" wird an den offiziellen oder öffentlichen Weihnachtsfeiern ... in Zukunft nicht mehr gesungen werden dürfen. Das Verbot dieses Liedes, wie auch des anderen volkstümlichen Weihnachtsliedes "O du fröhliche", ist vom städtischen Jugendamt erlassen worden. Den Lehrern und Lehrerinnen (in der sowjetischen Zone) ist überdies verboten worden, Weihnachtsspiele aufzuführen zu lassen, in denen Engel auftreten. ...<<

#### **11.12.1946**

Am 11. Dezember 1946 erscheint erstmalig die Rundfunk-Programmzeitschrift "Hör zu".

#### **21.12.1946**

Bei der Ausstellung "Wiedersehen mit Museumsgut" können die Berliner Museen am 21. Dezember 1946 lediglich 98 Kunstwerke präsentieren.

Später kommen zwar zahlreiche beschlagnahmte Kunstwerke nach Berlin zurück, aber die Rückgabe der während des Zweiten Weltkrieges geraubten deutschen Kunstgüter wird nie offiziell geregelt.

Ein Wissenschaftler der Stiftung "Preußischer Kulturbesitz" schreibt einige Jahrzehnte später (x116/155): >>Die Fehlliste in beiden Teilen der Stadt zeigt, daß in vielen Fällen gerade das Einzigartige, Wertvollste und Unersetzliche aus dem Altbestand als vernichtet gilt oder verschollen ist.

Sollte der Abschluß eines Friedensvertrages in bisher nicht absehbarer Zeit daran vielleicht etwas ändern können? ...<<

#### **24.12.1946**

Die 17jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtet am 24. Dezember 1946 über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg

(x126/105-107): >>Am 24. Dezember 1946 wurde ich, 17 Jahre alt, zusammen mit einer großen Gruppe Gefangener aus dem GPU-Gefängnis Potsdam-Lindenstraße in Lastwagen verladen und nach Babelsberg gebracht, wo wir in Viehwaggons gesteckt und nach "unbekannt" abtransportiert wurden.

Ich war wegen antisowjetischer Propaganda vom sowjetischen Militärtribunal zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt worden und glaubte mich auf dem Weg nach Sibirien. Doch schon nach zehn Stunden war die Reise zu Ende.

Als die Waggons aufgerissen und wir hinausgetrieben wurden, sahen wir das Bahnhofsschild "Oranienburg". Ein Raunen setzte ein, daß wir ins KZ Sachsenhausen kämen.

Es war ein langer Zug Gefangener, die da in Fünferreihen durch die dunkle Stadt zogen, schwer bewacht von Soldaten mit Maschinengewehren. Ein paarmal stockte der Zug, es gab Geschrei und Flüche. Später erfuhren wir, daß drei unserer Leute auf dem Transport gestorben waren. Damit am Lagertor die Kopfzahl stimmte, wurden drei Männer von der Straße weg in unseren Zug eingereiht. Sie sollten später im Lager nachverurteilt werden.

... Wir kamen ganz am Ende der Lagerstraße in die Baracke 4. Dort waren bereits zirka 75 Frauen, vor kurzem aus Neustrelitz kommend, untergebracht. Von der Lagerstraße kam man durch das Tor auf einen Hof, der rechts und links von je einer langen Steinbaracke und vorn und hinten von einer hohen Mauer mit Wachturm begrenzt war.

Die Barackentür lag in der Mitte. Dort befand sich ein Vorraum, von dem nach beiden Seiten ein Gang abging, mit Türen zu kleinen Kammern, in die jeweils 18 Leute gepfercht wurden. In diesen Kammern befanden sich von Wand zu Wand eine doppelstöckige Pritsche aus roh zugehauenen Brettern, ein enger Gang davor mit einem schmalen Brettertisch und einer Bank. Eine 25-Watt-Lampe verbreitete nur trübes Licht, so daß man seine Umgebung ertasten mußte. Tageslicht kam nicht herein, denn die Fenster waren mit brauner Farbe zugemalt und ließen sich nicht öffnen.

Pro Person gab es eine Decke, Strohsäcke waren nicht vorhanden. Die Liegefläche pro Person betrug in der Breite 42 Zentimeter. Wir konnten nur auf der Seite liegen, und nachts hieß es dann mehrmals: "Alles umdrehen!"

Schon nach wenigen Tagen hatten sich bei mir auf beiden Hüftknochen Wunden gebildet, die nicht behandelt werden konnten und sich deshalb schmerzhaft immer mehr entzündeten.

Jede Kammer hatte eine eigene Toilette mit einem kleinen Waschbecken, doch es gab weder Toilettenpapier noch Seife oder andere Hygieneartikel. Alle zehn Tage durften wir zur Badebaracke marschieren und dort duschen. Dafür wurde für jeden ein kleiner Würfel Seife, der wie grauer Sand aussah, ausgeteilt. Es mußte auch als Haarwaschmittel dienen. Manch einer benutzte das Stück Seife auch dazu, die Unterwäsche zu waschen, denn das war die einzige Gelegenheit.

Die meisten besaßen nur das, was sie auf dem Leibe trugen, und da ich im Sommer verhaftet wurde, hatte ich weder Strümpfe noch einen Mantel. Zum Glück hatte ich mir bei der GPU einen Kamm organisiert, den ich immer bei mir trug, denn es war eine Kostbarkeit.

Schon in der ersten Nacht begann ein furchtbarer Alptraum, der zu den unauslöschlichsten Erinnerungen gehört und viele bis an den Rand des Wahnsinns trieb.

Tausende von Wanzen belebten die Holzpritschen und Wände der Baracke und stürzten sich auf ihre wehrlosen Opfer. Reihum wechselten wir uns zwar ab und gingen in dem schmalen Gang auf und ab, aber die Wanzen ließen sich von der Decke auf die Menschen herabfallen, so daß ein Entkommen nicht möglich war. Da die Baracke stets verschlossen war, quälten die Biester uns Tag und Nacht, fielen ins Essen und aufs Brot und wurden mitgegessen, denn sie waren in der Dunkelheit nicht zu sehen. ...<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 24. Dezember 1946 über den Weihnachtsgottesdienst in einer Berliner Kirche (x111/259-260): >>"Friede auf Erden", sagt der Pfarrer.

Als er die Hände zum Segen erhebt, wird unter seinem Talar eine graue Strickweste sichtbar. Er friert, daß es einen erbarmen kann. Wir frieren ebenfalls. Alles friert.

Um uns, in uns, neben uns. ... Grau und gedrückt hocken die Zuhörer zwischen ihren Bänken. So mögen sie nach dem Dreißigjährigen Krieg in den Kirchen gesessen haben. So jammervoll müde, so armselig und trostlos. ...<<

#### **25.12.1946**

Der 16jährige Hubert P. berichtet am 25. Dezember 1946 über seine Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/103): >>... In unserer Baracke lebte auch ein evangelischer Pfarrer. Zu Weihnachten 1946 hielt er eine bescheidene Andacht. Vom Außenkommando bekamen wir einige Kiefernzweige, andere hatten aus schwarzem Schusterwachs Kerzen gegossen.

Kaum war diese Weihnachtsstunde vorüber, mußten wir in eisiger Kälte antreten, das ganze Lager wurde durcheinandergewirbelt, alle auf andere Baracken verlegt. Das passierte in den nächsten Tagen noch zweimal, und ich denke vor allem deshalb, weil die Häftlinge sich nicht näher kennenlernen sollten. ...<<

#### **31.12.1946**

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) schreibt am 31. Dezember 1946 in ihrem Tagebuch (x111/261): >>Jede Zone nimmt von Monat zu Monat stärker das Gesicht ihrer Besatzungsmacht an.

Von Tag zu Tag vergrößert sich die Kluft, die die eine von der anderen trennt. Wer weiß, ob sie am Ende nicht endgültig ist? –

Im Radio schlägt es zwölf. "Prost Neujahr", ruft man draußen. Aber auch dieser Ruf klingt nicht froh. "

Auf die Wiedergeburt des Abendlandes", sagt N.N. und hebt sein Glas mit schwarzgekauftem "Cognac"<<

#### **1946**

Im Jahre 1946 transportiert man Millionen von ausgeplünderten Vertriebenen in den größtenteils zerstörten, ausgebluteten und ausgehungerten Rest Deutschlands. Sie kommen aus allen Gebieten ostwärts von Oder und Neiße sowie dem Sudetenland und aus Ungarn. Nach monatelanger Internierung, schwerer Zwangsarbeit, ungenügender Ernährung und zahllosen Vertreibungsstrapazen sind die Vertriebenen am Ende ihrer Kräfte, so daß viele nach der Ankunft in den mittel- und westdeutschen Besatzungszonen an Entkräftung, Krankheiten und Unterernährung sterben.

Für Millionen von Heimatvertriebenen wird das neue Leben im Westen zu einem jahrelangen Daseinskampf. Überall in Mittel- und Westdeutschland sieht man erschöpfte Vertriebene, die Nahrung und Unterkünfte suchen. Alte Menschen haben es besonders schwer, denn sie sind nach den Zwangsumsiedlungen mehrheitlich vollkommen am Ende ihrer körperlichen und seelischen Kräfte.

Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen können in den Besatzungszonen nirgends ausreichend gepflegt oder untergebracht werden, so daß sich die chaotischen Lebensverhältnisse der Deutschen Ende 1946 dramatisch verschlimmern. Hunger, Not, Elend und ständige Überlebenskämpfe bestimmen damals die Nachkriegszeit der Deutschen. Eine Zukunft scheint es nicht zu geben und an die Vergangenheit will niemand erinnert werden.

Die aus der sowjetischen Besatzungszone gelieferten Briketts tragen im Jahre 1946 folgende aufgeprägte Texte (x111/263): >>UdSSR 30 Jahre Säule des Friedens oder Arbeiter und Bauern der UdSSR bauen eine neue Welt.<<

Der schweizerische Schriftsteller Max Frisch (1911-1991) berichtet im Jahre 1946 in seinem Tagebuch über eine Episode aus Berlin (x122/451): >>... Ein Dutzend verwehrte Gefangene, geführt von einem russischen Soldaten, gehen durch eine Straße, vermutlich kommen sie aus einem fernen Lager, und der junge Russe muß sie irgendwohin zur Arbeit führen oder, wie man sagt, zum Einsatz. Irgendwohin; sie wissen nichts über ihre Zukunft; es sind Gespenster, wie man sie allenthalben sehen kann.

Plötzlich geschieht es, daß eine Frau, die zufällig aus einer Ruine kommt, aufschreit und über die Straße her anlauft, einen der Gefangenen umarmt – das Trüpplein muß stehenbleiben, und auch der Soldat begreift natürlich, was sich ereignet hat; er tritt zu dem Gefangenen, der die Schluchzende im Arm hält, und fragt:

"Deine Frau?" - "Ja!" Dann fragt er die Frau: "Dein Mann?" - "Ja!" Dann deutet er ihnen mit der Hand: "Weg – laufen, laufen – weg!"

Sie können es nicht glauben, bleiben stehen; der Russe marschiert weiter mit den elf andern, bis er, einige hundert Meter später, einem Passanten winkt und mit der Maschinenpistole zwingt, einzutreten: damit das Dutzend, das der Staat von ihm verlangt, wieder voll ist.<<

#### **01.01.1947**

Der CDU-Politiker Jakob Kaiser (1888-1961) schreibt am 1. Januar 1947 in der "Neuen Zeit" über den "Deutschen Weg 1947" (x111/269): >>... Wer die Gesundung Deutschlands will, kann nur von der Tatsache ausgehen, daß Deutschland zwischen Ost und West gelagert ist.

Die Konsequenz dieser schicksalhaften, aber auch aufgabenreichen Lage ist nicht das Entweder-Oder eines West- oder Ostblocks, sondern das Sowohl-als-auch der Verständigung und des Ausgleiches zwischen den Völkern und die Gesundung aus eigenem Geist heraus. ...

Wenn nicht alle Zeichen trügen, stehen wir am Beginn des Jahres, das Deutschland eine neue Einheit gibt.<<

Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" berichtet am 1. Januar 1947 über die Auswahlkriterien der sowjetzonalen Hochschulen für Lehrer und Studenten (x111/270): >>Die Hochschule ist hier zwar stärker als im Westen an die Staatlichkeit gebunden, aber dieser im Aufbau begriffene Staat, der sie verpflichtet, wirkt hier nicht als Hemmung, sondern dank seiner stark genossenschaftlichen Komponenten als ein fördernder und vorwärtstreibender Faktor.

Für die Sicherung der Demokratie ist eine maximale Übereinstimmung der Begabtauslese mit der Auswahl eines politischen Vortrupps gefordert. ...<<

#### **02.01.1947**

Der Berliner Magistrat fordert am 2. Januar 1947, daß Berlin weiterhin die Hauptstadt Deutschlands bleiben muß.

#### **04.01.1947**

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtet am 4. Januar 1947 über den Jahreswechsel in Berlin (x116/157): >>Die von den Russen zur Verfügung gestellten 900.000 Flaschen Wodka, die eigentlich zu Weihnachten gedacht waren, wurden um Sylvester herum verteilt, und alle Männer mit den Kartengruppen I, II und III (IV sind Kinder) konnten einen Einheitschluck tun. Die "Sonstigen", also die Leute mit der Karte V – der "Friedhofskarte" – und alle Frauen hatten das Nachsehen. Für sie gab es nichts.

Die von den Franzosen zum Fest versprochenen 100.000 Flaschen Sekt und 3.000 hl Wein lassen noch auf sich warten. Transportschwierigkeiten haben die rechtzeitige Lieferung verhindert. ...

Die politischen Parteien haben die üblichen Neujahrsaufrufe erlassen, in denen Bekanntes noch einmal festgestellt und für das neue Jahr das Bestmögliche versprochen wird.

"Vereinigt Euch!" ruft Wilhelm Pieck allen Sozialdemokraten und Kommunisten im übrigen Deutschland zu. Das sei die wichtigste Aufgabe der Arbeiterschaft für 1947.

In der SED scheint es aber auch Leute zu geben, die keine Sozialisten sind. In einem Aufruf

des Zentralsekretariats der SED wird festgestellt, daß die Partei nur zu einem schlagkräftigen Instrument der Arbeiterklasse werden könne, wenn im neuen Jahr "aus den Mitgliedern Sozialisten werden". ...

Die Berliner Feuerwehr aber hat alle Hände voll zu tun. ... In den Weihnachtsfeiertagen häuften sich die Gasvergiftungen (es waren über ein Dutzend).

War das ein Zufall oder liegen hier tiefere Zusammenhänge zugrunde? fragt der unabhängig und unzensurierte "Abend" im amerikanischen Sektor.<<

#### **14.01.1947**

Die "United-Press" berichtet am 14. Januar 1947 über die Hinrichtung von 2 NS-Verbrechern (x043/253): >>Im Berliner Gefängnis in der Lehrterstraße sind heute morgen 2 Frauen enthauptet worden.

Es handelt sich um die Ärztin Hilde Wernicke und die Pflegerin Helene Wiczorek, denen zur Last gelegt worden war, Hunderte von geisteskranken Personen durch "Gnadentötung" beseitigt zu haben. ... Sie töteten ihre Opfer durch Einspritzungen.<<

#### **27.01.1947**

Der sowjetische Marschall Sokolowski erklärt am 27. Januar 1947 im Verlauf der AKR-Sitzung (x111/277): >>Wir alle sind darin übereingekommen, daß die Zeit kommen wird, wo Deutschland wieder einen würdigen Platz in der Familie der friedliebenden Völker als ein selbständiger und friedliebender demokratischer Staat auf gemeinsamen und gleichen Grundlagen mit anderen Völkern einnehmen kann.

Das sind die Ziele unserer gemeinsamen Politik in Deutschland. Nur auf dieser Grundlage, nicht aber auf der Grundlage der abwegigen Auffassung, die im britisch-amerikanischen Zweizonenabkommen liegt, können und müssen wir ohne Aufschub die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands, die eine gebieterische Notwendigkeit für die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens und der Sicherheit darstellt, praktisch verwirklichen.<<

#### **30.01.1947**

Die meisten Berliner Schulen werden am 30. Januar 1947 wegen fehlender Kohlen geschlossen.

#### **Januar 1947**

Die SED-Politiker Grotewohl und Pieck berichten im Januar 1947, daß man in der sowjetischen Besatzungszone bisher 3.700.000 Vertriebene aufgenommen hat (x039/230).

Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtet über die Haftbedingungen im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/94-95): >>Wir lagen Anfang des Jahres 1947, man kann sagen, Mann an Mann. Vielen erfroren irgendwelche Gliedmaßen. Wir konnten lediglich während der Essenszeiten heizen. In der übrigen Zeit lagen wir zusammengekauert, uns gegenseitig wärmend, zu zweit oder zu dritt unter einer Decke. Die Baracken waren den ganzen Tag verschlossen, die Fenster mit weißer Farbe zugespinnelt. Eine Stunde durften wir im Freien spazieren.

Tag für Tag wurden Tote aus den Baracken getragen. Von Zeit zu Zeit wurde dann die langsam zusammenschmelzende Belegschaft wieder aufgefrischt. ...

Die Brotration wurde von 300 auf 400 Gramm erhöht und die Suppe von einem auf anderthalb Liter. Damit war schon wesentlich besser auszukommen, obwohl auch diese Ration noch lange nicht ausreichte. Das Durchschnittsgewicht aller schon längere Zeit in Haft befindlichen Kameraden näherte sich wohl einem Zentner. Man sah im ganzen Lager Sachsenhausen nur noch unterernährte Menschen. Jeder spürte eine langsam zunehmende Mattigkeit, die seinen Körper ergriff.

Jede Baracke teilte sich in Flur, Waschanlage und Abort sowie 2 Zugräume. In diesen Zugräumen sah es keineswegs menschlich aus. Man stelle sich einen Lagerraum vor, in dem rechts und links dreistöckige Pritschen stehen. In der Mitte standen rohe Tische und Bänke. ...

Auch seelisch wurden wir ziemlich stark geprüft. Keine Nachricht konnten wir an unsere Angehörigen geben, täglich sah man nur dieselben Gesichter und die weißen Mauern vor sich. Arbeit gab es überhaupt nicht. ...

Gerade früher besser situierte Herren waren die ersten, die versagten und gemütskrank wurden. ...<<

Die 17jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtet im Januar 1947 über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/107-108):

>>... Morgens und abends erfolgte der Zählappell. Dann wurden die Baracken aufgeschlossen und wir mußten in Fünferreihe antreten. Da wir am Ende der Lagerstraße lebten, dauerte es oft Stunden, bis wir zur Zählung dran waren. Durch Hunger und Krankheiten geschwächt, dazu im Winter bei eisiger Kälte nur mangelhaft bekleidet, war diese zweimalige Zählerei eine einzige Tortur und brachte vielen den Tod. Auch die Essenlieferung wurde dadurch oft so verzögert, daß die Suppe bereits eiskalt war, wenn sie in die Baracke getragen werden konnte.

Dicht unter der Decke über dem Fenster lief durch die ganze Baracke ein zirka vier Zentimeter dickes Rohr, durch das abends gegen 19 Uhr für eine Stunde Warmluft ging, was nicht verhinderte, daß im Winter Eiskristalle die Barackenwände schmückten.

In Kammer 10 lagen drei werdende Mütter unter den gleichen Bedingungen und bei gleicher Kost. Als die ersten Kinder geboren waren, war es manchmal so kalt, daß den Müttern die Milch wegblieb und die Kinder die dünne Suppe eingeträufelt bekommen mußten, die unsere Kost darstellte.

Die Verpflegung war sehr schwankend. Morgens gab es einen halben Liter dünne Suppe mit ein paar Graupen oder Buchweizen darin, mittags dreiviertel Liter Sauerkrautsuppe ohne Fleisch und Fett, zwischendurch 300 Gramm, später auch mal 350 Gramm Brot und schwarzen Tee.

Ganz schlimm waren 1947 einige Wochen, wo es nur Suppe aus Kartoffelschalen gab, die einen so penetranten Geruch verströmte, daß selbst der hungrigste Magen sich erst einmal sträubte, den Fraß bei sich zu behalten. Schrecklich war auch, wenn es statt des sauren, nassen Brotes, das doch jedenfalls für einige Zeit den Magen füllte, nur steinhart getrocknete Brotscheiben gab, weil aus irgendwelchen Gründen die Bäckerei nicht arbeiten konnte. ...<<

#### **08.02.1947**

Während eines Kostümfestes in Berlin-Spandau fordert eine Brandkatastrophe am 8. Februar 1947 über 100 Todesopfer (x111/282).

#### **12.02.1947**

Alfred Kantorowicz (1899-1979, deutscher KPD-Politiker und Journalist) beantragt am 12. Februar 1947 bei der SMAD und bei der US-Informationskontrollbehörde eine Lizenz für die Zeitschrift "Ost und West" (x116/183, x111/283): >>... Die Stimmen der Deutschen einer Besatzungszone werden oft nur schwach und bisweilen gar nicht von den Deutschen anderer Zonen vernommen; ... die Spaltung vertieft sich. Die östlichen und westlichen Teile Deutschlands beginnen sich voneinander zu entfernen. Das ist nicht gut, weder für Deutschland noch für den Frieden der Welt. ...

Die Zeitschrift, die ich im Sinn habe, soll den Titel tragen "Ost und West". Sie soll bestehen auf dem Grundsatz, daß Deutschland anstatt der Zankapfel zwischen den Mächten zu werden, die friedliche Brücke zwischen ihnen zu werden, versuchen soll. ...

Das Beispiel einer von verschiedenen Besatzungszonen lizenzierten Publikation wird dazu beitragen, dies ... klarzumachen. ...<<

>>... Deutschland in seiner gegenwärtigen Situation kann weder die amerikanische Lebensform schematisch übernehmen, noch die Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion übergangslos annectieren. Wir Deutschen müssen die unseren gegenwärtigen Bedingungen angemessene Lösung der sozialen, ökonomischen und ideologischen Probleme unseres Zeital-

ters selbst finden.<<

Die Zeitschrift "Ost und West" wird schließlich nur von der SMAD lizenziert.

### **13.02.1947**

In Berlin sind seit Ende 1946 bereits etwa 200 Personen erfroren, mehr als 40.000 Menschen erleiden schwere Erfrierungen, so daß am 13. Februar 1947 weitere öffentliche Wärmehallen errichtet werden (x111/283).

### **14.02.1947**

Nach dem Scheitern der kommunistischen Vereinigungsbestrebungen gründen SED und die westdeutsche KPD in Berlin am 14. Februar 1947 eine "Arbeitsgemeinschaft für Westdeutschland" mit Sitz in Ost-Berlin.

Infolge der großen Kälte, die bereits über 200 Menschenleben gefordert hat, beschließt der Magistrat am 14. Februar 1947, Gaststätten, Flüchtlingslager, Luftschutzräume und sonstige beheizbare Räume auch nachts offenzuhalten.

### **17.02.1947**

Das sowjetische Internierungslager Ketschendorf ("Speziallager Nr. 5") wird am 17. Februar 1947 aufgelöst. Etwa 2.000 deutsche Häftlinge werden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt. Die restlichen Gefangenen interniert man in den sowjetischen Internierungslagern Frankfurt/Oder, Fünfeichen, Jamlitz oder Mühlberg.

Von Mai 1945 bis Februar 1947 sterben im sowjetischen Internierungslager Ketschendorf mindestens 6.000 deutsche Häftlinge (x126/52).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Konzentrationslager" in der SBZ (x009/228): >>... 1945 wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht Zehntausende von Männern und Frauen unter Beschuldigung, "aktive Faschisten" oder Kriegsverbrecher gewesen zu sein, oder weil sie den Sowjets aus irgendeinem Grunde gefährlich erschienen, in Konzentrationslager gesperrt und dort auf das unmenschlichste und unwürdigste behandelt.

Besonders berüchtigte Lager befanden sich in Sachsenhausen (Oranienburg), Buchenwald, Mühlberg, Bautzen, Neubrandenburg und Ketschendorf. Die Angehörigen der dorthin Verschleppten blieben ohne Nachricht und ohne Postverbindung. Die Angehörigen erhielten auch dann keine Mitteilung, wenn der Häftling verstarb.

Nach westlichen Zählungen, die auf Angaben der ehemaligen Totengräber und Ärzte in den Konzentrationslagern beruhen, verstarben in den Lagern von 1945 bis 1950 über 65.000 Häftlinge.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (14/1990) berichtet später über die Internierungslager der sowjetischen Besatzungsmacht: >>... **Massengräber-Funde in der DDR erinnern an ein dunkles Nachkriegskapitel: Horror und Todesopfer in Lagern der sowjetischen Besatzungsmacht.**

In einem Wäldchen nahe Fürstenwalde wiederholte sich in den Fünfzigern alle Jahre wieder eine gespenstische Szene: Am Totensonntag legten Bürger dort Blumen und Kränze nieder, in der Nacht zum Montag schwärmte Volkspolizei aus und sammelte alles wieder ein.

Der nächtliche Sammeleifer der Staatsorgane im "Todeswäldchen" (Volksmund) hatte einen düsteren Hintergrund, der - so die Märkische Volksstimme - in der DDR bis in die jüngste Zeit "aus politischen Gründen totgeschwiegen" worden ist: An diesem Ort im Ostbrandenburgischen unterhielt der sowjetische Staatssicherheitsdienst NKWD von 1945 bis 1947 das Internierungslager Ketschendorf.

Beim Ausschachten von Wohnhausfundamenten hatten Bauarbeiter Ende der vierziger Jahre Massengräber freigelegt, worauf Zeitgenossen tagelang "über ganz Fürstenwalde Süd Leichengeruch" wahrnahmen. Auf dem Gelände einer ehemaligen Arbeitersiedlung hatte der NKWD im Lauf der drei Jahre rund 20.000 Häftlinge eingesperrt, von denen nach Schätzung



von Zeitgeschichtlern bis zu 6.000 starben und in Massengräbern der Umgebung verscharrt wurden.

Ketschendorf war damals überall. Assistiert von diensteifrigen SED-Gehilfen, internierte die sowjetische Besatzungsmacht Hunderttausende von inkriminierten Deutschen in elf Speziallagern. Zehntausende gingen an Hunger, Krankheit und Mißhandlungen zugrunde. Zeitzeugen berichteten auch von Gruppenschießungen.

Ahnungsvoll hatte der amerikanische Chefankläger beim Nürnberger Militärtribunal, Robert H. Jackson, bei Kriegsende an alle Welt appelliert, nach der Befreiung der Opfer aus Hitlers Terrorlagern dort nun nicht etwa gleich die Täter unterzubringen: "Die Konzentrationslager selbst müssen abgeschafft werden."

Doch im Osten Deutschlands ging bei der großangelegten Strafaktion der Appell des US-Juristen unter: Mit dem Einrücken der Roten Armee, so resümiert die Ost-Berliner Tageszeitung "Der Morgen", war auch "das stalinsche Lagersystem nach Deutschland" gekommen und bediente sich dabei makaberweise selbst der soeben befreiten Außenstellen von ehemaligen Nazi-KZs wie Sachsenhausen, Buchenwald und Bautzen.

Zwar will kein ernst zu nehmender Zeitgeschichtler die Lagerschrecken aus den Frühzeiten des SED-Regimes mit Hitlers Vernichtungsstrategie in Verbindung bringen. Doch angesichts massenhaften Sterbens kommen auch unverdächtige Experten wie Tilman Zülch von der Göttinger "Gesellschaft für bedrohte Völker" zum Verdikt: "Fortführung nationalsozialistischer Terrormethoden auf dem Territorium der DDR".

"Mit großer Härte" und "ohne klar erkennbares System" seien die Staatsorgane vorgegangen, berichtet Dieter Krüger, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Historischen Museums Neubrandenburg: "Es traf Schuldige und Unschuldige gleichermaßen."

Die Sowjets beriefen sich auf alliierte Beschlüsse - die im Kontrollratsgesetz Nr. 10 und der Kontrollratsdirektive Nr. 38 verankerte Bestrafung von Kriegsverbrechern und die Sistierung (Festnahme) von Personen, "die für die Besetzung und ihr Ziel gefährlich sind".

Naziverbrecher, Mitläufer und Hitlerjungen landeten hinter Stacheldraht, aber auch Denunziantenopfer, sozialdemokratische Antikommunisten, Zeugen Jehovas und so mancher, den auch die Nazis schon ins KZ gesperrt hatten.

Im Internierungslager Ketschendorf saßen neben lokalen Nazigrößen wie dem früheren NSDAP-Kreisleiter von Forst auch an die 2.000 abgemusterte Hitlerjungen zwischen 12 und 18 Jahren; die Hälfte von ihnen überlebte das Lager nicht.

Ex-Häftling Kurt Noack, 60, war als 15jähriger mit 40 bis 50 anderen auf 18 Quadratmetern Kellerraum zusammengepfercht, bei 300 Gramm Brot und zwei Schlag Grütze pro Tag. "Wir bekamen Wasser und Skorbut", erinnert er sich. Noack: "Die meisten hatten offene, durch Ödeme geplatzte Beine, die mit Hilfe untergelegter Steine so hoch lagen, daß flache Töpfe und Näpfe darunter Platz hatten, in die der stinkende Eiter tropfte. Zum Hunger gesellten sich vor allem im Winter Lungenentzündungen und Ruhr. Wer derart entkräftet an Lungenentzündung erkrankte, starb unausweichlich."

Das dunkle Kapitel Nachkriegsgeschichte ist wieder auf der Tagesordnung, seit bei Neubrandenburg und bei Oranienburg Gräberfelder entdeckt wurden, in denen die Überreste von Toten aus den Speziallagern Fünfeichen und Sachsenhausen ruhten.

Und nachdem die "Gesellschaft für bedrohte Völker" in einem offenen Brief an die Abgeordneten der neuen DDR-Volkskammer appelliert hat, die "Massenliquidierungen" aufzuklären und die Opfer zu rehabilitieren, häufen sich auf einmal Hinweise, Erlebnisberichte und Aufklärungswünsche von ehemaligen Häftlingen, die jahrzehntelang geschwiegen haben.

Bürger von Fürstenwalde fordern, den von der SED-Führung sogenannten "Platz der Freiheit" in der Nähe der Todesstätte in "Platz des Gedenkens" umzutauften. Ost-Zeitungen wie westliche Boulevardblätter werden mit Zeitzeugnissen eingedeckt. Stapelweise bekam auch die

"Gesellschaft für bedrohte Völker" Post von Opfern und Hinterbliebenen. ...

Bis zu 200.000 Menschen, schätzt der Zeitgeschichtler Gerhard Finn, seien zwischen 1945 und 1950 in den Speziallagern untergebracht gewesen, 65.000 bis 70.000 Todesopfer habe es gegeben. Diesen Zahlen liegen Angaben früherer Häftlinge zugrunde, da die Originalkarteien der Lager unauffindbar und wahrscheinlich längst vernichtet sind.

Die nun enthüllten Einzelheiten zum stalinistischen Lagerterror sind freilich längst ein offenes Geheimnis: Schon seit Ende der vierziger Jahre wurde der SED-Staat dieser Menschenrechtsverletzungen wegen attackiert.

Das Erzbischöfliche Generalvikariat in Köln machte publik, daß allein bei kirchlichen Stellen Berichte über die Verhaftung von 2.000 Jugendlichen, teils unter 14 Jahren, vorlagen. Herbert Wehner verlas auf dem SPD-Parteitag in Hamburg 1950 einen Freilassungsausschrei von 6.000 ehemaligen Buchenwald-Häftlingen, 2.000 von ihnen waren an Tuberkulose erkrankt. Eine Dokumentation über "Beweise für Massenterror in der Ostzone" hatte die Parteiführung der SPD schon 1948 vorgelegt.

Die Sozialdemokraten zählten Fälle auf, bei denen Häftlinge "ausgepeitscht", mit "Stacheldraht geschlagen", bei klirrendem Frost mit kaltem Wasser begossen worden waren. Die Todesraten in den Lagern werden ebenso angeführt wie Angaben über verschleppte Demokraten, erpreßte Geständnisse und serienweise Erschießungen - Bürger hatten frisch verscharrte Leichname ausgegraben, die von Kugeln durchsiebt waren.

So entdeckte, laut SPD-Dokumentation, "eine Einwohnerin von Kleditz bei Güstrow im April 1948 beim Holzsammeln eine menschliche Hand, die aus dem Erdboden ragte. Sofortige Untersuchungen durch die Gemeindestellen ergaben, daß dort die Leichen von fünf jungen Männern und zwei Mädchen vergraben waren, die alle Einschüsse am Hinterkopf aufwiesen. Nach Bekanntwerden des Fundes erschien ein Lastwagen der sowjetischen Kommandantur aus Güstrow, der die Leichen abtransportierte. Den Findern wurde befohlen, strengstes Stillschweigen zu bewahren".

Aus der Existenz der sowjetischen Speziallager machte auch die DDR-Führung kein Hehl. Über deren Insassen, nach offizieller Lesart als Kriegsverbrecher eingestuft, sagte SED-Chef Walter Ulbricht 1947 bei einer Parteikonferenz in Ost-Berlin: "Ich bedaure, daß nicht noch mehr inhaftiert worden sind."

Die grausamen Haftbedingungen wurden von der SED-Presse freilich grotesk verzerrt dargestellt. "Der Tagesablauf im Internierungslager entsprach durchaus dem Tagesablauf eines werktätigen Menschen", behauptete Anfang 1950 beispielsweise die Zeitschrift "Für Dich".

Und auch für das offizielle Schweigen über die Verschwundenen hatten die Regenten eine Version. Johannes Warnke, Staatssekretär im DDR-Innenministerium, sagte im gleichen Jahr, es sei "keineswegs angenehm für die Angehörigen eines in Haft verstorbenen Verbrechers, wenn dessen Name veröffentlicht würde".<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt später über die Internierungslager in der SBZ (x026/63-64): >>... Die größten Lager waren Buchenwald bei Weimar (Durchschnittsbelegung 10.000 bis 12.000 Häftlinge), Sachsenhausen bei Brandenburg (Durchschnittsbelegung 12.000 bis 15.000 Häftlinge) und Mühlberg/Elbe (Durchschnittsbelegung 12.000 Häftlinge). Lager bestanden auch in Bautzen, Torgau, Ketschendorf, Jamlitz, Fünfeichen bei Neubrandenburg und an mehreren anderen Orten. Tausende von Häftlingen saßen auch in den Gefängnissen der Besatzungszone.

Zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert wurden annähernd 40.000 Mitteldeutsche, die meistens vorher in einem alles andere als rechtstaatlichen Verfahren abgeurteilt worden waren. ...

Die Sterblichkeit in den Konzentrationslagern der Kommunisten war nicht geringer als die in den Lagern der Nationalsozialisten. ...

Die Gesamtzahl der umgekommenen KZ-Häftlinge wird zwischen 65.000 und 130.000 angegeben. ...

Bedenkt man die hohe Sterbequote der Deportierten, so bleibt als Fazit festzuhalten, daß über 100.000 Mitteldeutsche in sowjetischen Internierungslagern und Gefängnissen zu Tode gekommen sind.<<

### **25.02.1947**

Der Alliierte Kontrollrat führt am 25. Februar 1947 die Liquidierung des preußischen Staates - Kontrollratsgesetz Nr. 46 - durch (x056/33): >>Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört.

Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens ... (bestimmt) der Kontrollrat ... Art. I: Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst. ...<<

Die Besatzungsmächte erlassen damals ein völkerrechtswidriges Gesetz, denn bei dieser willkürlichen Auflösung Preußens handelt es sich eindeutig um einen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung (x063/635).

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet später (am 22.06.2002) über Preußen (x887/...): >>**Von der Provinz zur Großmacht / Preußens Wurzeln, Staatsidee, Ideale und Geschichte**

Wo liegen Preußens Wurzeln? Der Begriff "Preußen" kommt von den Prussen, die im heutigen Ostpreußen ihre Heimat hatten. Die Farben Preußens, Schwarz und Weiß, entsprechen den Wappenfarben des Deutschen Ordensstaates, dessen Kernterritorium ebenfalls Ostpreußen war. Auch in heraldischer Hinsicht hat Ostpreußen eine herausgehobene Stellung, ist es doch die einzige Provinz Preußens, deren Wappen jenes des Gesamtstaates ist.

Dem mag der eine oder andere entgegenhalten, daß die im preußischen Königreich herrschende Hohenzollernlinie nicht in Ostpreußen ihre Wurzeln hatte. Doch ist es wirklich diese Familie, die Preußen ausmacht und es groß gemacht hat?

Zweifellos hat sie bedeutende Könige hervorgebracht wie den "Soldatenkönig" Friedrich Wilhelm I. und Friedrich den Großen, doch waren auch unbedeutende darunter wie Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. Wilhelm II. hat versucht, für seinen Großvater den Namenszusatz "der Große" durchzusetzen, doch beschränkt sich Wilhelms I. Leistung letztlich darauf, nach anfänglichem Widerstreben schließlich erkannt und respektiert zu haben, daß sein nicht-hohenzollerischer Ministerpräsident und Kanzler Otto von Bismarck bedeutender war als er.

Wenn wir Friedrich II. als einzigen Hohenzollernfürsten den Namenszusatz "der Große" zubilligen, so sollten wir dieses nicht wegen seiner Abkunft, sondern wegen seines großartigen Lebens- und Herrschermottos tun: "Ich bin der erste Diener meines Staates." Diesem Dienstethos bis in die oberste Spitze verdankte Preußen primär seine Größe.

Wo findet man bereits vor der Neuzeit und damit vor dem Aufstieg der Preußen unter den Hohenzollern diese Bereitschaft, auf eine Selbstverwirklichung zugunsten des Dienstes an einem Höheren freiwillig zu verzichten? Man findet es bei den christlichen Rittern. Wie dem Preußen der Neuzeit sind auch dem miles christianus oder miles christi des Mittelalters die Tapferkeit, die Gerechtigkeit gegen jedermann, die Treue und Disziplin, das Maßhalten, die Verpflichtung zu Schutz und Fürsorge für Arme und Schwache (Bismarcksche Sozialgesetzgebung) sowie nicht zuletzt die Demut höchste Tugenden.

Dieser Gedanke führt uns zum Deutschen Ordensstaat als legitimen Vorläufer Preußens. Bezeichnenderweise besaß auch dieser Ordensstaat, was später Preußen gegenüber den anderen Territorien und Staaten auszeichnete, einen Staatsapparat, der in seiner Leistungsfähigkeit und seiner Leistungsbereitschaft Maßstäbe setzte. Und noch einen anderen Vorteil hatte der Or-

denstaat mit Preußen gemein. Beide hatten - zumindest über einen langen Zeitraum ihrer Geschichte hinweg - ein außerordentlich großes Reservoir, aus dem sie ihre Funktionsträger rekrutieren konnten.

Die großen preußischen Reformer, die in Preußens schwärzesten Stunden während der napoleonischen Zeit die Saat zum Wiederaufstieg legten, waren überwiegend gebürtige Nichtpreußen. Karl Reichsfreiherr vom und zum Steins Wiege stand in Nassau, Karl August Fürst von Hardenbergs in Essensrode bei Gifhorn, Gerhard Johann David von Scharnhorsts in Bordenau nahe dem Steinhuder Meer und August Wilhelm Anton Graf Neidhardt von Gneisenaus in Torgau. Preußens Glück, Preußens Leistung und Preußens Verdienst bestanden in seiner Staatsidee, die auch außerhalb der Staatsgrenzen Geborene überzeugte und sie dazu bewegte, sich in den Dienst dieses Staates zu stellen.

Ähnliches Glück hatte der Deutsche Ordensstaat, stand ihm doch in seiner Blütezeit für die Rekrutierung der Funktionsträger die Ritterschaft des Deutschen Ordens zur Verfügung, dessen Verbreitungsgebiet weit über die Grenzen Ostpreußens hinausreichte.

Erst als im Zuge des Niederganges des Ordensstaates die ostpreußischen Stände eine stärkere Beteiligung an der Verwaltung durchsetzen konnten, relativierte sich dieser Vorteil bei der Personalrekrutierung.

Ebenfalls eine Folge des nach der Niederlage von Tannenberg beginnenden Abstiegs des Ordensstaates ist die Sitte, deutsche Fürstensöhne an die Spitze des Staates, in das Hochmeisteramt zu wählen, in der Hoffnung, daß diese ihre verwandtschaftlichen Beziehungen zur Hocharistokratie des Reiches in den Dienst des Staates stellen würden.

Zu Zeiten der Reformation ist das ein Hohenzoller und so wird in seiner Amtszeit der Deutsche Ordensstaat in ein weltliches Erbherzogtum mit ihm als Herzog umgewandelt. Die Zustimmung des polnischen Königs, dem die Hochmeister seit dem Zweiten Thorner Frieden den Treueid zu schwören und Heeresfolge zu leisten hatten, wurde mit der Anerkennung seiner Lehenshoheit über das nun Herzogtum Preußen heißende Territorium erkaufte.

1618 und damit in jenem Jahr, in dem der Dreißigjährige Krieg begann, erlosch die hier regierende Hohenzollernlinie im Mannesstamm und das Herzogtum fiel an die Kurfürsten in Brandenburg. Der größte von letzteren ist sicherlich der Große Kurfürst. Ihm gelingt es, im Schwedisch-polnischen Krieg die polnische Lehenshoheit abzuschütteln. Im Frieden von Oliva erkennen der römisch-deutsche Kaiser sowie die Könige Polens und Schwedens die Souveränität des Herzogtums Preußen an. Mit dem souveränen Preußen hinterläßt Friedrich Wilhelm II. seinem Sohn Friedrich III. ein souveränes Herrschaftsgebiet, in dem dieser sich zum König krönen kann, was er 1701 auch tut.

Wenn König Friedrich I. wegen seiner Prunksucht auch nicht unumstritten ist, so hat er mit der preußischen Königswürde doch ein einigendes Band für das territorial auseinandergerissene Herrschaftsgebiet seiner Dynastie geschaffen, das nun unter dem Oberbegriff "Preußen" zusammenwächst. Ein mindestens ebenso wichtiges einigendes Band ist die Staatsidee, deren Entwicklung unter dem Großen Kurfürsten beginnt und unter Friedrich dem Großen ihre Vollendung findet. Zu dieser Idee gehört außer dem preußischen Dienstethos auch die preußische Toleranz, die Friedrich II. in Bezug auf Preußen formulieren ließ, "hier muß jeder nach seiner Fassung selig werden".

Friedrichs des Großen Regierungszeit hat sicherlich etwas Finales. Sie bildet sowohl den Höhe- als auch den Endpunkt einer Blüte Preußens. Sie ist aber auch ein Anfang, denn mit ihr beginnt Preußens Großmachtdasein und der preußisch-österreichische Dualismus in Deutschland.

Zu diesem Zeitpunkt bereits hinsichtlich Preußens von einer deutschen Sendung oder einem deutschen Kernstaat zu sprechen, ist jedoch zumindest gewagt. Zu desinteressiert zeigen sich hierfür Friedrichs II. Nachfolger Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. am Vor-

dringen der Revolutions- und kaiserlichen Truppen Frankreichs in Deutschland. Erst nach seinem eigenen Zusammenbruch und dem Scheitern der nationalen Erhebung in Österreich wird Preußen zum Hoffnungsträger der deutschen Patrioten.

Mit der Unterstützung Rußlands gelingt schließlich unter preußischer Führung die Befreiung der Nation von der französischen Fremdherrschaft. Es entspricht der neuen Rolle Preußens, daß es auf die Rückgabe der in der napoleonischen Zeit verlorenen polnischen Gebiete keinen Wert legt und sich dafür mit deutschem Territorium entschädigen läßt. Es "wächst in Deutschland hinein" und übernimmt von der süddeutschen Großmacht Österreich die psychologisch wichtige "Wacht am Rhein". Mit dem Ruhrgebiet gewinnt Preußen zudem das schwerindustrielle Herz Deutschlands, dessen große gesamtökonomische und rüstungswirtschaftliche Bedeutung sich erst im Laufe des Jahrhunderts erweist.

Aufgrund der hohen Wettbewerbsfähigkeit seiner Volkswirtschaft war Preußen im Gegensatz zur Österreich in der Lage, sich an die Spitze der deutschen Einigungsbewegung auf zollpolitischem Gebiete zu stellen. Doch nicht nur aus ökonomischen Gründen tat sich die Donaumonarchie mit dem deutschen Einigungsstreben schwer.

Im Gegensatz zu Preußen war Österreich nämlich auf dem Wiener Kongreß aus Deutschland hinausgewachsen. Das Habsburgerreich konnte deshalb im Gegensatz zum Hohenzollernstaat nicht in einem deutschen Nationalstaat aufgehen und sah sich daher allein schon aus Gründen der Staatsräson gezwungen, dem Streben der Deutschen nach ihm entgegenzuwirken. Preußen stand damit als zweite deutsche Großmacht in der Pflicht.

Daß dieses auch außerhalb Preußens so gesehen wurde, zeigt am deutlichsten die Tatsache, daß die Frankfurter Nationalversammlung nicht den österreichischen Kaiser, sondern den preußischen König zum Kaiser der Deutschen wählte. Mit einer Mehrheit von 290 gegen 248 Stimmen beschloß das deutsche Nationalparlament, Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserwürde anzutragen. Gelöst hat dieser Mehrheitsentscheid die deutsche Frage nicht.

"Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die Fragen der Zeit entschieden - das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut." Der bedauerlich hohe Wahrheitsgehalt dieser Feststellung Otto von Bismarcks kennzeichnet die weitere Entwicklung der deutschen Frage.

So sind es statt der Reden und Majoritätsbeschlüsse der Paulskirchenabgeordneten die Einigungskriege, die die deutsche Frage schließlich einer kleindeutschen Lösung zuführen. 1871 wird Preußen ein Bestandteil des Deutschen Reiches.

Wie die anderen 24 Bundesstaaten gibt auch der preußische Staat viele Kompetenzen an das neue Reich ab, weshalb manche in der Reichsgründung von 1871 das Ende Preußens sehen. Andere sehen in der Umwandlung Preußens von einer Erbmonarchie in eine Republik das Ende des Staates. Das Revolutionsjahr 1918 ist jedoch nicht nur wegen des Endes der Monarchie in Preußen von verfassungsrechtlich großer Bedeutung.

Vielmehr beginnt in jenem Jahr auch die Umwandlung des eher föderalistischen Kaiserreiches in eine vergleichsweise zentralistische Republik, die für Preußen nicht nur wie für alle Reichsländer die Abtretung weiterer Kompetenzen an das Reich bedeutet, sondern darüber hinaus auch den Verlust seiner Sonderstellung als Führungsmacht, die bis 1918 nicht zuletzt darin zum Ausdruck kam, daß das Staatsoberhaupt Preußens automatisch auch Oberhaupt des Deutschen Reiches war. Wie sehr die Macht von Preußen zum Reich gewechselt hatte, zeigt 1932 anschaulich der sogenannte Preußenschlag, an dem auch manche das Ende Preußens festmachen.

Andere sehen in den Nationalsozialisten Preußens Totengräber. Diese haben zwar eine Linie von Friedrich dem Großen über Otto von Bismarck und Paul von Hindenburg zu ihrem Führer Adolf Hitler gezogen, doch waren unter ihren Spitzenfunktionären die Preußen gemessen an der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches deutlich unterrepräsentiert. Dafür waren die

Männer und Frauen des 20. Juli (1944) zu großen Teilen Angehörige des preußischen Adels. Von daher machen manche auch am Scheitern ihres Umsturzversuches und den anschließenden Hinrichtungen vieler von ihnen das Ende Preußens fest. Offiziell aufgelöst wurde Preußen vom Alliierten Kontrollrat im Jahre 1947.

Wenn somit auch derzeit kein preußischer Staat besteht, so ist die Bundesrepublik Deutschland doch gut beraten, die preußische Staatsidee und die preußischen Ideale zu postulieren und zu leben, will sie nicht langfristig in die Zweit- oder Drittklassigkeit oder gar zur Bananenrepublik hinabsinken. ...<<

Der deutsche Publizist Sebastian Haffner (1907-1999) berichtet später über die Liquidierung des preußischen Staates (x056/33): >>... Es gibt ... in den heutigen deutschen Staaten noch viele Ex-Preußen – nicht nur Heimatvertriebene –, die manches für ihren einstigen Staat Charakteristische schmerzlich vermissen: In der Bundesrepublik die strenge preußische Ordnung und Redlichkeit, in der DDR die trockene preußische Liberalität und Gedankenfreiheit.

Wir ... (können) heute ... die Einzigartigkeit dieses untergegangenen Staates klarer erkennen, als es zu seinen Lebzeiten möglich war; und wir können seine Geschichte ... von den Legenden befreien, die sie entstellten:

Nach der "goldenen Preußenlegende" war das oberste Ziel der preußischen Könige von Anfang an die Einigung Deutschlands.

Die "schwarze Preußenlegende" wollte in Preußen nichts als räuberischen Militarismus sehen, (sie will) in Friedrich und Bismarck heute noch Vorläufer Hitlers sehen ...

Beide sind Propaganda von einst ... Preußen hatte keine deutsche Sendung; im Gegenteil, der Verfall des Reiches war Preußens Aufstieg. ...

Was es ... lange Zeit unheimlich und ... gefährlich machte, war viel weniger sein Militarismus als die (Vorzüge) seiner Staatlichkeit: ... unbestechliche Verwaltung und unabhängige Justiz, ... religiöse Toleranz und aufgeklärte Bildung, Preußen war ... (im 18. Jahrhundert) ... nicht nur der neueste, sondern auch der modernste Staat Europas.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die Liquidierung des preußischen Staates (x063/615): >>Um den Weltfrieden für immer zu sichern, erließ der Alliierte Kontrollrat am 25. Februar 1947 ein Gesetz (gebilligt vom Rate der Außenminister am 10. März), durch das "Preußen" aufgelöst wurde.

Es hieß in diesem – völkerrechtswidrigen – Dekret: "Preußen, das von jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland war, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört."

Damit wurde eine Geschichtslegende, wie sie schon in Wilsons dritter Note vom 23. Oktober 1918 (und in der gesamten alliierten Ersten Weltkriegspropaganda) zum Ausdruck kam, international sanktioniert. Die erhoffte Folge des Ewigen Friedens hat sich allerdings noch nicht eingestellt.

Preußen lebt weiter im Bewußtsein von Historikern, von Schriftstellern und Dichtern. Es lebt auch weiter in Einrichtungen wie Preußischer Kulturbesitz ...<<

### **27.02.1947**

Der sowjetische Marschall Sokolowski erklärt am 27. Februar 1947 im Verlauf der AKR-Sitzung in Berlin (x111/287): >>... Es taucht die Frage auf, ob nicht mit dem Zweizonenabkommen beabsichtigt wird, die Besetzung Deutschlands dazu zu benutzen, die deutsche Wirtschaft zu verschlingen, sie britischen und amerikanischen Monopolen zu unterwerfen, sie ihrer selbständigen Bedeutung zu berauben und somit Deutschland oder zumindest Westdeutschland zu einem Anhängsel ausländischer Monopole zu machen.<<

### **04.03.1947**

2 Berliner Studenten (CDU-Mitglieder) werden am 4. März 1947 in der SBZ wegen Waffenbesitz zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

### **05.03.1947**

Der Berliner "Telegraf" berichtet am 5. März 1947 über eine Schwurgerichtsverhandlung gegen einen wegen Raubmordes angeklagten 43jährigen Arbeiter (x111/290): >>... "Ich hatte Hunger, da ist alles so gekommen", sagte der Angeklagte. Seit Tagen hatte er nichts als einige Scheiben trockenen Brotes zu essen.

NN hatte seine Lebensmittelkarten bei sich, er hatte auch noch Vesperbrot im Rucksack! Sie standen im Keller bei ihrer Arbeitsstelle, NN, mit Kohlenpacken beschäftigt, bückte sich, da erschlug ihn XN von hinten mit einer schnell ergriffenen Eisenstange.

Mit beiden blutbesudelten Händen riß er das Brot aus dem Rucksack und verschlang es. Dann nahm er dem Toten die Brieftasche ab, schleifte ihn in einen Nebenkeller, verschloß die Tür und warf die Schlüssel fort.

Im nächsten Restaurant verzehrte er, was er auf die Marken bekommen konnte, und hielt sich auch am folgenden Tag nur in Eßlokalen auf. Schon am Abend erfolgte seine Verhaftung.<<

### **06.03.1947**

Der CDU-Politiker Jakob Kaiser (1888-1961) erklärt am 6. März 1947 während einer Kundgebung aller Parteien in Leipzig (x111/291): >>... Wir werden immer den Standpunkt vertreten, daß unser Volk weder die östliche noch die westliche Sprache mechanisch übernehmen kann.

Das deutsche Volk will und muß seine eigene Sprache sprechen. Aber es möchte eine Sprache sprechen, daß es zum ehrlichen Mittler werden kann zwischen Ost und West.<<

### **09.03.1947**

Der SED-Politiker Otto Grotewohl erklärt am 9. März 1947 während einer KPD-Versammlung in Frankfurt (x039/230): >>Die SED billigt die Grenzziehung im Osten ebenso wenig, wie sie sich mit einer geplanten Neuregelung der Grenzen im Westen abfinden würde.<<

### **13.03.1947**

Wilhelm Pieck dementiert am 13. März 1947 angebliche Äußerungen des SED-Vorsitzenden Ackermann über die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und betont, daß die SED nach wie vor jede Grenzverlegung ablehnt (x039/230).

### **20.03.1947**

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 20. März 1947 in ihrem Tagebuch über die von Molotow bekanntgegebene Zahl der deutschen Kriegsgefangenen (x111/295): >>Und wo blieben die anderen?

Herrn Molotows Bekanntmachung hat sie allesamt ausgelöscht. Wie Spreu in den Wind geweht. Auf immer vom Erdboden vertilgt.

Erst heute, zwei Jahre nach Kriegsende, fiel für eine Million Mütter, für viele Millionen Schwestern, Kinder und Frauen der Sohn, der Vater, der Mann oder Freund.

Fiel bei den Worten Molotows:

"Noch 890.532 Männer in russischer Gefangenschaft".

Setzt Halbmast über Deutschland!

O weine, Hekuba (Königin von Troja)!<<

### **24.03.1947**

Das sowjetische Internierungslager Torgau wird am 24. März 1947 aufgelöst. Die letzten 135 Häftlinge werden ins sowjetische Internierungslager Mühlberg transportiert.

Von September 1945 bis März 1947 sterben im sowjetischen Internierungslager Torgau etwa 1.500 deutsche Häftlinge. 4.000 Inhaftierte werden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/146).

### **28.03.1947**

In der sowjetischen Zone beginnen am 28. März 1947 die Dienstverpflichtungen für den

Uranbergbau.

Albert Speer (zu 20jähriger Freiheitsstrafe verurteilt, weil er als "NS-Reichsminister für Bewaffnung und Munition" Zwangsarbeiter einsetzen ließ) schreibt am 28. März 1947 im NS-Kriegsverbrechergefängnis in Spandau (x028/217): >>Die Deportation von Arbeitskräften ist ohne Zweifel ein internationales Vergehen. Ich lehne das Urteil nicht ab, weil andere Nationen das gleiche tun. ...<<

### **30.03.1947**

Während einer Konferenz des FDGB in Berlin werden am 30. März 1947 folgende Forderungen gestellt (x111/298): >>1. Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der Großbanken.

2. Die Durchführung einer demokratischen Bodenreform.

3. Die Sicherung einer entscheidenden Stimme für die Gewerkschaften auf dem Gebiete der Industrie.<<

### **März 1947**

Die 17jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtet im März 1947 über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/108-109):

>>... Als ich im März 1947 an Ruhr und einer Nierenbeckenentzündung erkrankte, hatte ich das große Glück, ins Lazarett zu kommen, was ein Ausnahmefall war und nur Schwerstkranken gestattet wurde.

In dieser Krankenbaracke war Ende 1946 Heinrich George verstorben, und ich kam in den Besitz seiner Gedichte, die er während seiner Gefangenschaft geschrieben und im Lazarett im Strohsack versteckt hatte. Heinrich George soll als einziger einen Sarg bekommen haben und auf einem Friedhof begraben worden sein.

Als ich zehn Wochen später in die Baracke 4 zurückkehrte, waren dort inzwischen die Fenster abgekratzt worden, wodurch nun Tageslicht in die Kammern kam und man die kaum zu beschreibende Verwahrlosung zum ersten Mal richtig bemerkte. Es war für mich ein Schock!

Die Baracke war nun tagsüber geöffnet, und die Frauen waren dabei, die Schlafpritschen auseinanderzureißen und die Wanzennester zu vernichten. Es gab sogar einige Kübel Chlor, womit die Bretter getränkt wurden, nur machte der beißende Gestank den Aufenthalt und gar den Schlaf in der Baracke unmöglich.

Im Lazarett hatte ich neben einer 90jährigen gelegen, bis sie dort verstarb. Jüngster Insasse des Lagers war ein 9jähriger Junge, der mit seinem Vater zusammen verhaftet worden war. Beide sind sehr bald verstorben. In einer Männerbaracke lag eine ganze Klasse 10- bis 11jähriger Jungen, von denen drei überlebten. ...<<

### **05.04.1947**

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 5. April 1947 in ihrem Tagebuch über die ergebnislose Moskauer Außenministerkonferenz (x111/304): >>Nichts! Und abermals nichts.

Weder den Frieden noch die Revidierung der Ostgrenze, weder die Aufhebung der Zonenschranken noch eine gemeinsame Währungsregelung.

Offenbar haben sie sich dort nur zusammengesetzt, um der Welt vorzuführen, wie man am kunstfertigsten aneinander vorbeireden kann. ...<<

Während der Moskauer Außenministerkonferenz bestätigt der sowjetische Außenminister Molotow am 9. April 1947 die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens (x111/305).

### **April 1947**

Das sowjetische Internierungslager Jamlitz bei Lieberose wird im April 1947 aufgelöst. Die rund 4.400 deutschen Häftlinge werden in die sowjetischen Internierungslager Buchenwald und Mühlberg transportiert.



Im sowjetischen Internierungslager Jamlitz, das vor allem wegen seiner Hungerrationen berüchtigt war, sterben von September 1945 bis April 1947 ca. 5.000 deutsche Häftlinge. Etwa 1.000 Inhaftierte werden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/74).

Der 20jährige Bernd S. berichtet im April 1947 über die Haftbedingungen im sowjetischen Internierungslager Jamlitz bei Lieberose (x126/76-79): >>Es kam vor, daß Barackenkameraden morgens nicht mehr von ihrer Pritsche aufstanden. Ich selbst hatte Dystrophie der Stufe drei, das war der höchste Abmagerungsgrad, den es gab. Ich wog noch reichlich 70 Pfund (bei einer Körpergröße von 1,75 Meter) und war so schwach, daß ich mich nach der Rückkehr von den Zählappellen mitunter am Treppengeländer hochziehen mußte, um wieder in die Baracke zu gelangen. ...

Eine weitere Ursache unsäglicher Qualen bildete das Ungeziefer. Es waren geradezu Invasionen von Wanzen, Flöhen und Läusen, die sich auf unsere ausgezehnten Körper stürzten. Flöhe und Läuse verkrochen sich in den Nähten der Bekleidung, die Wanzen im Holz der Pritschen. Es war furchtbar. Die gelegentlichen Entlausungsaktionen halfen dagegen überhaupt nicht. Ich habe erlebt, wie eine Baracke ausgegast wurde und man danach Wassereimer voll Wanzen herastrug.

Von den allgemeinen Bedingungen her war Jamlitz von allen Lagern das schlimmste, wie wir später in Buchenwald, nachdem wir mit Häftlingen aus den anderen Lagern gesprochen hatten, übereinstimmend feststellten. ... So wie wir behandelt wurden, mußten wir annehmen: Hier kommen wir nie wieder raus. Damit hatten sich auch alle abgefunden. ... Ich selbst hatte ebenfalls mit dem Leben abgeschlossen. Ich bin dort viele Male gestorben.

Aber einen Grundsatz wollte ich bis zuletzt beherzigen: in Ehren zu sterben. Es gab ja auch einige, die in Unehren gestorben sind, die in der Nacht ihren Kameraden das Brot stahlen, irgendwann dabei erwischt wurden und die man dann derart zurichtete, daß sie das nicht überlebt haben. Der Hunger hat einige zu Tieren gemacht.

Für das sowjetische Personal waren wir durchweg große Faschisten. Das hatte man denen eingebleut ... Alle Funktionen im Lager bekleideten Deutsche, Häftlinge wie wir.

Zu ihrer Schande muß gesagt werden, daß viele von denen, die eine solche Position bekleideten, sich uns gegenüber wie Unmenschen benommen haben, um ihre Vergünstigungen, beispielsweise ihre doppelten Essenrationen, zu sichern. ... Das ging natürlich nur auf Kosten der Allgemeinheit. ...

Wegen kleinster Vergehen gegen die Lagerordnung konnte es Essensentzug oder Schläge geben. Der deutsche Lagerkommandant in Jamlitz, Bennewitz, war ein Schläger und Halunke, ebenso sein Stellvertreter. Letzterer soll Gerüchten zufolge später in (dem sowjetischen Internierungslager) Mühlberg von Mithäftlingen in eine Fäkaliengrube gestoßen worden und darin elendig umgekommen sein. ...

Ostern 1947 wurden wir auf dem Bahnhof Jamlitz in Güterzüge verladen. Wohin die Fahrt gehen sollte, wußten wir nicht. ... Viele befürchteten, daß man uns nach Sibirien bringen würde. Aber dann standen wir auf dem Ettersberg bei Weimar vor dem schmiedeeisernen Tor des Konzentrationslagers Buchenwald und lasen darauf die zynische Inschrift "Jedem das Seine".

...<<

#### **08.05.1947**

In Sachsen und in anderen SBZ-Ländern werden am 8. Mai 1947 sämtliche Bergwerke enteignet.

Der Rundfunk im britischen Sektor Berlins berichtet am 8. Mai 1947 (x111/314): >>Auf Anordnung der britischen Militärregierung werden alle auf kulturellem Gebiet tätigen Deutschen im britischen Sektor Berlins und in der britischen Zone in der nächsten Zeit Eintragungszertifikate und politische Bescheinigungen erhalten.

Wer in Berlin nach dem 15. Juli und in der britischen Zone nach dem 31. Juli 1947 ein derar-

tiges Zertifikat nicht besitzt, darf sich auf kulturellem Gebiet nicht mehr betätigen.

Die Zertifikate werden u.a. an alle Verleger, Herausgeber, Hauptschriftleiter und Schriftleiter, Intendanten und Regisseure, Dramaturgen, Dirigenten und Schauspieler ausgegeben und gelten in allen vier Zonen Deutschlands als Unbedenklichkeitszeugnis.

Lizenzträger, die nach dem 31. Juli 1947 Personen ohne Zertifikat beschäftigen, verlieren ihre Lizenz.<<

#### **22.05.1947**

In der "Iswestija" vom 22. Mai 1947 wird der britische Außenminister Bevin kritisiert (x028/185): >>... Bevin versuchte, das bekanntlich sinnlose Argument vorzubringen, daß die Frage von Polens Westgrenze nicht geregelt sei und daß es sich dabei um eine Form von "Entschädigung" und nicht um eine Rückkehr alten polnischen Landes handelte.

Auch hier haben wir es mit dem offensichtlichen Versuch zu tun, das Potsdamer Abkommen zu revidieren und gewisse Zusagen zu umgehen, die sich aus dem Abkommen herleiten.

Die Frage von Polens Westgrenze ist ein für allemal geregelt worden und nicht mehr Gegenstand irgendeiner Revision.<<

#### **05.06.1947**

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 5. Juni 1947 in ihrem Tagebuch über die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz und die Rede des US-Außenministers Marshall (x111/325): >>Ehe der letzte der ostzonalen Ministerpräsidenten die Bayerische Staatskanzlei betreten hatte, hatten seine östlichen Kollegen den Sitzungssaal bereits verlassen. Die Delegierten der Ostzone sind nach Berlin zurückgekehrt. Nicht einmal über die Aufstellung der Tagesordnung konnte man sich einigen. Rein in die Hoffnung, raus aus der Hoffnung.

Wenn sich auch der Hilfsplan für Europa in ähnlicher Richtung entwickelt! ...<<

#### **20.06.1947**

Der SMAD-Befehl Nr. 156 verkündet am 20. Juni 1947 (x111/333): >>... Die Jugendämter bei den deutschen Organen für Arbeit und Sozialfürsorge üben immer noch neben den Organen für Volksbildung eine parallele Tätigkeit in der Leitung der Kindereinrichtungen und der Erziehung der Jugendlichen aus.

Ein solcher Zustand ermöglicht nicht, eine richtige und einheitliche Lenkung in der Erziehung der Kinder und Jugendlichen festzulegen. ... (Deshalb wird befohlen,) die Jugendämter bei den Ämtern für Arbeit und Sozialfürsorge in die Volksbildungsämter zu überführen.<<

#### **24.06.1947**

Ernst Reuter wird am 24. Juni 1947 zum Berliner Oberbürgermeister gewählt.

Der sowjetische Einspruch hindert Reuter jedoch an der Ausübung des Amtes.

Der Berliner "Telegraf" berichtet am 24. Juni 1947 über die Möglichkeiten von Schwarzmarktgeschäften (x111/334): >>Einem hungrigen Freunde wurde ein Pfund Butter für 320 RM angeboten. Er nahm sie auf Kredit, weil er soviel Geld nicht hatte. Er wollte sie morgen bezahlen.

Ein halbes Pfund bekam seine Frau, mit dem Rest gingen wir "kompensieren": In einem Tabakladen gab es für das halbe Pfund 50 Zigaretten. 10 Stück behielten wir für uns. Mit dem Rest gingen wir in eine Kneipe. Wir rauchten eine Zigarette, und das Geschäft war perfekt: Für die 40 Zigaretten erhielten wir eine Flasche Wein und eine Flasche Schnaps. Den Wein brachten wir nach Hause. Mit dem Schnaps fuhren wir auf's Land. Bald fand sich ein Bauer, der uns für den Schnaps zwei Pfund Butter eintauschte.

Am nächsten Morgen brachte mein Freund dem ersten Butterlieferanten sein Pfund zurück, weil es zu teuer war.

Unsere Kompensation hatte eineinhalb Pfund Butter, eine Flasche Wein, zehn Zigaretten und das Vergnügen eines steuerfreien Gewerbes eingebracht. ...<<

### **25.06.1947**

Der Alliierte Kontrollrat erteilt am 25. Juni 1947 "Grundsätze für die Demokratisierung des Unterrichts in Deutschland", Direktive Nr. 54 (x114/2.164): >>1. Die Möglichkeit, sich zu bilden, muß für alle in gleicher Weise sichergestellt werden. ...

4. Schulen mit Pflichtunterricht müssen ein zusammenhängendes Erziehungssystem bilden. Die Begriffe "Grundschule" und "Oberschule" müssen zwei aufeinanderfolgende Unterrichtsstufen und nicht zwei Unterrichtssysteme oder Unterrichtsarten bedeuten, die sich überschneiden.

... 5. Alle Schulen müssen es sich besonders angelegen sein lassen, den Sinn für staatsbürgerliche Verantwortlichkeit zu entwickeln und das Schwergewicht auf die demokratische Weltanschauung legen, und zwar durch die Auswahl der Schulbücherprogramme und des Unterrichtsmaterials sowie durch die Schulorganisation selbst.

6. Die Schulprogramme müssen sich zum Ziele setzen, Achtung und Verständnis gegenüber anderen Nationen zu entwickeln. Zu diesem Zweck ist dem Studium der lebenden Sprachen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, ohne einer von ihnen den Vorrang zu geben. ...<<

### **27.06.1947**

Durch SMAD-Befehl vom 27. Juni 1947 wird die "Deutsche Wirtschafts-Kommission" (DWK) gebildet, die Aufgaben einer Zentralregierung wahrnimmt.

Der DWK gehören auch die zentralen deutschen Verwaltungen für Inneres (Polizei), Justiz, Volksbildung und Gesundheitswesen an, obwohl sie zunächst selbständig bleiben. Die DWK gründet z.B. auch den "Ausschuß zum Schutz des Volkseigentums" (Leitung: Erich Mielke - Vorläufer des Staatssicherheitsdienstes).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Deutsche Wirtschaftskommission" (x009/104): >>DWK: ... Durch Befehl der SMAD Nr. 138 am 27.6.1947 konstituierte zentrale deutsche Verwaltungsinstanz für Industrie, Finanzen, Verkehr, Handel und Versorgung, Arbeit und Sozialfürsorge, Land- und Forstwirtschaft, Brennstoffindustrie und Energie, Interzonen- und Außenhandel und Statistik.

Außerhalb der DWK wurden selbständige Zentralverwaltungen für Inneres, Justiz, Gesundheitswesen und Volksbildung errichtet. Die Vollmachten der Zentralverwaltungen waren zunächst beschränkt. Ihre Präsidenten bildeten ein Sekretariat; einen Vorsitzenden hatte die DWK zunächst nicht.<<

### **30.06.1947**

Um das Image der UdSSR als führende Weltmacht zu festigen und sie als Vorbild beim Aufbau des Sozialismus darzustellen", wird am 30. Juni 1947 die "Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion" - später umbenannt in "Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft" (DSF) - gegründet.

Da ohne diese DSF-Mitgliedschaft kein Studium oder beruflicher Aufstieg möglich ist, werden bis 1982 etwa 6 Millionen DDR-Bürger DSF-Mitglieder (x092/947).

### **Juni 1947**

Im ersten Halbjahr 1947 werden folgende Reparationsgüter an die Sowjetunion ausgeliefert (x111/338): >>168 Waggons Schwellen, 28 Waggons Schienen, 10.034 Waggons Industriegut, 921 Waggons Zucker, 255 Waggons Getreide und Mehl, 160 Waggons Fahrzeuge, 609 Waggons Kali, 136 Waggons Benzin, 236 Waggons Maschinen, 42 Waggons Zement und 58 Waggons Textilien.<<

### **04.07.1947**

Der SED-Politiker Ernst Thape (1892-1985, Volksbildungsminister in Sachsen-Anhalt) schreibt am 4. Juli 1947 über eine Reise nach Süd- und Südwestdeutschland (x111/342): >>Ich hatte auf dieser Reise ... den Eindruck, daß sich das Wort "Deutschland" immer leiser anhört, je weiter man nach Südwesten kommt. In der französischen Zone ... vernahm ich es

überhaupt nicht mehr! ...<<

#### **10.07.1947**

Der sowjetische Stadtkommandant Generalmajor Kotikow lehnt am 10. Juli 1947 Ernst Reuter als Oberbürgermeister der Stadt Berlin ab, da Reuter antisowjetisch eingestellt sei (x111/343).

#### **11.07.1947**

Der sowjetische Stadtkommandant Generalmajor Kotikow erklärt am 11. Juli 1947 vor der Berliner Presse (x111/344): >>Herr Reuter wird nicht Oberbürgermeister von Berlin werden. Dieses Amt wird nur jemand bekleiden, der geeignet ist, mit allen vier Besatzungselementen zusammenzuarbeiten, eine demokratische Leitung der Stadtverwaltung zu sichern und für die dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung Sorge zu tragen. Auf Herrn Reuter trifft dies nicht zu.

Erstens hat er sich während seiner Anwesenheit in Berlin durch antisowjetische Verleumdungen einen traurigen Ruf erworben, zweitens hat er eine zweifelhafte politische Vergangenheit. ... Drittens hat Reuter durchaus nicht die Fähigkeit bewiesen, unter den heutigen Bedingungen zu arbeiten.<<

#### **12.07.1947**

Der deutsche Pädagoge und Philosoph Theodor Litt (1880-1962) schreibt am 12. Juli 1947 nach dem Scheitern der "Moskauer Außenministerkonferenz" (x111/345): >>Es wird mir immer mehr zur Gewißheit: wir kämpfen einen aussichtslosen Kampf; unserem Volk ist nicht mehr zu helfen!

Jeden Tag verhärten sich die Dogmatismen mehr; wie ineinandergreifende Zahnräder treiben sie sich gegenseitig vorwärts. Man redet von nationaler Einheit und tut alles, sie zu zerstören. ...<<

#### **23.07.1947**

Die SED lehnt am 23. Juli 1947 die Teilnahme am Marshall-Plan ab.

#### **24.07.1947**

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtet am 24. Juli 1947 (x116/27): >>... Die Berliner laufen sehr eifrig zu den Kundgebungen, die Tag für Tag überall in den Westsektoren stattfinden, um ihnen den Aushaltmut zu stärken.

Sie sind politischer geworden und härter im Nehmen. Sie wissen, was die Stunde geschlagen hat, wenn nur noch das rote Banner über Berolinas Kopf im erbarmungslosen Ostwind knattert.<<

#### **Juli 1947**

Die 17jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtet über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/109): >>... Im Sommer 1947 tauchte bei uns eine russische Ärztekommision auf, die uns auf Arbeitsfähigkeit untersuchte, weil wieder ein Transport nach Sibirien zusammengestellt wurde. Allerdings war der allgemeine Gesundheitszustand so schlecht, daß sie niemanden als tauglich mustern konnten. Wie ich später von Betroffenen hörte, war der vorherige Transport aus Sachsenhausen nur bis Brest-Litowsk gekommen, weil der größte Teil der Gefangenen schon auf dem Transport starb und der Rest in so schlechter Verfassung war, daß er wieder nach Sachsenhausen zurückgebracht wurde.

Ich hörte bei der Untersuchung immer wieder: "Dystrophie". ...<<

#### **03.08.1947**

Alfred Kantorowicz (1899-1979, deutscher KPD-Politiker und Journalist) berichtet am 3. August 1947 in seinem Tagebuch über den Erfolg seiner Zeitschrift "Ost und West" (x111/352): >>Bislang sind mehr als 150.000 (in Worten: Einhundertfünfzigtausend!) Exemplare der ersten Nummer angefordert worden – man denke: 150.000 Exemplare einer teuren, auf an-

spruchsvollem intellektuellen Niveau gehaltenen Monatsschrift.

Auch das ist Deutschland heute, das lesehungrige, aufgeschlossene, wegsuchende Deutschland. ...<<

### **06.08.1947**

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) kritisiert am 6. August 1947 auf einer Großkundgebung in Berlin die Politik der SED (x111/353): >>Wir haben den echten Separatismus hier im Osten erlebt. Das deutsche Volk will zueinander, aber die deutschen Kommunisten, das sind die Separatisten der Ostzone. ...

Und da erklären wir deutschen Sozialdemokraten gegenüber der Politik dieser kommunistischen Idee: Wir Sozialdemokraten, wir wollen die demokratische Republik, aber wir wollen nicht die Volksrepublik Sepistan. ...<<

### **16.08.1947**

Auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 201 vom 16. August 1947 werden "Sonderstrafkammern" der Landgerichte gebildet, um die Entnazifizierung durchzuführen.

In der sowjetischen Besatzungszone dient die Entnazifizierung hauptsächlich dazu, die NS-Führungsschicht, Kapitalisten und sog. "Staatsfeinde" auszuschalten. Die sowjetische Besatzungsmacht enteignet grundsätzlich alle Besitzer von Produktionsmitteln, falls man ihnen eine Zusammenarbeit mit dem NS-Regime zur Last legen kann. Ferner entläßt man in Mitteldeutschland alle "politisch belasteten" Richter, Verwaltungsbeamte und Lehrer aus dem öffentlichen Dienst.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Entnazifizierung" in der SBZ (x009/111): >>Grundlegend für die Entnazifizierung in der SBZ war das Potsdamer Abkommen. Die Entnazifizierung erfolgte

a) gemäß Kontrollrats-Direktive Nr. 24 vom 12.1.1946 (als wirtschaftliche und berufliche Maßregelung) durch "Entnazifizierungskommissionen";

b) gemäß Kontrollrats-Gesetz Nr. 10 vom 20.12.1945 ... (als gerichtliche Bestrafung) durch "Sonderstrafkammern" der Landgerichte, die auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 201 vom 16.8.1947 gebildet wurden.

Befehl 201 brachte die politische Gleichstellung aller nur nominellen Mitglieder der NSDAP, verlangte aber schärfere Strafen gegen Schuldige. Die Entnazifizierung war oft nur ein Vorwand, um Enteignungsmaßnahmen zu tarnen, vor allem in Befehl Nr. 124 der SMAD. - Zahlen über die Enteignung in der SBZ wurden nie veröffentlicht. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Enteignungen" in der SBZ (x009/110): >>Nach Art. 23 der Verfassung dürfen Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage gegen angemessene Entschädigung vorgenommen werden, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.

In einigen Enteignungsgesetzen ist eine Entschädigung vorgesehen. Diese Ansprüche stehen jedoch oft nur auf dem Papier. Der Mißbrauch des Eigentums hat nach Art. 24 grundsätzlich entschädigungslose Enteignung und Überführung in das Eigentum des Volkes zur Folge. Private wirtschaftliche Unternehmen, "die für die Vergesellschaftung geeignet sind", können enteignet werden. Alle Bodenschätze, Naturkräfte, Bergwerke sowie die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung und der Energiewirtschaft sind gemäß Art. 27 und 25 der Verfassung verstaatlicht worden.

Schon vor dem Inkrafttreten dieser Verfassungsbestimmungen war das private Eigentum mehreren Enteignungsaktionen ausgesetzt. Durch die bereits 1945 eingeleitete Bodenreform wurden alle landwirtschaftlichen Privatbetriebe über 100 ha enteignet.

Die nach Befehl Nr. 124 der SMAD angeordnete Enteignung von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten" wurde als Vorwand benutzt, die wichtigsten Industriebetriebe mit etwa 40 % der Gesamtproduktion in Volkseigentum zu überführen.

Der SMAD-Befehl 201 vom August 1947 leitete die nächste Enteignungswelle ein, in der das Vermögen angeblicher Naziaktivisten und Kriegsverbrecher durch Strafurteile eingezogen wurde.

Die Vermögensentziehung ist dann regelmäßig auch in anderen politischen Strafverfahren nach Art. 6 der Verfassung der Kontrollratsdirektive 38 und in zahlreichen Wirtschaftsstrafsachen verhängt worden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Eigentum" in der SBZ (x009/105-106): >>Einen einheitlichen Eigentumsbegriff gibt es nicht mehr.

Man unterscheidet zwischen staatlich-sozialistischem Eigentum oder Volkseigentum, genossenschaftlich-sozialistischem Eigentum sowie dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Das "Volkseigentum" ist die höchste Form des gesellschaftlichen Eigentums. Eigentümer ist das "gesamte werktätige Volk in Gestalt seines Staates". "Volkseigentum" ist also gleichzusetzen mit dem Staatseigentum. Es ist "die entscheidende ökonomische Grundlage der Arbeiter- und Bauern-Macht". Es entstand durch Enteignung.

Das genossenschaftliche sozialistische Eigentum ist gegenüber dem "Volkseigentum" gesellschaftliches Eigentum einer niederen Entwicklungsstufe, weil hier nur ein bestimmtes Produktions- oder Verbraucherkollektiv Eigentümer ist. Es entsteht durch Sozialisierung des Privateigentums der in den Genossenschaften vereinigten Bürger. ...

Das Privateigentum ist seit 1945 durch Enteignung stark reduziert worden. Zahlreiche Verfügungsbeschränkungen, vor allem für das Grundeigentum, haben den Begriff des privaten Eigentums ausgehöhlt. So bedarf die wirksame Übereignung eines bebauten oder unbebauten Grundstücks einer Genehmigung. ...

Das persönliche Eigentum ist das durch "eigene gesellschaftliche Arbeit" erworbene Eigentum an Gegenständen des persönlichen Bedarfs. Hierzu werden auch Siedlungshäuser und Eigenheime gerechnet, nicht dagegen der Grund und Boden, der niemals Objekt des persönlichen Eigentums sein kann.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Periodisierung" (Klassenkampf) in der SBZ (x009/325): >>Nach der marxistischen Theorie entwickelt sich die menschliche Gesellschaft in einer Kette von Klassenkämpfen. ...

Die erste Phase nach der Kapitulation von 1945 wird dementsprechend für die SBZ als Periode der "antifaschistisch-demokratischen Ordnung" bezeichnet, in der die "Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution" auf der Tagesordnung stand. Diese Periode endete mit der Gründung der DDR im Oktober 1949.

Ihre wesentlichen Kriterien sind: Enteignung des Großgrundbesitzes (Bodenreform), Enteignung der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen, Zerschlagung der Reste des alten Verwaltungs- und Justizapparates sowie die sog. demokratische Bildungsreform.

Zugleich wurde ab Mitte 1948 durch die Umbildung der SED in eine bolschewistische Kaderpartei die Grundlage für die Inangriffnahme der "proletarischen Revolution" geschaffen.

Mit der zwischen 1949 und 1952 durchgeführten Unterwerfung aller übrigen Parteien und Organisationen vollzog sich der Übergang von der "antifaschistisch-demokratischen" Periode zur Volksdemokratie.

Auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 wurde der "Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" proklamiert. Völlige Zentralisierung der Verwaltung, strikte Unterordnung des Staatsapparates unter die Befehlsgewalt der SED, volle Verstaatlichung der Industrie und Teilkollektivierung der Landwirtschaft sind die entscheidenden Maßnahmen in dieser Periode. Auf dem V. Parteitag der SED proklamierte Ulbricht den Übergang in die neue Phase der Vollendung des Sozialismus. In dieser Periode erfolgte im April 1960 der Abschluß der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft.

Diese parteioffizielle Periodisierung unterschlägt allerdings die entscheidende Tatsache, daß

diese gesellschaftlichen Prozesse, die die einzelnen Phasen kennzeichnen, keineswegs aus innerem Zwang, aus den Bedürfnissen und der Bereitschaft der Bevölkerung erfolgten, sondern als eindeutiges Diktat einer kleinen Minderheit.

Dieses Diktat wurde zunächst von der sowjetischen Besatzungsmacht und später von der im Schutze ihrer Bajonette arbeitenden SED-Führung ausgeübt, der es bis heute nicht gelungen ist, die Mehrheit der Bevölkerung für ihre Ziele zu gewinnen und damit den Akt der "kalten Revolution" zu legalisieren.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Staatsapparat" der SBZ (x009/416): >>Zum Staatsapparat gehören nach kommunistischer Lesart die Regierung, der Verwaltungsapparat, die Streitkräfte, die Polizei, der Sicherheitsdienst, die Gerichte und Staatsanwaltschaften.

Der Staatsapparat wird als "Hauptinstrument zum Aufbau des Sozialismus" mit "politisch-erzieherischen und wirtschaft-organisatorischen Funktionen" bezeichnet. Grundlegendes Organisationsprinzip des Staatsapparates ist der demokratische Zentralismus. Verpflichtendes Arbeitsprinzip ist die Parteilichkeit im Sinne der SED, die über die regionalen und zentralen Organe den Staatsapparat kontrolliert und anleitet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Apparat" (x009/24): >>Bezeichnung für die Gesamtheit der von hauptamtlichen Funktionären besetzten hierarchisch gegliederten Dienststellen der SED (Parteiapparat), der Staatsverwaltung (Staatsapparat) und der Massenorganisationen.

Die Untergliederung der Apparate in Büros, Sekretariate, Abteilungen und Sektoren entspricht in den Massenorganisation dem Vorbild des Parteiapparates. Die Gliederung des Parteiapparates dient u.a. einer möglichen effektiven Kontrolle und Anleitung des Staatsapparates.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Frage berichtet später über die "Demokratie" in der SBZ (x009/92): >>... Nach Auffassung Marx' und Engels' ist in der Demokratie die Ausbeutung nicht aufgehoben. ...

Dennoch stellt nach klassisch-marxistischer Auffassung die bürgerliche Demokratie einen Fortschritt gegenüber dem absolutistischen Feudalstaat dar, weil sie dem Proletariat das Wahlrecht, Rede- und Koalitionsfreiheit bringt und damit erleichternde Voraussetzungen für die Zerstörung der kapitalistischen Ordnung schafft.

Die bürgerliche Demokratie ist zwar eine "Diktatur der Minderheit über die Mehrheit", der Bourgeoisie über das Proletariat, bildet aber ein erstrebenswertes Übergangsstadium auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus und damit zu einer "Diktatur der Mehrheit über die Minderheit". Noch Lenin erklärte: "Die reine Demokratie ist die verlogene Phrase eines Liberalen, der die Arbeiter zum Narren hält" (Ausgewählte Werke, Bd. 2, Moskau 1947, S. 423).

Mit dem Eintritt der Sowjetunion in die Weltpolitik (Aufnahme in den Völkerbund 1934) erfuhr ihre Einstellung zur Demokratie eine Wandlung, die mit dem anglo-amerikanisch-sowjetischen Bündnis von 1941 abgeschlossen wurde. Die Sowjetunion glaubte, ihre weltanschaulichen Gegner mit den eigenen Waffen zu schlagen, indem sie die Staatsform der Sowjetunion als die wahre Demokratie, als eine "Demokratie für die Werktätigen, eine Demokratie für alle" und damit als "reale Demokratie" gegenüber der bloß "formalen" bürgerlichen Demokratie bezeichnete.

Der Begriff Demokratie wurde nach dem Kriege in den Satellitenstaaten und der SBZ zur Kennzeichnung des Übergangszustandes auf dem Wege zur Bolschewisierung durch die Begriffe Volksdemokratie oder Antifaschistisch-demokratische Ordnung willkürlich gedehnt und mißbraucht.

In jüngster Zeit wird das Bestreben der ehemaligen Kolonialländer nach Unabhängigkeit unter dem Begriff der Nationaldemokratie von den Bolschewisten auf sowjetische Empfehlung hin

positiv gewertet, da man darauf spekuliert, die Entwicklungsländer gegen das kapitalistische Lager zu gewinnen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Proletariat" in der SBZ (x009/342-343): >>Diejenigen, die nichts besitzen als ihre Nachkommenschaft.

Marx entwickelte daraufhin den Klassenbegriff Proletariat. Im Gegensatz zur Bourgeoisie besitzt das Proletariat kein Eigentum an den Produktionsmitteln. Die Proletarier verkaufen auf dem kapitalistischen Markt ihre Arbeitskraft als Ware, begeben sich damit in Abhängigkeit und sind schutzlos der Ausbeutung durch den Kapitalismus unterworfen, der sie aus Profitgründen in materieller Not vegetieren läßt.

Diese in der Zeit der ersten industriellen Revolution und des Frühkapitalismus aufgestellten Thesen werden von der Propaganda des Ostblocks auch heute noch ständig gebraucht. Obwohl in den westlichen Demokratien durch den Kampf der freien Gewerkschaften und durch staatliche Maßnahmen längst eine fortschrittliche Arbeits- und Gesetzgebung in Kraft ist, der materielle Wohlstand der Arbeiterschaft weit über dem des Ostblocks liegt und ein Proletariat im marxistischen Sinne kaum noch existiert, spricht die kommunistische Propaganda heute noch von der Not, dem Elend und der Unterdrückung des Proletariats in den kapitalistischen Ländern.

Diese These steht im Widerspruch zu den Erklärungen, die Sowjetunion und die Volksdemokratien hätten sich das Ziel gesetzt, den Pro-Kopf-Verbrauch der westlichen Länder zu erreichen und zu überholen.

Mit der Erklärung, das Proletariat könne von sich aus nur ein gewerkschaftliches, aber kein revolutionäres Klassenbewußtsein entwickeln, dieses müßte von außen in die Arbeiterschaft hineingetragen werden, wird der Führungsanspruch der bolschewistischen Parteien, ihr Anspruch als "Vorhut des Proletariats" zu agieren, begründet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Werkstätigen" in der SBZ (x009/482-483): >>Von Lenin eingeführter Begriff für diejenigen mittleren Gesellschaftsschichten - Kleinbürger, Kleinbauern, Angestellte -, die weder Proletarier sind noch zu den Ausbeutern gehören.

Lenin sah diese Mittelschicht als potentiellen Verbündeten des Proletariats in der bolschewistischen Revolution an, ohne sie jedoch als "Klasse" zu definieren.

Unter Stalin wandelte sich dann der Begriff Werkstätiger, der nunmehr alle Mitglieder der Bevölkerung mit Ausnahme der "Ausbeuter", also auch die Arbeiterschaft, umfaßt. Diese Begriffsfassung ist offensichtlich propagandistisch-taktisch motiviert.

Sie hat auch mit der Liquidierung der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Betriebe ihre volle Aktualität behalten, zumal der Partei sehr daran liegt, den Kontrast zwischen Arbeitern und Angestellten - zu letzteren gehört ja auch die Funktionärshierarchie! - für die meisten Zwecke zu verwischen. Die Klassenproblematik der Angestellten ist im Marxismus-Leninismus ohnehin nie erörtert worden. Außerdem kommt dem Begriff Werkstätiger eine erhöhte Bedeutung in der bolschewistischen Polemik gegen die "kapitalistischen" Staaten zu.

Die Werkstätigen - bzw. damit synonym: die "Völker" - werden völlig wahrheitswidrig mit der "bourgeoisien Führung" dieser Staaten konfrontiert, und es wird der Anschein erweckt, als ob die westlichen Regimes nur von Minderheiten getragen würden und die kommunistischen Funktionäre die legitimierten Sprecher der Werkstätigen in diesen Ländern demgegenüber wären.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sozialistische "Volksdemokratie" in der SBZ (x009/463-464): >>Nach Dimitroff eine neue, nach 1945 in den ost- und mitteleuropäischen Satellitenstaaten der Sowjetunion (zunächst in Jugoslawien, später auch in China) eingeführte Form der Diktatur des Proletariats und damit, nach bolschewistischer Sprachregelung, des "sozialistischen Aufbaus", der sich in 2 Phasen "Aufbau



der Grundlagen des Sozialismus" und "Vollendung des Sozialismus" gliedert.

Voraussetzung für die Errichtung der Volksdemokratie in Europa war in allen Fällen die Anwesenheit sowjetischer Besatzungstruppen und die moralische, politische und wirtschaftliche Unterstützung der kommunistischen Parteien durch Moskau.

Unter Bruch der Jaltaer "Deklaration über das befreite Europa", nach der sich die Sowjetunion 1945 zur Errichtung selbständiger, nationaler Staaten mit vom Volk demokratisch gewählten Regierungen verpflichtet hatte, erzwang Moskau über die Blockpolitik der "Nationalen" oder "Vaterländischen Fronten" - einer spezifischen Erscheinungsform der Volksdemokratie - die Vorherrschaft der kommunistischen Parteien. Säuberungen und die systematische Ausschaltung aller nichtkommunistischen Kräfte aus den Schlüsselstellungen vereitelten jede erfolgreiche Opposition.

Die europäischen Volksdemokratien sind untereinander unter Führung der Sowjetunion sowohl allgemeinpolitisch als auch wirtschaftspolitisch und militärisch durch den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und den Warschauer Beistandspakt straff koordiniert, die asiatischen durch bilaterale Verträge eng verbunden. ...

Jeder Versuch, die Zusammenarbeit der Volksdemokratie mit der Sowjetunion abzuschwächen oder aus dem Ostblock auszuscheren, gilt, wie die Ereignisse in Polen und Ungarn bewiesen haben als "Attentat auf die Existenzgrundlage der Volksdemokratie" und wird von der Sowjetunion mit wirtschaftlichen und politischen Zwangsmaßnahmen, wie z.B. 1948/49 gegenüber Jugoslawien, oder mit offener militärischer Invasion, wie in Ungarn 1956, beantwortet.<<

#### **20.09.1947**

Oberst Tulpanow (Chef der sowjetischen Informationsabteilung) eröffnet am 20. September 1947 den II. SED-Parteitag (x116/25): >>Heute haben sich schon 2 Deutschlands herausgebildet, und die Demarkationslinie ist deutlich sichtbar; aber sie scheidet nicht das westliche von dem östlichen, nicht das südliche von dem nördlichen Deutschland.

Nein, so ist das nicht. Das eine ist das Land aller fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterklasse und der intellektuellen Schichten. Das zweite Deutschland ist das Land jener Leute, die mit Unterstützung des ausländischen und besonders des amerikanischen Kapitals das deutsche Volk wieder in das blutige Gemetzel des imperialistischen Krieges jagen wollen, daß das Monopolkapital vorbereitet.

Dieses Deutschland wird freiwillig oder unfreiwillig zur ausländischen Agentur. ...<<

#### **24.09.1947**

Der 2. Parteitag der SED in Berlin endet am 24. September 1947 mit einer EntschlieÙung zur politischen Lage (x111/370): >>Nach dem politischen Versagen des deutschen Bürgertums ist die Arbeiterklasse zum entscheidenden Träger der neuen demokratischen Ordnung geworden. Sie kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie geeint ist und im Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften unseres Volkes arbeitet. ...

Außer den Parteien sind die demokratischen Massenorganisationen und Bewegungen ... die Träger des demokratischen Neuaufbaus. Sie sollen von der Partei gefördert werden. Aktive Mitarbeit der Parteimitglieder in ihnen ist notwendig. Die Überparteilichkeit der Massenorganisationen darf jedoch nicht beeinträchtigt werden.<<

Otto Grotewohl (1945 Vorsitzender der SPD in der SBZ, von 1946-54 SED-Vorsitzender) erklärt am 24. September 1947 (x111/370): >>Wir wollen und müssen aus den Erfahrungen der russischen Arbeiterbewegung lernen. Wir müssen und wollen die Errungenschaften des Leninismus genau kennenlernen, um uns das für Deutschland Passende anzueignen. ...<<

#### **26.09.1947**

Die "Wirtschaftszeitung" berichtet am 26. September 1947 über die Leipziger Bücherproduktion (x111/371): >>... Die deutschen Verlage stehen völlig im Schatten des SWA-Verlages.

Fast alle leistungsfähigen Druckereien und Bindereien in Leipzig arbeiten für dieses russische Unternehmen.

Insgesamt sind für den Verlag etwa 30 Druckereien und Bindereien der sowjetischen Zone tätig. Als erstes Buch wurde im Dezember 1945 vom SWA-Verlag eine 4,5-Millionen-Auflage der Geschichte der kommunistischen Partei in Rußland aufgelegt.

Seit April 1946 läuft ein großer Schulbuchauftrag, der im Augenblick noch abgewickelt wird. Es handelt sich bei diesen Aufträgen nicht um Reparationsleistungen. Die fertigen Bücher werden prompt bezahlt. Gegenüber diesen Großaufträgen ist das, was in Leipzig für den deutschen Leser hergestellt werden kann, bescheiden.<<

### **30.09.1947**

Das sowjetische Politmitglied Shdanow erläutert am 30. September 1947 die Gründe des "Kalten Krieges" (x073/227): >>... Solange der Krieg andauerte, wagten die reaktionären Kreise Englands und der USA nicht, die Sowjetunion und den demokratischen Ländern mit offenem Visier entgegenzutreten, weil sie sich wohl bewußt waren, daß die Sympathien der Volksmassen in der ganzen Welt ungeteilt auf der Seite der Sowjetunion und der demokratischen Länder waren.

Aber bereits in den letzten, dem Kriegsende vorangehenden Monaten begann die Situation sich zu ändern. Bereits im Laufe der Besprechungen auf der Berliner Konferenz der 3 Mächte im Juli 1945 zeigten die anglo-amerikanischen Imperialisten, daß sie nicht gewillt waren, die legitimen Interessen der Sowjetunion und der demokratischen Länder zu berücksichtigen.<<

### **September 1947**

Das sowjetische Internierungslager Frankfurt/Oder wird im September 1947 aufgelöst. Etwa 500 Häftlinge werden ins sowjetische Internierungslager Sachsenhausen transportiert.

Von Mai 1945 bis September 1947 sterben im sowjetischen Internierungslager Frankfurt/Oder etwa 1.000-2.000 deutsche Häftlinge (x126/136).

Im Treptower Park beginnt im September 1947 der Bau eines riesigen Ehrenmals (größtes antifaschistisches Denkmal in Westeuropa) für die gefallenen Soldaten der Rote Armee.

Georgij Malenkov, Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, berichtet im September 1947 über die Politik der Sowjetunion und der USA (x067/166-167): >>... In den durch die Ausschaltung der Hauptkonkurrenten der USA, Deutschland und Japan, und durch die Schwächung Englands und Frankreichs entstandenen Verhältnissen sind die USA zu einer neuen unverhüllten Expansionspolitik übergegangen, die auf die Herstellung der Weltherrschaft gerichtet ist.

Unter diesen neuen Nachkriegsverhältnissen vollzieht sich eine Wandlung in den Beziehungen zwischen den Kriegverbündeten von gestern, die gemeinsam gegen das faschistische Deutschland und das imperialistische Japan gekämpft haben. Es bildeten sich zwei entgegengesetzte Richtungen in der internationalen Politik heraus.

Die eine Politik wird von der Sowjetunion und den Ländern der neuen Demokratie (spätere Warschauer Pakt-Staaten) verfolgt. Die Außenpolitik der Sowjetunion und der demokratischen Länder ist auf die Untergrabung des Imperialismus, auf die Sicherstellung eines festen demokratischen Friedens zwischen den Völkern und auf den größtmöglichen Ausbau der freundschaftlichen Zusammenarbeit der friedliebenden Völker gerichtet. ...

In der anderen Richtung der internationalen Politik ist die herrschende Clique der amerikanischen Imperialisten führend. In dem Bestreben die Position zu festigen, die das amerikanische Monopolkapital während des Krieges in Europa und Asien erobert hat, hat diese Clique nun den Weg der offenen Expansion betreten, den Weg der Versklavung der geschwächten kapitalistischen Länder Europas, der Versklavung der kolonialen und abhängigen Länder, den Weg der Vorbereitung neuer Kriegspläne gegen die UdSSR und Länder der neuen Demokratie, wobei sie sich des Vorwandes eines Kampfes gegen die "kommunistische Gefahr" bedient.

Den klarsten und konkretesten Ausdruck fand diese Politik des amerikanischen Kapitals in den Plänen von Truman und Marshall ...<<

**01.10.1947**

Andrei A. Shdanow (1896-1948, enger Mitarbeiter Stalins) erklärt am 1. Oktober 1947 während einer Rede auf der Kominform-Gründungsversammlung (x058/380-382): >>Die grundlegenden Veränderungen in der internationalen Lage und in der Lage der einzelnen Staaten nach dem Krieg haben das ganze politische Weltbild verändert.

Es ist zu einer Neuaufteilung der politischen Kräfte gekommen. Je größer der Zeitraum wird, der uns von der Beendigung des Krieges trennt, desto schärfer heben sich zwei Grundtendenzen in der internationalen Nachkriegspolitik hervor, die der Teilung der politischen Kräfte in zwei Lager entsprechen:

In das imperialistische und antidemokratische Lager einerseits und das antiimperialistische und demokratische Lager andererseits. Die führende Hauptkraft des imperialistischen Lagers sind die USA.

Mit Amerika verbündet sind England und Frankreich. Das imperialistische Lager unterstützen auch die Kolonialstaaten, wie Belgien und Holland, Länder mit reaktionären antidemokratischen Regimes, wie die Türkei und Griechenland, die politisch und wirtschaftlich von den USA abhängen, wie die Staaten des Nahen Ostens, Südamerika und China.

Das Hauptziel des imperialistischen Lagers ist die Festigung des Imperialismus, die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges, der Kampf gegen den Sozialismus und die Demokratie und allerorts die Unterstützung der reaktionären und antidemokratischen profaschistischen Regimes und Bewegungen.

Die antiimperialistischen und antifaschistischen Kräfte bilden das andere Lager. Die Grundlage dieses Lagers sind die UdSSR und die Länder der neuen Demokratie.

Zu ihnen gehören auch Länder, die mit dem Imperialismus gebrochen haben und festen Fuß auf dem demokratischen Entwicklungsweg gefaßt haben, wie Rumänen, Ungarn und Finnland. An das antiimperialistische Lager schließen sich Indonesien und Vietnam an. Indien, Ägypten und Syrien sympathisieren mit ihm.

Das antiimperialistische Lager stützt sich auf die Arbeiterbewegung in allen Ländern, auf die kommunistischen Bruderparteien, auf die Kämpfer der nationalen Befreiungsbewegungen in den kolonialen und unabhängigen Ländern, auf die Unterstützung der in jedem Land vorhandenen progressiven demokratischen Kräfte.

Das Ziel dieses Lagers ist der Kampf gegen die Gefahr neuer Kriege und der imperialistischen Expansion, die Befestigung der Demokratie und die Ausrottung der Überreste des Faschismus.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges hat alle freiheitsliebenden Völker die überaus wichtige Aufgabe der Gewährleistung eines stabilen demokratischen Friedens gestellt, der den Sieg über den Faschismus festigt. Bei der Lösung dieser Hauptaufgabe fällt die führende Rolle der UdSSR und ihrer Außenpolitik zu. Das ergibt sich aus dem Wesen des Sowjetstaates, der jeglichen aggressiven, ausbeuterischen Gelüsten zutiefst fremd ist und an der Schaffung der günstigsten Bedingungen für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft interessiert ist. Eine dieser Bedingungen ist der äußere Friede. ...

Die sowjetische Außenpolitik geht von der Tatsache aus, daß die beiden Systeme, das des Kapitalismus und das des Sozialismus, auch eine lange Periode gemeinsam bestehen werden. Daraus ergibt sich die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den Ländern anderer Systeme, unter der Bedingung der Gegenseitigkeit und der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen.

Eine ganz entgegengesetzte Politik betreiben England und Amerika in der UNO. Sie machen alles, um sich von den früher übernommenen Verpflichtungen loszusagen und sich die Hände

freizumachen für eine neue Politik, die nicht auf die Zusammenarbeit der Völker berechnet ist, sondern darauf, sie gegeneinander aufzuhetzen.

Die Sowjetpolitik hält sich an den Kurs der Aufrechterhaltung loyaler gutnachbarlicher Beziehungen zu allen Staaten, die den Wunsch nach Zusammenarbeit bekunden. Im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens lehnt die sowjetische Außenpolitik den Grundsatz der Rache gegenüber den Völkern ab.

Wie bekannt ist, ist die UdSSR für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demilitarisierten, demokratischen Deutschlands. Genosse Stalin wies darauf hin, als er die Sowjetpolitik in bezug auf Deutschland formulierte, daß die Politik der Sowjetunion in der deutschen Frage auf die Demilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands hinausläuft. Dies ist eine der wichtigsten Bedingungen für die Errichtung eines stabilen, langen Friedens.

Doch diese Politik der UdSSR in bezug auf Deutschland stößt auf den Widerstand der USA und England. Die Tagung des Rates der Außenminister im März und April 1947 in Moskau zeigte, daß die USA, England und Frankreich nicht nur bereit sind, auf die Sprengung der Demokratisierung und Demilitarisierung Deutschlands einzugehen, sondern sogar auf die Liquidierung Deutschlands als einheitlicher Staat, auf seine Zergliederung und auf eine Separat-lösung der Frage des Friedens. Diese Politik wird unter den neuen Verhältnissen betrieben, da Amerika mit dem alten Kurs von Roosevelt gebrochen hat und zu einer neuen Politik übergeht - zur Politik der Vorbereitung neuer kriegerischer Abenteuer ...

Die wirtschaftliche Expansion der USA bildet eine Ergänzung zum strategischen Plan. Der amerikanische Imperialismus trachtet, die Schwierigkeiten der Nachkriegszeit in den europäischen Ländern, den Mangel an Rohstoffen, Treibstoff und Lebensmitteln in den alliierten Ländern, die durch den Krieg am stärksten geschädigt wurden, auszunützen, um ihnen Bedingungen für die Hilfeleistung aufzuzwingen.

In Voraussicht der bevorstehenden Wirtschaftskrise beileben sich die USA, neue Monopolsphären ausfindig zu machen, wo sie ihr Kapital investieren und ihre Waren absetzen könnten. Die "US-Wirtschaftshilfe" verfolgt das weitgesteckte Ziel, Europa mit Hilfe amerikanischen Kapitals zu versklaven. Doch die wirtschaftliche Kontrolle zieht auch die politische Unterordnung nach sich. ...

Ihren Ausdruck haben die Bestrebungen in den USA gegenwärtig in der Truman-Doktrin und im Marschall-Plan gefunden. Dem Wesen nach bilden beide Dokumente den Ausdruck einer einheitlichen Politik, obwohl die gleiche Forderung nach Unterwerfung Europas in den beiden Dokumenten verschieden dargelegt ist. ...

Die Truman-Doktrin, die darauf gerichtet ist, alle aktiv gegen die demokratischen Völker kämpfenden reaktionären Regime zu unterstützen, trägt unverhüllt aggressiven Charakter.

Da die Truman-Doktrin so eine ungünstige Aufnahme fand, tauchte die Notwendigkeit des Marschall-Planes auf. Das Wesen der verschwommenen Formulierungen dieses Planes besteht darin, einen Block der Staaten zu schaffen, die durch Verpflichtungen den USA gegenüber gebunden sind, und den europäischen Staaten als Lohn für ihren Verzicht auf die wirtschaftliche und dadurch auch politische Selbständigkeit amerikanische Kredite zu gewähren.

Die Grundlage bildet dabei der Wiederaufbau der von den amerikanischen Monopolen kontrollierten Industriebezirke Westdeutschlands. Wie aus Beratungen hervorgeht, besteht der Marshall-Plan darin, die Hilfeleistung in erster Linie nicht den verarmten Siegerländern, den verbündeten Amerikas im Kampf gegen Deutschland, zu gewähren, sondern den deutschen Kapitalisten, um sich der für Europa wichtigsten Kohle und Eisenerzgebiete zu bemächtigen.

Aus diesem Grund müssen sich die kommunistischen Parteien an die Spitze des Widerstandes gegen die imperialistischen Expansionspläne und gegen Aggressionen aller Arten ... stellen, sich zusammenschließen ...

Auf den Schultern der kommunistischen Bruderparteien Frankreichs, Italiens, Englands und

anderer Länder liegt eine besondere Aufgabe. Sie müssen das Banner der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität ihrer Länder in ihre Hände nehmen.

Wenn die kommunistischen Parteien fest auf ihren Positionen stehen werden, wenn sie sich nicht einschüchtern lassen, wenn sie mutig auf der Wacht für einen festen Frieden und eine Volksdemokratie stehen werden, auf der Wacht der nationalen Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder, wenn sie imstande sind, sich im Kampfe gegen die Versuche der wirtschaftlichen und politischen Versklavung ihrer Länder an die Spitze zu stellen, bereit sind, mit allen Kräften für die Ehre und nationale Unabhängigkeit einzustehen, dann können keinerlei Versklavungspläne Europas verwirklicht werden.<<

### **03.10.1947**

Der "Deutsche Pressedienst" berichtet am 3. Oktober 1947 aus Berlin (x111/374): >>Die Bemühungen aufgrund der neuen Bestimmungen über den interzonalen Zeitungsaustausch, den Versand von Berliner Zeitungen der westlichen Sektoren in die russische Zone in Gang zu bringen, sind bisher fehlgeschlagen.

Die Zeitungspakete kamen größtenteils in beschädigtem Zustand zurück oder wurden bei den Zeitungshändlern der Provinz von russischen Offizieren beschlagnahmt. Die Vertriebsabteilungen der Zeitungen haben daher den Versand wieder eingestellt. ...<<

### **05.10.1947**

Ilja Ehrenburg (sowjetischer Schriftsteller und ehemaliger "Propagandaexperte") berichtet am 5. Oktober 1947 in der "Täglichen Rundschau" über den großen Einfluß der sowjetischen Kultur (x116/192-193): >>... Die westeuropäische Kultur von der russischen trennen zu wollen und die russische von der westeuropäischen, zeugt einfach von Ignoranz. ...

Und was das Wesen des Sowjetsystems selbst betrifft, so übt es einen ungeheuren Einfluß auf die Politik, die Wirtschaft und die Kultur der Welt aus. ...

Keine Truman-Doktrin trennt unsere Kultur von der europäischen, auch wenn Marshall hunderttausend Schecks ausschreibt und zur Verteidigung Europas gegen unsere Kultur die ausgewähltesten Kulturträger vom Schlage eines Churchill, Bullit und Salazar aufstehen. ...<<

### **11.10.1947**

Der stellvertretende SED-Vorsitzende Walter Ulbricht fordert am 11. Oktober 1947 größere Arbeitsleistungen (x156/48-49): >>... Jetzt kommt es darauf an, daß sich die neue, demokratische Wirtschaftsordnung bewährt durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Verbesserung der materiellen Lage des Volkes. Dabei müssen die Belegschaften der volkseigenen Betriebe vorangehen. Mögen die Arbeiter, Angestellten und Ingenieure dieser Betriebe es als ihre höchste Ehre betrachten, zeigen zu können, daß die Volksinitiative der "privaten Initiative" in den großkapitalistischen Betrieben Westdeutschlands überlegen ist. ...

Auf dem Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben wir den deutschen Plan des Neuaufbaus begründet, der ausgeht von der Intensivierung der Landwirtschaft, der planmäßigen Steigerung der Produktion, der Verbesserung der deutschen Qualitätsarbeit und der Entwicklung des Interzonen- und Außenhandels unter möglicher Vermeidung von Rohstoffexporten. Der Schlüssel zur Verwirklichung dieses Planes ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten in Industrie und Verkehrswesen.

Die Hauptkraft zur Lösung dieser großen Aufgabe sind die Arbeiter, Angestellten, Techniker und Ingenieure. Sie befinden sich in der neuen demokratischen Ordnung in einem neuen Verhältnis zur Wirtschaft. In den volkseigenen Betrieben arbeiten sie nicht mehr für Konzernherren oder andere Ausbeuter. Jeder Arbeiter, jeder Angestellte ist unmittelbar an der Steigerung der Produktion und an der Erhöhung der Arbeitsdisziplin interessiert, denn davon hängt jetzt die bessere Versorgung der Werktätigen ab.

Der Befehl Marschall Sokolowskis (SMAD-Befehl Nr. 234) zeigt den Weg zur Steigerung der

Arbeitsproduktivität, zur Überwindung von Gleichgültigkeit und Bummelei, er ruft das arbeitende Volk auf, besser zu arbeiten, die berufliche Qualifikation der Arbeiter zu erhöhen, die Sabotage des Gegners rücksichtslos zu bekämpfen, das Schiebertum zu liquidieren und dadurch die materielle Lage der Arbeiter und Angestellten zu verbessern.

Jetzt kommt es darauf an, in jedem Betrieb den Produktionsplan zur Sache der ganzen Belegschaft zu machen, durch regelmäßige Produktionsberatungen die Arbeitsorganisation zu verbessern, die Qualität der Arbeit zu erhöhen und für die bestmögliche Ausnutzung der Rohstoffe zu sorgen.

Wieviele Rohstoffe werden heute noch für die Herstellung unnützer Waren verwendet, während man mit den gleichen Rohstoffen nützliche Gegenstände des Massenbedarfs herstellen könnte. Wieviel Rohstoffabfälle gibt es heute noch in den Betrieben, die sehr wohl für die Herstellung von Gebrauchsgegenständen für die Werktätigen ausgenutzt werden könnten. Mögen die Ingenieure und Techniker, deren technische Kenntnisse so lange für Vernichtungszwecke ausgenutzt wurden, nunmehr beweisen, daß sie durch ihre Erfindungen, durch ihre Vorschläge für die Einsparung von Rohstoffen wirkliche Ingenieure des friedlichen Aufbaus sind.

Es ist an der Zeit, daß neue Methoden der Arbeit Anwendung finden. Der Wettbewerb zwischen den volkseigenen Betrieben ist zu entfalten, und die Bummelei, Gleichgültigkeit, schlechte Arbeitsorganisation, Vernachlässigung des Arbeitsschutzes und der Gesundheitsfürsorge sollen in Betriebswandzeitungen und in der Tagespresse selbstkritisch behandelt werden.<<

### **13.10.1947**

Die SMAD genehmigt am 13. Oktober 1947 die "Arbeitsordnung für volkseigene, SAG- und andere Betriebe" (x111/378): >>>Die Arbeitsordnung hat den Zweck, eine hohe Arbeitsdisziplin der Arbeiter und Angestellten zu gewährleisten, die Arbeit richtig zu organisieren, die Arbeitszeit rationell auszunutzen, die Arbeitsleistung im Betrieb zu erhöhen und den Schutz der Arbeitskraft sicherzustellen. ...

(Arbeitsdisziplin) ... Der Arbeitslohn wird für tatsächlich geleistete Arbeitszeit, für Stück- und Zeitlohnarbeit berechnet. Falls bei Akkordarbeit der Arbeiter bei der Herstellung des Ausschusses fahrlässig gehandelt hat, so wird der Schaden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vom Lohn ersetzt. ... Bei solchen Differenzen ist die Akkordkommission mit heranzuziehen. ...

Die Förderung der besten Arbeiter und Angestellten erfolgt durch die Betriebsleitung nach Vereinbarung mit dem Betriebsrat. Zur Erreichung einer höheren Arbeitsleistung der Arbeiter werden für systematische Erfüllung der Normen ohne Herstellung von Ausschuß ... monatlich Danksagungen mit Angabe der Namen der Arbeiter und der über die Norm hergestellten Menge vom Abteilungsleiter auf einer besonderen Tafel bekanntgegeben. ...

Die besten Arbeiter und Angestellten, die eine hohe Arbeitsdisziplin zeigen und eine hohe Arbeitsleistung aufweisen, werden in erster Linie in Sanatorien und Erholungsheime eingewiesen, wobei der Betrieb Zuschüsse leisten kann. ... (Ihnen) wird in erster Linie die Möglichkeit zur Beschaffung von Kleidern, Schuhwerk und anderen Industriewaren gegeben. ...<<

### **15.10.1947**

Die erste DEFA-Nachkriegsproduktion "Die Mörder sind unter uns" wird am 15. Oktober 1947 uraufgeführt.

### **29.10.1947**

Die katholischen Bischöfe bitten am 29. Oktober 1947 den Alliierten Kontrollrat, die Haftverhältnisse in der SBZ zu prüfen (x111/382): >>>Das deutsche Episkopat ist der Meinung, daß die Regeln der Menschlichkeit und Gerechtigkeit auch auf eine besiegte Nation Anwendung finden sollten.

Unter den von den Russen internierten Zivilpersonen befindet sich eine große Zahl von Frauen und Kindern. ...<<

### **31.10.1947**

Ein sowjetisches Militärgericht verurteilt am 31. Oktober 1947 vierzehn ehemalige SS-Wachleute des Konzentrationslagers Sachsenhausen zu lebenslanger Zwangsarbeit.

### **03.11.1947**

Der Chef der polnischen Militärmission in Berlin fordert am 3. November 1947 in einer Note an den Alliierten Kontrollrat ein Verbot aller revisionistischen Forderungen in Deutschland (x111/385).

### **30.11.1947**

Der schweizerische Schriftsteller Max Frisch (1911-1991) berichtet am 30. November 1947 in seinem Tagebuch über die chaotischen Zustände in Berlin (x111/396): >>... In der Untergrundbahn: fast alle mit einem Bündel, einem Rucksack, einer geschnürten Schachtel. Neben Gesichtern, die aus Lehm und Asche sind, gibt es auch gesunde, straffe, volle, aber ebenso verschlossen, oft larvenhaft.

Worüber wird geschwiegen? Erst aus der Nähe, zusammengepfercht, sieht man die Armut am Kragen, am Ellbogen. Berlin in seinen letzten Anzügen. ...

Alles unerschwinglich, wenn man mit Löhnen rechnet, aber billig, wenn man mit Zigaretten rechnet. ...

100 Schritte weiter stehen die sog. Trümmerweiber, die sich mit Schaufel und Eimer gegen das Unabsehbare verbrauchen. Es wirkt nicht wie Arbeit, sondern wie Strafkolonie. 40 Mark in der Woche, das sind vier Zigaretten.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Trümmerfrauen" (x051/-587): >>Trümmerfrauen, volkstümliche Bezeichnung für die deutschen Frauen im männerarmen Nachkriegsdeutschland, die die Hauptarbeit bei der Schuttbeseitigung in den zerbombten deutschen Städten leisteten: Von insgesamt 19 Millionen Wohnungen (1939) waren bei Kriegsende (ohne Ostgebiete) rund 3,5 Millionen zerstört oder schwer beschädigt.<<

### **02.12.1947**

Der LDP-Politiker Erhard Hübener erklärt am 2. Dezember 1947 vor dem Landtag Sachsen-Anhalts zur deutschen Frage (x111/397): >>... Falsch wäre es, alle Hindernisse für den Einheitsgedanken auf bewußte oder unbewußte ... Triebe zurückführen zu wollen. Es hat bei uns von jeher zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West auch echte, ernste und wohl begründete weltanschauliche Gegensätze gegeben. Das ist in jedem Volke so, aber es ist die Kehrseite des reichen deutschen geistigen Lebens, daß sie bei uns von jeher mit besonderer Intensität zutage traten.

Jahrhundertlang lagen sie besonders auf kirchlichem Gebiet; konfessionelle Gegensätze führten uns in den Dreißigjährigen Krieg, und sie haben auch später noch die Volkwerdung der Nation lange behindert. Bis heute klingen sie nach, aber sie haben ihre völkertrennende Bedeutung in der Hauptsache verloren.

An ihre Stelle sind staats- und gesellschaftspolitische Gegensätze getreten. Sollen wir ihnen wiederum völkertrennende Bedeutung zuerkennen?

Sollen wir aus Angst vor ihnen auf die Gemeinschaft der Nation verzichten?

Nein und abermals Nein!<<

### **06.12.1947**

Der Volkskongreß tagt seit dem 6. Dezember 1947 in Berlin.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Volkskongreß (x009/466-467): >>"Deutscher Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden", eine Art Vorparlament, das im Auftrage der SED erstmalig während der Londoner Außenministerkonferenz für den 6./7.12.1947 nach Berlin einberufen wurde.

Maßte sich das Recht an, im Namen Gesamtdeutschlands Forderungen vor die Außenministerkonferenz zu bringen, ohne jedoch hierzu Gelegenheit zu erhalten.

Aus der sog. "Volkskongreßbewegung" gingen hervor 1. die Nationale Front und 2. der am 30.5.1949 vom 3. Volkskongreß gewählte Volksrat, der in gleicher Zusammensetzung als "Provisorische Volkskammer der DDR" die Verfassung annahm und vom Volkskongreß bestätigen ließ.

Somit diente der Volkskongreß, dem auch mit den Kommunisten sympathisierende Westdeutsche angehörten, zur scheindemokratischen Legitimierung des Sowjetregimes.<<

#### **20.12.1947**

Die Wahl der CDU-Vorsitzenden Kaiser und Lemmer wird von der SMAD am 20. Dezember 1947 für ungültig erklärt. In der SBZ beginnt danach die Gleichschaltung der CDU.

#### **24.12.1947**

Die SED warnt am 24. Dezember 1947 in Presseveröffentlichungen vor einer Spaltung Deutschlands (x111/406): >>Die SPD folgt blind der Politik Schumachers, der während seines Aufenthaltes in Amerika die Teilung Deutschlands als vollendete Tatsache bezeichnete. ... Wir fordern im Namen der Demokratie, daß dem deutschen Volk die Möglichkeit gewährt wird, durch einen Volksentscheid über sein Schicksal selbst zu entscheiden.<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 24. Dezember 1947 über die Schändung des Grabes ihres Lebensgefährten (x111/406): >>... Was brauchen die Toten Blumen, wenn die Lebenden nichts zu essen haben. Was brauchen sie Grabbänke, wenn der, der sie abholzt, frierend vor kaltem Ofen sitzt.<<

#### **1947**

Der 17jährige Hubert P. berichtet über seine Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/104): >>... Ich verlor meine Arbeit in der Küche, und wenn man im Lager keine Arbeit mehr besaß, war das furchtbar. Es gab nichts, womit man sich beschäftigen konnte, keine Bücher keine Zeitungen. Man durfte nicht schreiben, selbst nicht an Familienangehörige von Verstorbenen, und es starben Tausende!

An Toilettenpapier bekamen wir meist in sechs kleine Streifen zerrissene Buchseiten, kaum größer als Fahrscheine. Oft haben wir diese Fetzen gesammelt, um wenigstens zwei oder drei zusammenhängende Buchseiten zu lesen.

Einmal wurde ich auf dem Bahnhof Sachsenhausen zum Kohleschippen eingesetzt und versuchte dort heimlich, einen kleinen Zettel mit einer Nachricht an meine Mutter loszuwerden, natürlich vergebens.

Im Lager wurde man nie offiziell nach seinem Namen gefragt, geschweige denn, daß einem irgendeine Anklage oder ähnliches vorgeworfen wurde. Quälend waren auch ständige Gerüchte über Öffnung oder Auflösung des Lagers. Es gab ältere Häftlinge, die sich zuweilen so sehr an einen fiktiven Termin klammerten, daß sie das Scheitern dieser Hoffnung nicht verkrafteten. Wenn man ohnehin physisch geschwächt ist und auch noch geistig völlig fertig, dann läßt man sich gehen und stirbt. Ich habe das mehrfach mit ansehen müssen.

Unverhofft hatte ich noch mal Glück im Unglück. Aus unerfindlichen Gründen setzte man mich 1947 in die Schuhmacherwerkstatt des Lagers, wo ich, vom Pechdraht angefangen, Schuster lernte.

Ab und an durfte ich auch als Essenholer arbeiten, da war es ein großer Tag, wenn wir per Gummikratzer einige Grützreste aus den Kübeln hervorholen konnten. Trotzdem wog ich kaum mehr als 40 oder 45 Kilo.

In unseren Baracken lagen wir auf nackten Holzpritschen. Manches Brett mußte im strengen Winter 1946/47 verheizt werden. Jeder besaß wegen dieser harten Schlafstellen zahllose blaue Flecken am Körper. Als Ende 1947 Strohsäcke ausgeteilt wurden, war das wohl die erste große Errungenschaft im Lager. Kurz darauf folgten sogar Bettbezüge und graue Stoffkleidung,



die in Sachsenhausen selbst zusammengenäht werden mußte. ...<<

Der 18jährige Manfred W. berichtet über die Haft im sowjetischen "Speziallager Nr. 3" in Bautzen und in Lagern der UdSSR (x126/187): >>Anfang 1947 erfolgte unsere Verlegung in die Außenbaracken. Von hier gingen sämtliche Transporte ab, sowohl in die Sowjetunion als auch in die anderen Lager auf deutschem Boden.

Am 29. Januar 1947, meinem 18. Geburtstag, wurden uns sämtliche Haare abrasiert. Am 30. Januar empfangen wir aus ehemaligen Wehrmachtsbeständen Wintersachen (samt Mütze und Filzstiefel), Sommersachen und Bettwäsche.

Am 1. Februar wurden wir so gründlich wie nur am ersten Tag der Haft gefilzt, und am 2. Februar ging es zum Bahnhof Bautzen. Wir wurden zu je 40 Mann in Güterwaggons verladen. Rechts und links der Tür war eine Pritsche für je 20 Personen eingebaut. In der Mitte des Waggons stand ein sogenannter Bunkerofen. In einer der Türen befand sich eine Rinne zur Verrichtung der Notdurft. Noch am gleichen Tag setzte sich der Zug in Richtung Osten in Bewegung.

In der Zeit von Februar 1947 bis zu meiner Entlassung durchlief ich die Lager Prokopjewsk, Nowo-Kusnezsk und Kemerowo im Kusnezsk-Becken.

Ende 1947 ... durfte ich das erste Lebenszeichen in Form einer Rückantwortkarte mit 25 Worten nach Hause senden. Antwort von Zuhause erhielt ich im Januar 1948.

Im selben Jahr erklärte man alle jungen Leute unseres Lagers, denen Mitgliedschaft oder Betätigung beim "Werwolf" angelastet wurde, zu Kriegsgefangenen.

Meine Rückkehr aus der UdSSR erfolgte im Oktober 1949.

Ich bin niemals verurteilt worden. ...<<

Da die Mitteldeutschen und die Vertriebenen das kommunistische Stalin-System mehrheitlich ablehnen, versuchen im Jahre 1947 Hunderttausende in den Westen zu fliehen.

Um die eigenen großen Versorgungsprobleme nicht zu vergrößern, stimmt der Alliierte Kontrollrat einer vorübergehenden Schließung der östlichen Zonengrenze zu.

Wilhelm Harmssen (Bremer Wirtschaftssenator) berichtet, daß man bis zum Jahresende 1947 bereits enorme Reparationsleistungen (Kriegsentschädigungen) aufgebracht hat. Nach diesen Berechnungen betragen die Reparationen des Deutschen Reiches von 1945 bis 1947 **rd. 178 Milliarden Reichsmark (RM)** (x111/408).

Von diesen Entschädigungen entfallen auf die Entnahme aus dem deutschen Volksvermögen rd. 100 Milliarden Reichsmark (RM), Leistungen aus laufender Produktion rd. 10 Milliarden RM, sonstige Leistungen (Wert der deutschen Patente etc.) rd. 27 Milliarden RM und auf Vermögensverluste der ausgewiesenen Volksdeutschen entfallen rd. 41 Milliarden RM.

<b>Von 1945 bis 1947 geleistete Reparationen des Deutschen Reiches für die Schäden des Zweiten Weltkrieges (x111/408):</b>	<b>Mrd. RM</b>
a) Deutsche Auslandsguthaben	9,75
b) Volkswirtschaftlicher Wert der abgetrennten Gebiete	70,00
c) Demontagen und Besitzübertragungen	12,50
d) Zwangsexport von Holz	1,00
e) Abschöpfung von Steuererträgen in der Ostzone (SBZ) für verschleierte Reparationen	4,50
f) Einbuße aus öffentlichem Vermögen (Demontage von Gleisanlagen in der Ostzone, geraubte Kunstwerke u.ä.)	1,00
g) Ablieferung der deutschen Goldbestände	0,75
h) Ablieferung der See- und Binnenschiffe	0,50
<b>1. Entnahmen aus innerdeutschem Volksvermögen</b>	<b>100,00</b>
a) Reparationen aus laufender Warenproduktion (Entnahmen der Besatzungsmächte in der sowjetischen und der französischen Zone). Einbezogen ist weiter die Wertschöpfung der deutschen Belegschaften, der sowjetischen Aktiengesellschaften in der Ostzone sowie deren Verbrauch an im Inland erzeugten Roh- und Hilfsstoffen	5,00
b) Zwangsexport von Kohle	0,50
c) Abschöpfung von Steuererträgen in der Ostzone (SBZ) für verschleierte Reparationen	4,50
<b>2. Leistungen aus laufender Produktion</b>	<b>10,00</b>
a) Wert der deutschen Patente, Betriebsgeheimnisse usw.	12,50
b) Arbeit der Kriegsgefangenen	5,00
c) Demontagekosten	8,00
d) Verluste durch "Währungsmanipulationen"	1,75
<b>3. Sonstige Leistungen</b>	<b>27,25</b>
4) Vermögensverlust der aus dem Ausland ausgewiesenen Volksdeutschen	40,50
<b>Geleistete Reparationen bis Ende 1947</b>	<b>177,75</b>

### 03.01.1948

Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 3. Januar 1948 über die damalige Lage der deutschen Literatur (x112/431): >>Läßt man Revue passieren, was an Büchern allenthalben erscheint, so wird dieser Eindruck bestätigt.

Es sind überwiegend die alten Schätze, wahllos dargeboten, ausgeplündertes Kapital. Neben dem Rückgriff auf die alten Bestände unserer und der ausländischen Literatur machen sich in starkem Maße Übersetzungen bemerkbar, die keineswegs immer die repräsentative Literatur anderer Völker oder unserer eigenen Emigranten, auf deren Kenntnis wir sehnsüchtig warten und die wir dringend brauchen, uns vermitteln.

Aus rein merkantilen Gesichtspunkten, die nicht allein mit finanztechnischen Schwierigkeiten "begründet" werden können, werden statt dessen abgestandene Schmöker und Belanglosigkeiten in entsprechend schlechten Übertragungen nochmals ins Geschäft geworfen.

Die Förderung unserer jungen Literatur durch offizielle Instanzen, die ja meistens noch fehlen,

oder durch private mäzenatische Initiative läßt auf sich warten.

Die Unmasse an Zeitschriften – ein zeitbedingtes Leidenskapital für sich – absorbiert einen hohen Prozentsatz der schöpferischen Kräfte, teils aus der Notwendigkeit, schnell das Existenzminimum zu sichern.

So ist das, was sich darbietet, ein getreues Abbild unserer katastrophenhaften Epoche. Aber wir können die Hoffnung hegen, daß in diesem Trümmerfeld, wie in jedem Chaos, auch jede Möglichkeit für künftiges beschlossen liegt. ...<<

#### **15.01.1948**

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung ereignen sich am 15. Januar 1948 heftige Tumulte, weil der SPD-Fraktionsführer Swolinski die politischen Ziele der SED ablehnt (x112/437): >>Wir wollen eine deutsche Demokratie von Königsberg und Memel bis zum Süden Deutschlands. ...<<

#### **16.01.1948**

US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erklärt am 16. Januar 1948 während einer Pressekonferenz in Berlin (x112/438): >>Amerika ist in der Lage eines Riesen, der einer kleinen Gipsfigur gegenübersteht.

Die prahlerische sowjetische Stärke gleicht einer Strohpuppe und Moskau muß wissen, daß die Amerikaner nicht die Angewohnheit haben, an irgendeinem Punkt unter Druck nachzugeben.

Die Möglichkeit, daß die Sowjetunion versuchen könnte, wegen Frankfurt die USA aus Berlin herauszudrängen, ist nicht ernst zu nehmen.

Falls die Sowjets die Bahnverbindungen nach Berlin unterbrechen, werden die Amerikaner den Nachschub für ihre Truppen und deren Angehörige auf dem Luftweg nach Berlin bringen und die Verantwortung für die Versorgung der Deutschen im amerikanischen Sektor den Sowjets überlassen. ...<<

#### **06.02.1948**

Auf dem jüdischen Friedhof in Leipzig werden am 6. Februar 1948 Grabsteine umgeworfen und zerstört.

#### **11.02.1948**

Ein britischer Militärzug wird am 11. Februar 1948 an der Zonengrenze daran gehindert, nach Berlin zu fahren. Danach beginnen vielerorts sowjetische Schikanen.

#### **12.02.1948**

Die Länder- und Kommunalverwaltungen der SBZ werden am 12. Februar 1948 zu Ausführungsorganen der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) herabgestuft.

Am 12. Februar 1948 wird der DWK das Recht eingeräumt (x009/358): >>... gemäß von der SMAD festgelegten Ordnung, Verfügungen und Instruktionen zu beschließen und zu erlassen, die für alle deutschen Organe auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone obligatorisch sind, und ihre Erfüllung zu überprüfen.

Damit wurden auch de jure (von Rechts wegen) die Länder- und Kommunalverwaltungen in der SBZ zu bloßen Ausführungsorganen des Zentralapparates degradiert.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Deutsche Wirtschaftskommission" (x009/104): >>... Erst durch SMAD-Befehl Nr. 32 vom 12.2.1948 wurden die Zuständigkeiten erweitert, "um die deutschen demokratischen Organe zu einer aktiven Teilnahme am Wiederaufbau und an der Entwicklung der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone heranzuziehen".

... Das Sekretariat der DWK wurde zum Vollzugsorgan erklärt. Die SMAD verfügte, daß Entscheidungen der Plenarsitzungen und des Sekretariats der DWK als für die SBZ verpflichtende Verordnungen, Anweisungen des Vorsitzenden der DWK und seiner Stellvertreter als für den Apparat der DWK verpflichtende Anordnungen zu gelten hatten.

Die Hauptaufgabe der DWK war zunächst die Sicherstellung der Reparationen aus der laufenden Produktion. Ausdrücklich wurde im Befehl 32 betont: "Die Wirtschaftskommission wird ihre Tätigkeit unter der Kontrolle der SMAD ausüben." ...

Das Sekretariat der DWK war nicht nur praktisch, sondern auch formell (auf Grund der ihm zugebilligten Vollmachten) die erste Regierung der SBZ.<<

### **19.02.1948**

Im französischen Sektor verbietet der Militärgouverneur am 19. Februar 1948 die Zeitungen "Vorwärts", "Neues Deutschland" und "Berliner Zeitung" wegen Beleidigung der Besatzungsmacht.

### **27.02.1948**

Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" berichtet am 27. Februar 1948 über den kommunistischen Staatsstreich in der Tschechoslowakei (x112/462): >>... Das tschechoslowakische Volk hat für die Sache der Demokratie einen großen Sieg errungen.<<

### **01.03.1948**

Die Zeitschrift "Einheit" berichtet am 1. März 1948 über die hochschulpolitischen Grundsätze der SED (x112/466): >>Die Gelegenheit zur Schaffung einer neuen werktätigen Intelligenz gilt es voll auszunutzen. ...

Die besonderen ökonomischen und politischen Verhältnisse, unter denen wir in der Ostzone leben, bedingen die besonderen Formen des Klassenkampfes. So sind die Universitäten und das gesamte Bildungswesen in unserer Zone zu Brennpunkten des Klassenkampfes geworden. ...<<

Nach offiziellen Angaben des Viermächtekomitees in Berlin sind bis zum 1. März 1948 erst 252.395 deutsche Wehrmachtssoldaten aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt (x112/641).

### **18.03.1948**

Beim 2. Volkskongreß spricht sich Otto Grotewohl (ab 1949 Ministerpräsident der DDR) am 18. März 1948 für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie aus (x009/509).

Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 18. März 1948 anlässlich des 100. Jahrestages des 18. März 1848 im US-Radiosender "RIAS" (x112/474): >>Die deutsche Märzrevolution von 1848 ist eines der großen wichtigen Ereignisse unserer Vergangenheit, die wir verstehen und begreifen müssen, wenn wir die Gegenwart meistern, unserer heutigen Nöte Herr werden und den Grund für ein Durchkommen zu besseren Zeiten legen wollen. ...

Besiegt wurde die Revolution, weil es dem deutschen Volke bei aller Begabung, die sich in glänzenden Rednern der Paulskirche zeigte, an realer politischer Erfahrung fehlte. Zu lange waren die Deutschen obrigkeitlichen Regimen unterworfen, als daß sie sofort imstande gewesen wären, sich der entscheidenden Machtzentren zu bemächtigen.

Es fehlte an politischer Organisation, an klarem politischen Machtwillen, an durchgreifender Führung und an der Härte des Gestaltungswillens, ohne die große historische Leistungen nun einmal nicht zu schaffen sind. ...<<

Die West-Berliner Parteien erinnern während einer gemeinsamen öffentlichen Kundgebung an den 18. März 1848 (x112/474): >>... 1848-1948, das sind hundert Jahre Kampf um die Freiheit.

Dieser Kampf muß entschlossen fortgesetzt werden, wenn Leben und Zukunft gesichert werden sollen. Jeder entscheide sich klar für eine freiheitlich und demokratisch geordnete Gesellschaft, gegen Willkür, Rechtlosigkeit und totalitäre Machtansprüche. Bekennt Euch erneut zu Frieden, Freiheit, Demokratie!

Gebt diesem Willen Ausdruck am 18. März, 16.00 Uhr, auf dem Platz der Republik.<<

Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 18. März 1948 während dieser Kundgebung der demokratischen Parteien vor dem Berliner Reichstagsgebäude (x112/474): >>... Bang fragte sich die Welt: Was wird kommen? Prag, Finnland – wer kommt dann dran? –

Berlin wird nicht drankommen! An unserem eisernen Willen wird sich die Flut brechen. ...

Einmal wieder werden wir miteinander singen: Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!

Und heute wollen wir uns zusammenschließen in unserem alten, ewig neuen, ewig jungen, unveräußerlichen Gelöbnis: Freiheit! Freiheit! Freiheit!<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet damals über die getrennten Berliner Kundgebungen zum Jahrhunderttag der Revolution von 1848 (x112/474): >>"Freiheit, Friede, Demokratie", rufen 50.000 Demonstranten auf dem Platz der Republik im westlichen Sektor.

Regen strömt auf sie herab. Wind reißt den Rednern die Worte von den Lippen und trägt sie zerflatternd über die wogende Menge. "Wir wollen keine zweite Diktatur! Wir fordern unsere Verschleppten zurück", schreit Franz Neumann, Vorsitzender der Berliner SPD und schüttelt seine Fäuste gegen den östlichen Sektor. "Freiheit – Freiheit – Freiheit" ...

"Freiheit, Friede, Einheit", rufen 50.000 Demonstranten zwischen Gendarmenmarkt und Friedrichshain im östlichen Sektor. Regen strömt auf sie herab. Wind reißt den Rednern die Worte von den Lippen und trägt sie zerflatternd über die wogende Menge.

Revolutionäre Lieder klingen auf.

"Kriegsanstifter, Nazis, Reaktionäre, Spalter", schreit der Redner und schüttelt seine Fäuste gegen den westlichen Sektor. "Einheit – Einheit – Einheit", applaudiert ihm die Menge.<<

Auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Berliner Ortsteil Friedrichshain wird am 18. März 1948 offiziell ein Gedenkstein enthüllt (x112/475): >>Den Toten 1848/1918

Das Denkmal habt Ihr selber Euch errichtet - Nur ernste Mahnung spricht aus diesem Stein / Dass unser Volk niemals darauf verzichtet, wofür Ihr starbt - Einig und frei zu sein.<<

### **20.03.1948**

Da sich die Sowjetunion erwartungsgemäß nicht an die Abmachungen des Alliierten Kontrollrats hält, und die westlichen Alliierten nicht bereit sind, weitere Zugeständnisse zu machen, verschärfen sich allmählich die unüberwindlichen Gegensätze zwischen Ost und West.

Am 20. März 1948 findet die letzte Sitzung des Alliierten Kontrollrats statt. Marschall Wassili D. Sokolowski (1897-1968, ab 1946 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) protestiert gegen die antisowjetische Haltung der Westmächte und verläßt vorzeitig die Sitzung des Alliierten Kontrollrats.

Die Viermächte-Verwaltung Deutschlands wird damit beendet, denn der Alliierte Kontrollrat nimmt die Arbeit später nicht mehr auf. Danach beginnt der sog. "Kalte Krieg" mit scharfer Propaganda, Druckmitteln und Zwangsmaßnahmen aller Art. Dieser "Kalte Krieg" hat für Deutschland verhängnisvolle Folgen, denn er besiegelt langfristig die deutsche Spaltung. Er zwingt die Mittel- und Westdeutschen, Partei zu ergreifen, so daß die Wiedervereinigung Deutschlands jahrzehntelang unmöglich wird. Der wirtschaftliche und politische Aufbau Westdeutschlands und der militärische Schutz Westeuropas wird nachweislich mit dem vorläufigen Verzicht auf die Wiederherstellung Deutschlands erkaufte.

Während des "Kalten Krieges" erlahmen die politischen Säuberungsmaßnahmen der Siegermächte zusehends, denn man benötigt jetzt auch die stärker belasteten NSDAP-Mitglieder für den Kampf gegen den Kommunismus oder den Kapitalismus und stuft sie deshalb nicht selten pauschal als Mitläufer ein.

US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) berichtet später über die letzte Sitzung des Kontrollrats am 20. März 1948 und die Spannungen im Alliierten Kontrollrat (x299/146, x059/109):

>>... Nachdem der Dolmetscher die Übersetzung der sowjetischen Anwürfe beendet hatte, begann der britische Vertreter mit einer Erwiderung. Die sowjetische Delegation unterbrach ihn grob, indem sie sich ohne Erklärung ... wie ein Mann erhob; Sokolowskij erklärte: "Ich finde es sinnlos, die Sitzung fortzusetzen, und ich erkläre sie hiermit für vertagt."

Ohne ein weiteres Wort machten die sowjetischen Vertreter auf den Absätzen kehrt und verließen den Konferenzsaal. ...<<

>>... Wir hatten viele Monate versucht, zu einer gemeinsamen Politik zu kommen, während die Sowjetunion rücksichtslos ihre eigene Politik betrieb; wir wollten nun nicht mehr länger warten, sondern versuchten, allein oder mit jenen zusammen, die sich uns anschließen würden, die Ziele zu erreichen, die wir alle uns in Deutschland gesteckt hatten.<<

Sir Brian Robertson (1896-1974, britischer General, 1947-1948 Militärgouverneur der britischen Besatzungszone, 1949-1950 Hoher Kommissar in der Bundesrepublik Deutschland) schreibt später über die Fehler der anglo-amerikanischen Besatzungspolitik (x128/194): >>... Frankreich, das weder in Jalta noch in Potsdam vertreten war, ist seitdem stets bestrebt gewesen, die Verantwortung für die Folgen dieser Konferenzen von sich zu weisen. Seine Einstellung zu Deutschland kam deutlich zum Ausdruck in der auf der Pariser Konferenz von Mai 1946 erhobenen Forderung, das Ruhrgebiet von Deutschland abzutrennen und durch eine internationale Behörde verwalten zu lassen. ...

Sehr bald erkannte ich, daß die Voraussetzungen, auf denen unsere Politik gegründet war, falsch waren und daß es auf die Ziele, die man erreichen wollte, überhaupt nicht ankam. Die eigentliche Gefahr für die Zukunft Europas und für den Frieden in der Welt war nicht Deutschland, sondern Rußland.

Das unmittelbare Ziel hatte nicht zu sein, Deutschland zu zerschlagen - es lag ja schon am Boden -, sondern es wiederaufzubauen und dabei so klug wie möglich vorzugehen. Wir mußten Deutschland retten - physisch vor Hunger, Schmutz und Not, geistig vor Verzweiflung und vor dem Kommunismus.

Den Amerikanern gingen erst bei der Moskauer Konferenz vom März 1947 endgültig die Augen auf. Dort ließ Rußland keinen Zweifel daran, daß es nicht die geringste Absicht hatte, Deutschland, wie in Potsdam vereinbart, als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, oder den Deutschen zu erlauben, baldige Fortschritte im Sinne der Westmächte zu machen. Nun endlich wurde den Vereinigten Staaten klar, daß sie auf unabsehbare Zeit für die Ernährung Deutschlands, die Verwaltung der amerikanischen Zone und für die Verteidigung Europas eine gewaltige Last würden auf sich nehmen müssen, wenn sie weiterhin den Dingen Ihren Lauf ließen.<<

Der deutsche Historiker Ernst Deuerlein (1918-1971) berichtet später über die sowjetische Deutschlandpolitik (x128/195): >>Das Nebeneinander gegensätzlicher und einander sich anschließender Äußerungen und Haltungen sowjetischer Funktionäre, vornehmlich Stalins, zur Frage der Behandlung Deutschlands nach dessen Besiegung und Besetzung, erschwert nicht nur die Charakterisierung und Festlegung der sowjetischen Deutschlandpolitik. Es macht zweifelsfreie Feststellungen über die tatsächlichen Absichten der Sowjetunion in Deutschland unmöglich. Möglich sind nur begründete Mutmaßungen. Erkennbar sind heute drei Richtungen:

1. Stalin verstand die Besetzung eines Teiles Deutschlands als Möglichkeit der Westverlagerung Polens und als Mittel zur Stärkung der Sowjetunion.
2. Die Gruppe um den 1948 verstorbenen sowjetischen Spitzenfunktionär Andrej A. Shdanow, der im Zweiten Weltkrieg die Verteidigung der eingeschlossenen Stadt Leningrad leitete und als Nachfolger Stalins galt, betrachtete die sowjetische Besatzungszone Deutschlands als ein "Sprungbrett, von dem aus sich die Bolschewisierung Westdeutschlands und danach ganz Westeuropas organisieren lasse."

3. Stalins langjähriger Innenminister Berija soll, wie N. S. Chruschtschow im März 1953 mitteilte, vor allem nach dem Tode Stalins im Sommer 1953 willens gewesen sein, das Regime von Pankow zu liquidieren. Er soll einem Arrangement mit Deutschland den Vorzug vor der Behauptung eines Teiles von Deutschland gegeben haben. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/66): >>... Die sowjetische Verwaltungsspitze wurde die "Sowjetische Militär-Administration" in Deutschland (SMAD) mit Sitz in Berlin-Karlshorst. ...

Die SMAD, die ein Veto hatte, ließ nur solche Kontrollratsbeschlüsse zu, die ihr zusagten. So wurde der Kontrollrat bald gelähmt, eine gemeinsame Besatzungspolitik war gescheitert.

Mit dem Aufbau eines neuen, bald rein kommunistischen Verwaltungsapparates entstand neben der SMAD ein Apparat, der jedoch schon auf der untersten Stufe sowjetisch gelenkt wurde.

Die Besatzungspolitik hatte 2 verschiedene Ziele:

1. die wirtschaftliche Ausbeutung der Zone und
2. die politische Bolschewisierung.

Nachdem alle Pläne, eine Vereinigung der Westzonen und der SBZ auf kommunistischer Grundlage herbeizuführen, gescheitert waren, ist seit etwa Anfang 1948 die Einbeziehung der SBZ in den Ostblock das wichtigste Ziel der sowjetischen Besatzungspolitik.<<

### **23.03.1948**

Der Landtag von Sachsen beschließt am 23. März 1948 ein "Gesetz zur Wahrung der kulturellen, sprachlichen und politischen Rechte der sorbischen Bevölkerung" (x112/478): >>... Die personelle Besetzung erfolgt auf Vorschlag der zugelassenen antifaschistischen sorbischen Organisation. ... Die Behörden ... haben die Pflicht, die sorbischen Kulturinteressen in jeder Weise zu fördern. ... In den sorbisch-deutschen Gebieten sind, der zahlenmäßigen Stärke der sorbischen Bevölkerung entsprechend, antifaschistisch-demokratische Sorben zur Verwaltung heranzuziehen.<<

### **01.04.1948**

Die Bestimmungen für den Verkehr durch die sowjetische Besatzungszone (Interzonenverkehr) werden am 1. April 1948 nochmals verschärft.

Die "Prawda" kommentiert am 1. April 1948 die letzte AKR-Sitzung (x112/485): >>Die Zerstückelung Deutschlands ist vollendete Tatsache geworden. ...<<

### **10.04.1948**

US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) warnt am 10. April 1948 das US-Kriegsministerium (x116/233): >>Die Tschechoslowakei haben wir verloren. ... Wenn Berlin fällt, folgt Westdeutschland als nächstes. Wenn wir beabsichtigen, Europa gegen den Kommunismus zu halten, dürfen wir uns nicht von der Stelle rühren.

Wir können Demütigungen und Druck, die nicht zum Krieg führen, in Berlin einstecken, ohne das Gesicht zu verlieren. Wenn wir fortgehen, gefährden wir unsere europäische Position. Falls Amerika dies jetzt nicht versteht, wenn es nicht begreift, daß die Würfel gefallen sind, wird es nie zu dieser Erkenntnis kommen, und der Kommunismus wird alles überrennen. Ich glaube, die Zukunft der Demokratie verlangt von uns, daß wir bleiben. ...<<

### **12.04.1948**

Der SMAD-Befehl Nr. 60 vom 12. April 1948 regelt die "Transporte und die Sicherung der Reparations- und Export-Importgüter" in der sowjetischen Zone (x112/492-493): >>Die zivilrechtliche und strafrechtliche Verantwortung für die Unversehrtheit der Güter ... wird auferlegt:

- a) bis zur Übernahme des Gutes durch die Eisenbahn von der Firma und den Unternehmen der Aktiengesellschaften – diesen Firmen und Unternehmen,
- b) während des Transportes der Güter auf der Eisenbahn und den Wasserverkehrswegen ... der

deutschen Verkehrsverwaltung,

c) für Güter, die durch die Aktiengesellschaft "Derutra" ... angenommen wurden – der Aktiengesellschaft "Derutra". ...

Der Personalbestand der Eisenbahnpolizei ist ... auf 7.400 Mann zu erhöhen<<

### **16.04.1948**

In der SBZ und in Ost-Berlin dürfen keine westlichen Zeitungen mehr verkauft werden.

Walter Ulbricht hält am 16. April 1948 vor den Studenten der "Parteihochschule Karl Marx" in Ost-Berlin ein Instruktionsreferat.

Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014), der damals an dieser Veranstaltung in Ost-Berlin teilnimmt, berichtet später (x156/64): >>... Am 16. April 1948 hielt Walter Ulbricht ein 5stündiges Referat über die allgemeine Situation in der Sowjetzone, um uns auf bevorstehende Veränderungen hinzuweisen. Ulbricht sprach offen über Dinge, die teilweise erst ein halbes Jahr später "offiziell" wurden. Die wichtigsten Feststellungen seines Instruktionsreferates waren folgende:

In der Zeit von 1945 bis 1947 konnten viele Fragen nicht offen gestellt werden. Die SED mußte schrittweise vorgehen, sowohl aufgrund der ideologisch-politischen Rückständigkeit in der Partei als auch aus außenpolitischen Gründen.

1947 waren die Grundlagen einer antifaschistisch-demokratischen Grundlage geschaffen. Jetzt, im Frühjahr 1948, da 40 % der Produktion in den Händen volkseigener Betriebe liegt und der Kapitalismus entscheidend geschwächt ist, kann man diese Periode als beendet betrachten. Das gleiche gilt für die Landwirtschaft. Die Bodenreform ist abgeschlossen, der Großgrundbesitz endgültig und unwiderruflich aufgeteilt. Jetzt kommt es darauf an, sich auf die Klein- und Mittelbauern zu stützen und eine Organisation zur Zurückdrängung der Großbauern zu schaffen.

Durch die weitgehenden Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, erklärte Ulbricht, habe sich der Klassenkampf zugespitzt, aber die Formen und Methoden des Klassenkampfes seien anders geworden. "Wir haben jetzt die Möglichkeit unsere Forderungen mit Hilfe des Staatsapparates durchzusetzen. Auf der anderen Seite müssen wir bestrebt sein, mehr die Massenorganisationen zu aktivieren und damit die Blockpolitik ihrem Wesen nach zu verändern." Unsere Partei ist zu einer Staatspartei geworden, die die Hauptverantwortung für die Lösung aller Fragen der Volkspolizei, der Wirtschaftsplanung, der Landwirtschaft und der Kulturpolitik trägt.

Die "Blockpolitik" hat in der ersten Phase eine große Rolle gespielt. Jetzt werden jedoch die reaktionären Kräfte in den bürgerlichen Parteien wieder lebendig, um unter dem Vorwand der "Überprüfung" unsere Maßnahmen rückgängig zu machen.

Wir werden auch jetzt noch nicht den Weg zum Einparteiensystem beschreiten, aber dafür sorgen, daß unsere Partei die führende und tragende Kraft im Staate ist. Wir müssen aber auch in dieser neuen Periode mit den anderen Parteien zusammenarbeiten. "Vielleicht wäre es nicht schlecht, noch ein paar neue zu gründen", meinte Olbricht sarkastisch lächelnd.

Wir wußten, daß dies nicht so hingesagt war – tatsächlich wurde 2 Monate später die Gründung der "National-Demokratischen Partei" und der "Demokratischen Bauernpartei" bekanntgegeben. Beide hatten das Ziel, die bestehenden bürgerlichen Parteien (Sowjetzonen-CDU und LDP) zu schwächen und die außerhalb der SED stehenden politischen Kräfte aufzusplitteln.

Durch dieses Instruktionsreferat von Ulbricht wurden wir auf der Parteihochschule bereits Mitte April auf jenen politischen Kurswechsel vorbereitet, der im Sommer und Herbst 1948 das gesamte Leben in der Sowjetzone weitgehend verändern sollte.<<

### **23.04.1948**

Der Eisenbahngüter- und Personenverkehr zwischen den Westzonen und Berlin wird am 23.



April 1948 vorübergehend unterbrochen.

Der SMAD-Befehl Nr. 76 vom 23. April 1948 ordnet eine weitere Konzentration der Wirtschaft in der sowjetischen Zone an (x112/500): >>Es werden "Vereinigungen volkseigener Betriebe" auf der Grundlage betriebsfachlicher Gliederung geschaffen.

Für die Leitung der volkseigenen industriellen Betriebe, zwecks ihrer Entwicklung und zur Kontrolle ihrer Tätigkeit, werden bei der Deutschen Wirtschaftskommission entsprechende Hauptverwaltungen geschaffen. Die allgemeine Richtung und Koordinierung der Tätigkeit der volkseigenen Betriebe in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wird durch die Deutsche Wirtschaftskommission durchgeführt. ...

Die in den Ländern bestehenden Hauptverwaltungen der volkseigenen Betriebe werden ... dem Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission unmittelbar unterstellt. ... Dies gilt insbesondere für die Maßnahmen zur finanziellen Neuordnung der bisherigen Organisation der volkseigenen Betriebe in den Ländern.<<

#### **29.04.1948**

Der deutsche Arzt und Schriftsteller Paul Lüth (1921-1986) schreibt am 29. April 1948 über die Diskussionen um die Hauptstadt Berlin (x112/502): >>Traurig, daß uns eine Hauptstadt fehlt. Berlin liegt zu exponiert, wer weiß, wie lange sie noch "Hauptstadt" sein kann.

Gewiß ist noch alles andere, was es an Städten gibt, gegen Berlin Provinz. Aber selbst der große Becher (gemeint ist Johannes R. Becher) meinte, wenn die Amerikaner fortgingen, würde die lebendige geistige Bewegung dort bald ermatten.<<

#### **10.05.1948**

Die evangelischen Bischöfe der SBZ verwahren sich am 10. Mai 1948 dagegen, daß die SMAD kirchliche Einrichtungen für politische Maßnahmen nutzt.

#### **15.05.1948**

Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 15. Mai 1948 über den damaligen Stand des deutschen Literaturwesens (x112/513): >>... Daß wir auf die unanzweifelbaren Meisterwerke unserer Zeit, in Sonderheit auf solche, die uns das tausendjährige Reich zwölf Jahre vorenthielt (und jeder von uns wüßte aus dem Handgelenk drei Dutzend zu nennen), noch heute meist vergeblich warten müssen, angesichts einer Inflation von Zeitschriften, jüngster Lyrik und Machwerken, die als Eintagsfliegen zu bezeichnen ihnen schon zuviel Ehre antun heißt, ist eine Tatsache, die allen, die mit Planung und Lenkung des Schrifttums zu tun haben, täglich und stündlich vor Augen stehen müßte.

Die deutsche Buchproduktion steckt im Sumpfe einer peinlichen Mittelmäßigkeit, und die besten Pferde müssen heran, sie da herauszuziehen.<<

#### **16.05.1948**

Der evangelische Bischof Dibelius fordert am 16. Mai 1948 zum "zivilen Ungehorsam" auf (x112/513): >>Es geht in den heutigen Tagen vor allem um das eine, die Freiheit zu behalten, wahrhaftig zu bleiben, was auch immer geschieht. ...

Man muß den Kampf aufnehmen gegen jeglichen Druck auf Überzeugung und Gewissen. Wo es darum geht, eine Überzeugung zu bekunden, bei Wahlen, Kundgebungen, Entscheidungen für eine Partei, Volksabstimmungen und ähnlichen Gelegenheiten, da gilt kein Gehorsam, sondern die eigene gewissenhafte Überzeugung. ...<<

#### **23.05.1948**

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 23. Mai 1948 über die Großaktion der SED, Unterschriften für das "Volksbegehren für Einheit und gerechten Frieden" im Osten Berlins und in der sowjetischen Zone zu sammeln (x112/517): >>Man muß es zugeben, der Schein der moralischen Rechtfertigung liegt auf seiten der Sowjetunion. Sie fordert, was wir wollen müßten. Einheit, gemeinsame Währungsreform, Abzug der Besatzungstruppen und einen raschen Frieden mit Deutschland. Warum

sträuben wir uns dagegen? – Weil wir uns fürchten. ...

Zu deutlich für unser Mißtrauen tönt aus der neuen Friedensschalmei die fatale Zukunftsmusik des Anschlusses. Es schmeckt nach Schloß und Riegel. Eingeschlossen ist der winzige Punkt Berlin in der riesigen Sowjetzone. Abgeschlossen von der westlichen Welt sind seit 1947 alle Länder, die unter sowjetischem Einfluß stehen.

Und hinter Kerkerschlössern verschwindet jeder, der in jenen Ländern anderen Willens ist, als seine Machthaber es wünschen. 200.000 Menschen wurden nach mutmaßlicher Schätzung seit 1945 aus der Ostzone nach Rußland transportiert. ...<<

### **03.06.1948**

Die SMAD läßt am 3. Juni 1948 Ausbildungseinheiten für die spätere "Kasernierte Volkspolizei" aufstellen.

### **18.06.1948**

Die SMAD gibt am 18. Juni 1948 bekannt, daß der Personenverkehr von und nach den Westzonen völlig gesperrt wird.

### **19.06.1948**

US-Militärgouverneur Clay lehnt am 19. Juni 1948 den Antrag von evangelischen Bischöfen ab, eine Berufungsinstanz für die Nürnberger Verfahren zu errichten (x112/531).

Die westlichen Alliierten verkünden am 19. Juni 1948 weitere Einzelheiten zur Währungsreform (x112/531): >>... Das erste Gesetz zur Neuordnung des deutschen Geldwesens ist von den Militärregierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs verkündet worden und tritt am 20. Juni in Kraft.

Die bisher gültige deutsche Währung wird durch dieses Gesetz aus dem Verkehr gezogen.

Das neue Geld heißt "Deutsche Mark", jede Deutsche Mark hat 100 Deutsche Pfennige.

Das alte Geld, die Reichsmark, die Rentenmark und die alliierte Militärmark, ist vom 21. Juni an ungültig.<<

Marschall Wassili D. Sokolowski (1897-1968, 1946-48 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) verbietet am 19. Juni 1948 das Westgeld in Groß-Berlin sowie in der Ostzone und ordnet die völlige Schließung der Zonengrenzen für den Personenverkehr an.

### **23.06.1948**

Gemäß SMAD-Befehl Nr. 111 wird am 23. Juni 1948 die "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" in Ost-Berlin und in der SBZ eingeführt (das Umtauschverhältnis entspricht z.T. dem Tausch in den Westzonen).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Währungsreform" in der SBZ (x009/474-475): >>Durch die vom 23. bis 28.6.1948 in der SBZ und Ost-Berlin auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 111 durchgeführte Währungsreform wurde die - bis dahin für ganz Deutschland geltende - Reichsmark für die SBZ durch Reichsmarkzeichen mit aufgeklebten Spezialkuponen, neue "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" (DM Ost), abgelöst.

Es galten sehr differenzierte Umtauschrelationen, die das "staatliche" Vermögen stark bevorzugten.

Im einzelnen wurden umgetauscht: bei Privatpersonen Barbeträge bis zu RM 70,-- im Verhältnis 1:1, bis RM 1.000,-- im Verhältnis 5:1, vor dem 9.5.1945 entstandene Einlagen 10:1, wobei jedoch geprüft werden mußte, ob Beträge über RM 3.000,-- "rechtmäßig" erworben waren.

Bei Beträgen über RM 5.000,-- wurden von vornherein Kriegs- oder Schwarzmarktgewinne angenommen. Diese Beträge sind - falls nicht das Gegenteil bewiesen werden konnte - eingezogen worden, ebenso das Geldvermögen von "faschistischen Verbrechern und Kriegsverbrechern". Über diese umgetauschten Altguthaben konnte zudem nicht verfügt werden. Sie wurden in eine Altguthaben-Ablösungsanleihe umgewandelt, die seit 1959 in 25 gleichen Jahres-

raten getilgt wird.

Beträge nicht volkseigener Betriebe wurden nur bis zur Höhe des wöchentlichen Umsatzes und der Lohnrückstände bei Handels- und anderen Wirtschaftsorganisationen in Höhe der wöchentlichen Lohnsumme im Verhältnis 1:1 umgetauscht. Dagegen wurden alle Einlagen von ... volkseigenen Betrieben voll im Verhältnis 1:1, Versicherungspolice im Verhältnis 1:3 umgetauscht. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Währungspolitik" in der SBZ (x009/474): >>Die kommunistischen Machthaber der SBZ verkünden zwar lautstark, daß eine Inflation in ihrem Herrschaftsbereich nicht möglich sei, jedoch sind sie seit Schaffung der DM Ost bemüht, die permanente Inflation zu verhindern oder wenigstens zu bremsen.

Diese permanente Inflation äußert sich in einer ständigen Unterversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Konsumgütern, die sich von Zeit zu Zeit zu Versorgungskrisen ausweitet.

Gründe hierfür sind eine Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie wegen Devisenhandels, Zwangsexporte hochwertiger Verbrauchsgüter und die Unmöglichkeit, Lebensmittel und Verbrauchsgüter zu importieren, Materialmangel, Fehlplanungen und Nichterfüllung der Produktionspläne einerseits und eine ständige außerplanmäßige Überziehung des Lohnfonds andererseits. Diese Tatsachen führen zu einem Kaufkraftüberhang. ...<<

In West-Berlin wird am 23. Juni 1948 die DM eingeführt.

Aufgrund der Einführung der West-DM läßt die SMAD am 23. Juni 1948 den Personen- und Güterverkehr nach Berlin stoppen sowie die Stromlieferungen aus dem Osten Berlins in die Westsektoren wegen angeblicher technischer Schwierigkeiten einstellen.

US-Militärgouverneur Clay telefoniert in der Nacht zum 24. Juni 1948 mit General Curtis Lemay (1906-1990, Chef des US-Luftwaffenkommandos in Frankfurt) wegen der sowjetischen Blockade Berlins (x112/535): >>Haben Sie Maschinen, die Kohlen transportieren können?

(Lemay:) Was transportieren?

(Clay:) Kohlen.

(Lemay:) Ich kann so schlecht verstehen. Es klingt nur, als ob Sie nach Flugzeugen fragen, die Kohlen transportieren können.

(Clay:) Genau, das meine ich.

(Lemay:) Die Luftwaffe transportiert alles. ...<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) notiert am 23. Juni 1948 in ihrem Tagebuch (x112/534-535): >>Es ist also soweit.

Statt einer neuen Währung haben wir zwei. Und zu dem Eisernen Vorhang an der Elbe gesellt sich ab übermorgen der Eiserne Vorhang quer durch Berlin.

Gefährlich brodeln es in allen Kesseln. ...<<

## **24.06.1948**

Sowjetische Truppen blockieren am 24. Juni 1948 sämtliche Land- und Wasserwege nach den Berliner Westsektoren und unterbrechen die Energieversorgung sowie Lebensmittellieferungen aus der SBZ, um die West-Berliner Bevölkerung auszuhungern. Berlin kann infolgedessen nur noch auf dem Luftweg versorgt werden.

General Lucius Clay (1897-1978, von 1947-49 Militärgouverneur der US-Besatzungszone) erklärt am 24. Juni 1948 nach Rücksprache mit dem US-Präsidenten, daß man die Nordamerikaner nur durch einen Krieg aus Berlin vertreiben könnte (x116/235).

Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 24. Juni 1948 vor etwa 80.000 Berlinern auf dem Herthasportplatz (x116/240): >>... Als eine Viermächtestadt ist unser Berlin das geblieben, was es immer war; nicht eine

Provinzstadt mit Provinzcharakter, sondern eine Weststadt. ...

Heute weiß die ganze Welt, daß wir nicht die heimliche, sondern die wirkliche Hauptstadt Deutschlands sind.

Heute weiß die ganze Welt, daß hier das Herz der neuen deutschen Demokratie schlägt.<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) notiert am 24. Juni 1948 in ihrem Tagebuch (x112/535): >>Am Bahnhof Zoo (in Berlin) und Ecke Potsdamer und Kurfürstenstraße, der früheren Schwarzmarktzentrale für Weißbrot und Brötchen, handelt man bereits ganze Bogen Couponmarken gegen Reichsmark mit 50 % Aufschlag.

Die Tausender springen aus den Taschen. Jeder sein eigener Neugeldfabrikant. Zehn Schritt aus der Menge – und hinter der nächsten Ruinenwand beklebt man sich selbst den Rest seiner Reichsmarkhabe. Das Geschäft fordert Eile. Lecken – kleben, lecken – kleben. Als Coupongeldkapitalist entsteigt man den Trümmern.

"Achtung, Razzia!" – um die Ecke fegt ein vollbeladenes Polizeiauto.

Alles spritzt auseinander. Wie Mäuse jagen die fliegenden Schwarzbankiers in die umliegenden Löcher.

Noch ehe die Polizisten Zeit fanden, sich umzusehen, liegt die Straße verödet. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über "Berlin" (x009/60-62): >>Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands, kann jedoch z.Z. diese Funktion nicht ausüben. Mit 883,8 qkm Bodenfläche und 3,39 Millionen Einwohnern ist Berlin die größte deutsche Stadt. Von ihren 20 Verwaltungsbezirken gehören 12 mit 481 qkm und 2,2 Millionen Einwohnern zu den 3 westlichen Sektoren, 8 mit 403 qkm und 1,07 Millionen Einwohnern gehört zum Sowjetsektor. ...

Als Sitz des Kontrollrates auch nach der Kapitulation noch Regierungssitz für ganz Deutschland, wurde Berlin durch eine dem Kontrollrat nachgebildete Viermächteverwaltung regiert. ... Um die Position der Westmächte in Berlin unmöglich zu machen, sollten diese und die West-Berliner Bevölkerung durch die Blockade vom 24.6.1948 (Unterbrechung der Verbindungswege von Berlin West nach der Bundesrepublik, dem Sowjetsektor und der SBZ) ... von allen Nachrichten-, Verkehrs- und Handelsverbindungen abgeschnitten werden. Die SMAD und SED vertraten plötzlich die Auffassung, Berlin sei ein Teil der SBZ.

Die Blockade wurde durch die Luftbrücke, über die zuletzt ca. 8.000 t Güter pro Tag eingeflogen wurden, praktisch unwirksam und politisch zu einer kommunistischen Niederlage.

Berlin hatte durch die Währungsreform vom 23.6.1948 (Ostsektor 24.6.) zwei verschiedene Währungen erhalten (DM West und DM Ost). Die Westmächte hätten der DM Ost für ganz Berlin zugestimmt, falls ihre Forderung nach Mitkontrolle der Berliner Währung von den Sowjets angenommen worden wäre. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über die Blockade Berlins (x283/235): >>Mit der Blockade Berlins 1948/49 versuchte Stalin einerseits (erfolglos), die vom Bürgermeister Ernst Reuter geforderte und erreichte Anbindung der Stadt an das Währungsgebiet der Deutschen Mark zu verhindern, und andererseits (erfolgreich) abzulenken von seinen Atombombenversuchen, die dann den Dualismus mit den USA begründeten.

Die Entscheidung Trumans für die Versorgung der Stadt über eine Luftbrücke wollte das Risiko des von General Clay vorgesehenen gewaltsamen Durchbruchs auf dem Landweg vermeiden, stand aber unter dem Wagnis, daß der erste Rosinenbomber abgeschossen würde. Das hätte dann einen Gegenschlag des Pentagons zur Folge haben können, der den kalten Krieg in einen heißen verwandelt hätte. ...<<

## **26.06.1948**

Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 26. Juni 1948 über den "Neuen Duden" (x112/536):

>>Die deutsche Sprache ist das festeste Band, das uns Deutsche zu einer Einheit verbindet.

Der Neue Duden wird das Seine dazu beitragen, das Bewußtsein der geistigen Einheit zu stär-

ken. ...<<

US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erteilt am 26. Juni 1948 den Befehl, eine Luftbrücke nach West-Berlin einzurichten ("Operation Vittels").

Im Verlauf der Aktion "Luftbrücke" fliegen die Nordamerikaner und Briten bis zum Ende der Berliner Blockade (12. Mai 1949) in annähernd 200.000 Flügen rund 1,44 Millionen t Güter nach West-Berlin (x058/152).

Der deutsche Historiker Michael Stürmer berichtet später über die Berlin-Blockade (x073/-232): >>Die Blockade traf die USA fast ohne Panzertruppen und Infanterie in Europa. General Lucius D. Clay hat zwar für kurze Zeit erwogen, eine gepanzerte Kolonne von Hannover in Richtung Osten über die Autobahn rollen zu lassen und die russische Entschlossenheit hart zu testen.

Die USA besaßen damals das Atomwaffenmonopol, und daß ihre Luftwaffe auch mit konventionellen Waffen Städte auszuradiieren vermochte, hatte der Zweite Weltkrieg erwiesen. Aber die Vereinigten Stabschefs in Washington winkten ab, zu hoch war das Kriegsrisiko, zu schwach die amerikanische Landmacht.

Es gab damals militärische Studien der Amerikaner, wonach bei einem tatsächlichen bewaffneten Vordringen der Russen nichts bleiben würde als ein langer Rückzug auf die Pyrenäen. So kam es zur Luftbrücke, auf deren Höhepunkt alle 48 Sekunden ein "Rosinenbomber" auf den Berliner Flugfeldern landete. ...<<

#### **28.06.1948**

Die britische Royal Air Force beteiligt sich am 28. Juni 1948 an der Berliner Luftbrücke.

#### **30.06.1948**

Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 30. Juni 1948 im US-Radiosender "RIAS" zur Berliner Blockade (x112/539): >>...

Die Entschlossenheit, mit der wir, gewitzigt durch die Erfahrungen unter dem Hitler-Regime, uns einer neuen Diktatur entgegenstemmen, diese Entschlossenheit findet ihre Parallele in der Entschlossenheit der Welt draußen, die jetzt gezeigt hat, daß sie nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten helfen will. ...

Diese Tage sind nicht nur für Berlin entscheidend. Sie sind von der größten Bedeutung für ganz Deutschland.<<

#### **01.07.1948**

Die SMAD erklärt am 1. Juli 1948 in Berlin (x112/541): >>... Die Alliierte Kommandantur hat ihre Tätigkeit faktisch eingestellt, nachdem der amerikanische Kommandant, Oberst Howley, sich auf der Sitzung am 16.6. weigerte, den Sowjetantrag über die Verbesserung der materiellen und rechtlichen Lage der Arbeiter und Angestellten in der Industrie und im Verkehrswesen Berlins zu erörtern. ...

Dieses herausfordernde Verhalten des amerikanischen Kommandanten hat zur Einstellung der Tätigkeit der alliierten Kommandantur Berlins geführt.<<

#### **02.07.1948**

In Mühlhausen/Thüringen erklärt Otto Grotewohl am 2. Juli 1948 während des ersten Parteitages der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (x112/542): >>Die SED tritt für die Sicherung des bäuerlichen Privatbesitzes ein, eine Kollektivierung der Landwirtschaft ist nicht beabsichtigt und kann nicht durchgeführt werden, da die Verhältnisse ganz andere sind als in der Sowjetunion. ...<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) notiert am 2. Juli 1948 in ihrem Tagebuch (x112/542): >>Am Bahnhof Zoo (in Berlin) wird Währung gehandelt.

Man braucht sich nur zwischen die Menschen zu mischen, die vom Stadtbahnbogen zur Gedächtniskirche die Straßen füllen, und seine Ost- und Westscheine sichtbar in der Hand zu

halten. Noch keine zwei Minuten – und das Wechselgeschäft ist im Gange.

"Brauchen Sie Ostmark?" ... "Brauchen Sie Westmark?" ...

Jemand streift an einem vorbei, flüstert einem ins Ohr. Ein Blick in die Runde ... ein Griff in die Brieftasche ... wie durch Zauberschlag verwandeln sich die sechs Westmark zwischen den Fingern in fünfzehn Tapetenscheine (der Berliner nennt das Coupongeld damals "Tapetenmark") ...<<

### **03.07.1948**

Gemäß SMAD-Befehl wird am 3. Juli 1948 die "Kasernierte Volkspolizei" aufgestellt.

### **04.07.1948**

Der stellvertretende DWK-Vorsitzende Selbmann berichtet am 4. Juli 1948, daß man bereits 9.281 gewerbliche Unternehmen, darunter zahlreiche kleine und mittlere Handwerks-, Transport- und Handelsunternehmen, enteignet hat (x009/464).

### **05.07.1948**

Der SED-Politiker Erich Gniffke (Vorsitzender des Sekretariats des Deutschen Volksrates) dementiert am 5. Juli 1948 Meldungen über die beabsichtigte Bildung einer Ostregierung (x112/545): >>... Die in den letzten Tagen von der westlich lizenzierten Presse verbreitete Nachricht, der Deutsche Volksrat beabsichtige zur Bildung einer Ostregierung überzugehen, ist unrichtig.

Der deutsche Volksrat ist eine gesamtdeutsche Repräsentation und wird infolgedessen Fragen einer Regierungsbildung nur von diesem Standpunkt aus beurteilen.<<

### **14.07.1948**

Im sowjetischen Internierungslager Mühlberg erfolgt am 14. Juli 1948 eine größere Entlassungsaktion.

Ein sowjetischer Offizier verabschiedet die deutschen Häftlinge am 14. Juli 1948 mit folgenden Worten(x126/193): >>Im Auftrage der sowjetischen Militärregierung soll ich Ihnen mitteilen: Sie werden heute entlassen und sind von nun an frei und können gehen, wohin es beliebt.

Sie kehren zurück in das Deutsche Reich als gleichberechtigter Bürger und können jede Stellung in Verwaltung und Ökonomie annehmen:

"Sie sollen teilnehmen ... am Wiederaufbau Ihres Vaterlandes. Sie sollen sich fernhalten von der Politik Schumachers (westdeutscher SPD-Politiker, erbitterter Gegner Stalins) und arbeiten für den Sozialismus.

Sie sollen gute Freunde der Sowjetunion werden". ...<<

### **17.07.1948**

Der 19jährige Konrad W. berichtet aus dem sowjetischen Internierungslager Fünfeichen bei Neubrandenburg (x126/160-162): >>Täglich wurden hundert Leute entlassen, und das nach einer genau festgelegten Prozedur, die insgesamt 2 Tage in Anspruch nahm:

Vormittags Abholen der Kandidaten ins Südlager zum Aktenvergleich, Sachenkontrolle und Austausch von Kleidungsstücken, die nicht für die Entlassung taugten.

Dann in die Entlausung zum Duschen, anschließend nach nochmaliger Kontrolle der wenigen Habseligkeiten (damit nicht aus Versehen ein Brief oder Ähnliches hinausgeschmuggelt wurde) in eine der Steinbaracken am Lagereingang. Dort Übernachtung und am nächsten Tag Warten bis zum erneuten Aufruf zum Aktenvergleich (damit kein Falscher entlassen wurde), Aushändigung des Entlassungsscheines und des Reisegeldes mit Quittungsunterschrift (ich bekam 45 Coupon-Mark, die Währungsreform war gerade vorbei). Danach Umzug in die Entlassungsbaracke.

Am nächsten Tag dann Empfang der Marschverpflegung (ich erhielt anderthalb Brote und vielleicht 250 Gramm Zucker). Wer wollte, konnte sich ... die Haare schneiden oder sich rasieren lassen. Um 9 Uhr erfolgte die Entlassung, das heißt, die Leute wurden mit einem Last-

wagen zum Bahnhof Neubrandenburg gefahren. Dort war man dann frei!!!

So war für mich am 17. Juli 1948 der lang ersehnte Tag der Freiheit gekommen. Nur wer eine solch harte Zeit der absoluten Isolierung von der Außenwelt unter allen diesen ... Bedingungen durchgestanden hat, kann ermessen, wie uns zumute war. Ein solches Glücksgefühl ist einfach nicht zu beschreiben. Und im nachhinein denke ich an die niedergeschlagene Stimmung derjenigen, die erst nach weiteren 2 Jahren nach Hause durften.

Die Heimfahrt von Neubrandenburg in meinen Heimatort dauerte zu dieser Zeit 2 Tage. Aber was spielt das nach fast 3 Jahren Freiheitsentzug schon für eine Rolle.

Wir waren in Hochstimmung, aber je näher man dem Zuhause kam, desto mehr dachte man auch daran, was einen dort erwarten könnte.

Auf Grund der Tatsache, daß man ja seit 3 Jahren ohne jede Nachricht von Zuhause war, hatte ich eine gewisse Angst davor, es könnte böse Überraschungen geben. Deshalb hatte ich versucht, bei einem längeren Aufenthalt von Cottbus aus irgendeine Verbindung zum Heimatort herzustellen, was mir letztlich auch gelang. Die Folge war, daß es sich wie ein Lauffeuer herumgesprochen hatte, daß ein längst Verschollengeglaubter nach Hause kommen würde.

Ich war der erste Heimkehrer aus einem solchen Lager im Ort. Der Bahnhof war voller Leute. Für mich war das schon wieder ein schlimmer Augenblick, denn die Angst, möglicherweise wieder abgeholt zu werden, um erneut zu verschwinden, war groß.

Zehn Tage später waren die anderen Jungs auch zu Hause. Von 15 oder 16 Jugendlichen meines Heimatortes, die 1945 weggeholt wurden, waren 7 übriggeblieben. ...<<

Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 17. Juli 1948 "Von der Einheit des deutschen Buchhandels" (x112/553): >>... Eine Reihe süddeutscher und westdeutscher Städte entfalten auf buchhändlerischem und buchgewerblichen Gebiet in der letzten Zeit lebhaften Ehrgeiz und neue Kräfte: Stuttgart, München, Hamburg, Hannover oder Bielefeld und nicht zuletzt Frankfurt am Main haben beträchtliche Anstrengungen entwickelt.

Diese Aktivität ist allen Teilen förderlich, wenn sie sich der Tatsache bewußt bleibt, daß jede Bücherproduktion – gleichgültig in welcher deutschen Landschaft sie emporwächst – stets nur unentbehrliches Glied des einen deutschen Buchhandels ist.

Gerade in Leipzig, Buchhandelszentrale von je her durch Tradition und Leistung, lebt die Vorstellung, daß zwischen dem Schicksal des Buches und dem deutschen Schicksal überhaupt enge Verflechtungen bestehen. Wenn beispielsweise in der Deutschen Bücherei in Leipzig, jenem über die Zonenschranken hinweggreifenden Proviantmagazin des deutschen Geistes, Werke aus der sowjetischen, der französischen, der amerikanischen oder der englischen Zone einlaufen, so prägen sich in ihnen nicht vier verschiedene Gesichter.

Im freien Meinungs Austausch bildet sich die einheitliche Physiognomie, die notwendig ist, wenn wir in der Welt draußen als Deutsche erkannt und anerkannt werden wollen. Es muß überall begriffen werden, daß der Geist sich nicht aufteilen, sondern nur mitteilen läßt und daß wir die Welt nicht mit einer Vielheit von Physiognomien anblicken können.

Wir wollen nicht als Bayern, Württemberger oder Sachsen, nicht als West- oder Ostdeutsche, sondern eben als Deutsche in die Völkergemeinschaft zurückkehren.<<

### **22.07.1948**

Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 22. Juli 1948 in seiner sog. "Kernstaat-Rede" (x116/233): >>Wir glauben, daß der Kampf, den wir um Berlin führen, ein wichtiger Beitrag zur Eroberung der Souveränität der Deutschen ist ...

Daraus folgert, daß wir eines in Berlin und im Osten nicht ertragen können – das Verbleiben des Westens in seinem bisherigen politisch unentschiedenen Status.

Wir sind der Meinung, daß die politische und ökonomische Konsolidierung des Westens eine elementare Voraussetzung für die Gesundung auch unserer Verhältnisse und für die Rückkehr

des Ostens zum gemeinsamen Mutterland ist. ...<<

### **23.07.1948**

Der vorbereitende Ausschuß zur Gründung der Freien Universität in Berlin erklärt am 23. Juli 1948 (x112/556): >>... Es geht um die Errichtung einer freien Universität, die der Wahrheit um ihrer selbst willen dient.

Jeder Studierende soll wissen, daß er sich dort im Sinne echter Demokratie frei zur Persönlichkeit entfalten kann und nicht zum Objekt einseitiger Propaganda wird.

Jeder Dozent soll hier frei von Furcht und ohne einseitige Bindung an parteipolitische Doktrin lehren und forschen können.

Aus dem Geiste der Selbstbehauptung heraus, mit der sich unsere Stadt gegen die Blockade erhob, soll diese Universität erstehen und als geistiger Mittelpunkt des freiheitlichen Berlins der Gesundung Deutschlands dienen.<<

### **28.07.1948**

Der 17jährige Kurt N. berichtet über die Haft im sowjetischen Internierungslager Buchenwald bei Weimar (x126/181): >>... Die letzten Julitage waren sehr warm. 20 Tage nach den ersten Entlassungen schlug auch für mich die ersehnte Stunde, an die ich oft genug nicht mehr zu glauben wagte, wie alle von uns.

Am 28. Juli 1948 hörte ich abends nach dem Appell das letzte Mal meine Nummer 18.383. Sie war unter denen, die morgen aufhören sollte, für Namen Buchenwalder Häftlinge zu stehen. Unvergeßlich bleibt die letzte Nacht, in der ich kein Auge zumachte. Die innere Erregung war groß.

... Nach Appell und Empfang meiner Tagesration an Brot, Zucker und Kaffee wurden Hände gedrückt, und die kleine Gruppe aus meiner Baracke setzte sich durch einen Durchlaß im Stacheldraht, der den Barackenhof begrenzte, in Bewegung. Einer meiner zurückbleibenden gleichaltrigen Kameraden, Günter R. aus der Nähe von Luckau, stand mit tränenden Augen, die Hände am Stacheldraht und blickte mir nach. Für mich unvergeßlich.

Wir gaben unsere Klamotten in die Entlausung und bekamen sie danach wieder, konnten duschen und erhielten neue Kleidung. Alle bekamen einen von den im Lager nicht unbedingt fachgerecht geschneiderten grauen Anzügen aus billigem Stoff mit Fischgrätenmuster, ein bläuliches Stoffhemd, eine Mütze, Socken, Segeltuchschuhe und ein Handtuch. Von der Rückgabe persönlichen Eigentums, etwa Wertsachen, die den älteren Häftlingen nach ihrer Verhaftung abgenommen wurden, konnte keine Rede sein.

In den Mittagsstunden des 29. Juli 1948 verließen wir 200 Mann durch das Tor mit dem von den Nazis geschmiedeten Hohn ("Jedem das Seine") unser Lager. Das große eiserne Tor war noch immer mit ... Grün gestrichenen Brettern vernagelt.

Einzeln nahmen wir in einem niedrigen Gebäude vor dem Tor von einem grünbemützten Offizier unseren Entlassungsschein entgegen.

Genau um 13.50 Uhr hielt ich ihn in der Hand, meine zweite Geburtsurkunde. Jetzt war die Freiheit unumstößliche Wahrheit geworden.<<

### **06.08.1948**

Der brandenburgische Innenminister Bernhard Bechler (1911-2002) erklärt am 6. August 1948 während einer Tagung (x112/566): >>Je fortschrittlicher wir uns entwickeln, um so schärfer wird der Klassenkampf ...

Es wird behauptet, wir müssen zurück zu einem Rechtsstaat. Dem muß entgegengetreten werden, denn das würde nichts anderes bedeuten, als daß die alte Ordnung wieder neu aufgerichtet werden sollte ...

Wer heute die Frage der Selbstverwaltung zu stark in den Vordergrund rückt, in dem sehen wir rückschrittliche und reaktionäre Kräfte.<<



### **11.08.1948**

Der 18jährige Hubert P. berichtet über seine Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/104-105): >>... Auf eines ... warteten wir vergeblich: daß uns jemand sagte, warum wir Monat um Monat unter diesen unwürdigen Bedingungen vegetieren mußten und worin unsere Schuld bestand.

Ich hatte mich inzwischen mit meinem Los abgefunden. Von uns besaß nach zwei Jahren kaum noch jemand Hoffnung, entlassen zu werden. Wir lebten wie auf einem anderen Stern, verloren für die übrige Welt.

Völlig überraschend rief man mich am 11. August 1948 zur Lagerkommandantur. Dort mußte ich eine Verpflichtung unterschreiben, keinem Menschen von den Umständen meiner Haft zu erzählen, und bekam 20 Mark Entlassungsgeld.

Offiziell hatte ich mich als "Heimkehrer" zu bezeichnen.<<

### **21.08.1948**

Nach Auseinandersetzungen mit sowjetischen Soldaten werden am 24. August 1948 die Sektorengrenzen am Potsdamer Platz durch Stacheldrahtsperrern gesichert.

### **26.08.1948**

Nach einem weiteren Versuch von SED-Demonstranten, eine Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung gewaltsam zu sprengen, erklärt der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) am 26. August 1948 während einer Kundgebung vor dem Reichstagsgebäude (x112/576): >>Wir wissen, daß eine grausame, brutale, rücksichtslose, aggressive, imperialistische Macht den Willen hat, uns in die Knie zu zwingen, und ich wiederhole: wir haben nein gesagt, wir werden wieder nein sagen, und wir werden nein sagen, solange ein Atemzug in uns lebendig ist ...

Dieser unser Kampf um Berlin, er ist ein Kampf nicht nur um Berlin, er ist ein Kampf um Europa, und auf uns, auf das Schaufenster der demokratischen Freiheit, schauen die Völker auch im Osten.<<

### **31.08.1948**

In einem Memorandum der französischen Militärmission schlägt man den angloamerikanischen Siegermächten am 31. August 1948 in Berlin vor, die Massenauswanderung von 8 Millionen Deutschen (weitgehend eigentumslose Vertriebene) nach Übersee zu ermöglichen (x153/53).

### **12.09.1948**

Der sowjetische Oberst Tulpanow erklärt am 12. September 1948 im Berliner Lustgarten während einer Massenkundgebung zu Ehren der Opfer des Naziregimes (x112/589-590): >>... Die Kraft der Sowjetunion hat die militärische, wirtschaftliche und politische Macht des dritten Reiches zerschmettert.

Sie wird auch jene zerschmettern, die versuchen, ein viertes Reich zu schaffen. In dem Klimpern der Marshall-Pfennige hören wir das unheilverkündende Rattern der Panzerwagen, das Geheul der Minen und das Stöhnen der neuen Kriegsoffer.

Wir wissen: wer nicht das Opfer eines neuen Kriegs werden will, der muß ein treuer und standhafter Kämpfer des demokratischen Weltlagers sein. An der Spitze dieses Lagers aber steht eine gewaltige sozialistische Macht: die Sowjetunion.<<

### **13.09.1948**

Wegen Schändung der Sowjetflagge verurteilt ein sowjetisches Militärgericht am 13. September 1948 fünf deutsche Angeklagte (unter ihnen sind vier Jugendliche im Alter von 16-20 Jahren) zu 25 Jahren Zwangsarbeit (x112/590).

### **14.09.1948**

"Der Tagesspiegel" berichtet am 14. September 1948 über den SED-Kongreß der Widerstandskämpfer "Tag der Opfer des Faschismus!" (x116/243): >>Es fiel in dieser Kundgebung

nicht ein Wort über die Zustände, unter denen die Insassen der Konzentrationslager in der Ostzone leben müssen.

Allein die Tatsache, daß es solche Konzentrationslager ... noch und schon wieder gibt, in denen der Kommunismus mit den gleichen Methoden wie der Nationalsozialismus seine politischen Gegner spurlos verschwinden und zugrunde gehen läßt, diese Tatsache allein genügt, die pathetischen Gedenkworte für die Opfer des NS-Terrors als eine schamlos Heuchelei erkennen zu lassen.

Jene, die ihren Widerstand gegen die Hitlerdiktatur mit dem Leben bezahlten, wollten, daß das Ende des Dritten Reiches auch das Ende des Terrors, der politischen Verfolgung, der Konzentrationslager, der Gewalt sei. Daß dies in den Ländern der "Volksdemokratie", in der Ostzone Deutschlands und im Ostsektor von Berlin nicht der Fall ist, entwertet jedes Wort ...<<

### **16.09.1948**

Der SED-Parteivorstand gründet am 16. September 1948 zentrale und dezentrale Parteikontrollkommissionen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Parteikontrollkommissionen" in der SBZ (x009/320-321): >>... Aufgaben: Kampf gegen "Parteifeinde", Korruptionerscheinungen, Mißbrauch von Funktionen, gegen Karrieristen, "Verleumdung führender Genossen", Untersuchung aller Vergehen von Parteimitgliedern.

Die Parteikontrollkommissionen werden durch das ZK, die Bezirks- oder Kreisleitungen gewählt. Sie können folgende Strafen beschließen: Verwarnung, Rüge, strenge Rüge, Ausschluß aus der Partei.

Die Parteikontrollkommissionen sind auch für die Aufhebung oder Revision von Parteistrafen zuständig. Enge Zusammenarbeit mit dem SSD (Staatssicherheitsdienst). ...<<

### **22.09.1948**

Die DWK bildet am 22. September 1948 die "Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle" (ZKK).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kontrollkommissionen" in der SBZ (x009/227): >>"Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle" (ZKK) nach dem Statut vom 16.10.1958 "Kontrollorgan des Ministerrates zur Kontrolle der Verwaltungsorgane sowie der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Einrichtungen der DDR".

Sie ist 1952 aus der "Zentralen Kontrollkommission" hervorgegangen, hat jedoch nur einen Teil der Befugnisse der alten ZKK übernommen. Diese war von der DWK insbesondere zur Aufdeckung von Wirtschaftsverbrechen gebildet worden. Sie hatte das Recht, bei begründetem Verdacht strafbarer Handlungen die Polizei bzw. die Justiz verpflichtend zu beauftragen, Personen festzunehmen und Sachen sicherzustellen (Rundverfügung des Chefs der Justizverwaltung der SBZ vom 22.9.1948).

Die alte ZKK unterhielt Landeskontrollkommissionen (LKK) in jedem Land, Kreiskontrollbeauftragte und Volkskontrollausschüsse, die befugt waren, alle Einrichtungen der Verwaltung und der Wirtschaft, auch die Privatbetriebe, zu kontrollieren. 1952 wurde dieser Unterbau aufgelöst. ...

In "volkswirtschaftlich und staatspolitisch wichtigen Einrichtungen können zeitweilig Beauftragte für staatliche Kontrollen eingesetzt werden. Die Kontrollkommission hat die Aufgabe, die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen "mit dem Ziele der konsequenten Einhaltung und Durchführung der darin festgelegten im Interesse des siegreichen Aufbaus des Sozialismus" zu kontrollieren, und zwar in den zentralen und örtlichen Organen der staatlichen Verwaltung, der Wirtschaft, der Kultur, des Gesundheitswesens und des Sozialwesens. Nicht kontrolliert werden die Ministerien für nationale Verteidigung und Staatssicherheit und deren nachgeordnete Organe sowie die bewaffneten Kräfte des Ministeriums des Innern. ...

Die Bevollmächtigten der Kontrollkommission haben das Recht, verbindliche Weisungen zu erteilen sowie von den Leitern der zuständigen Organe die Durchführung von Disziplinarverfahren oder die Einleitung von Ordnungsstrafverfahren verpflichtend zu verlangen. Die Kontrollkommission kann ferner die Leiter der kontrollierten Einrichtungen zur Beseitigung festgestellter Mängel unter Fristsetzung auffordern.<<

### **23.09.1948**

Die DWK erläßt am 23. September 1948 die sog. "Wirtschaftsstrafverordnung" (eine Verordnung über die Bestrafung von Verstößen gegen die Wirtschaftsordnung).

§ 15 der Wirtschaftsstrafverordnung lautet (x112/595): >>... Besteht der dringende Verdacht, daß vom Inhaber oder Leiter eines Betriebes oder in einem Betriebe eine ... strafbare Handlung begangen worden ist, so kann in jeder Lage des Verfahrens die vorläufige Verwaltung des Betriebes durch einen Treuhänder ... (oder) eine Beschlagnahme des ... Vermögens angeordnet werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Wirtschaftsstrafverordnung" in der SBZ (x009/487): >>Kurzbezeichnung der "Verordnung über die Bestrafung von Verstößen gegen die Wirtschaftsordnung" vom 23.9.1948 ...

Die Wirtschaftsstrafverordnung soll die Durchführung der Wirtschaftsplanung und der Versorgung der Bevölkerung schützen; sie ersetzte die noch von dem nationalsozialistischen Gesetzgeber erlassene Verbrauchsregelungsstrafverordnung und Kriegswirtschaftsverordnung sowie die in den Ländern der SBZ nach 1945 ergangenen wirtschaftsstrafrechtlichen Bestimmungen.

Die in § 1 katalogisierten Wirtschaftsverbrechen sind mit Zuchthausstrafe bedroht, neben der auf Vermögenseinziehung erkannt werden kann. Die in den §§ 2-10 und 19 festgelegten Wirtschaftsvergehen werden mit Gefängnis bestraft; für schwere Fälle ist Zuchthaus bis zu 10 Jahren vorgesehen, neben dem auf Vermögenseinziehung erkannt werden kann. Außerdem sind in allen Fällen Geldstrafen in unbegrenzter Höhe und wirtschaftliche Strafmaßnahmen (Berufsverbot, Einsetzung eines Treuhänders, Betriebsschließung u.a.) zulässig. ...<<

### **25.09.1948**

Die sowjetische Regierung erklärt am 25. September 1948 (x112/596): >>... Die Sowjetregierung besteht darauf, daß die durch die separaten Maßnahmen der Westmächte geschaffene Lage bedeutet, daß sich die drei Regierungen nicht auf die souveräne Verwaltung der Westzonen Deutschlands beschränken, sondern gleichzeitig wünschen, auch an der Verwaltung von Währungs- und Finanzangelegenheiten in der sowjetischen Besatzungszone teilzunehmen, und zwar durch die Einführung ihrer separaten Währung in Berlin, das mitten in der Sowjetzone liegt, um dadurch die Wirtschaft der Ostzone Deutschlands in Unordnung zu bringen und letzten Endes die UdSSR zur Räumung ihrer Zone zu zwingen.<<

### **01.10.1948**

In der sowjetischen Zone und im Sowjetsektor Berlins wird am 1. Oktober 1948 der Deutsche Sportausschuß (DSA) gegründet (x112/601): >>... Nach Bildung der Kreissportausschüsse in allen Kreisen der sowjetischen Besatzungszone gehen wir nunmehr daran, unverzüglich in Dörfern und Städten, insbesondere aber in den großen volkseigenen Betrieben, demokratische Sportgemeinschaften ins Leben zu rufen. In allen Sportgemeinschaften wird ein breites kulturelles Leben entfaltet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Sport" in der SBZ (x009/412): >>Nach dem Zusammenbruch war jede sportliche Betätigung verboten.

Die Sportvereine wurden aufgelöst, das Vereinsvermögen wurde beschlagnahmt und durch die Sportdezernenten bei den Volksbildungsämtern der Kreise und Gemeinden verwaltet.

Am 1.10.1948 wurde durch den FDGB und die FDJ der Deutsche Sportausschuß (DSA) gebildet. Die sportliche Betätigung wurde immer mehr auf die neu gegründeten Betriebsport-

gemeinschaften (BSG) verlagert. ...<<

#### **06.10.1948**

Die Westberliner Militärregierungen ordnen am 6. Oktober 1948 an, rd. 350.000 Raummeter Holz zu fällen, um Brennstoffe für den Winter zu erhalten.

Der Waldbestand im Westen Berlins wird der dadurch bis Januar 1949 um zwei Drittel reduziert (x112/603).

#### **07.10.1948**

Der Parteivorstand der KPD erklärt am 7. Oktober 1948 (x112/603): >>Die demokratische Ordnung in Westdeutschland kann ... nur durch den revolutionären Massenkampf errungen werden. ...

Die Theorie von dem "besonderen deutschen, relativ friedlichen Weg zum Sozialismus" ist darum falsch.<<

#### **13.10.1948**

Der deutsche Bergmann Adolf Hennecke (1905-1975) stellt am 13. Oktober 1948 in der Kohlengrube "Karl Liebknecht" einen neuen Förderrekord auf.

#### **16.10.1948**

Die SED-Zeitung "Neues Deutschland" meldet am 16. Oktober 1948 (x156/49-50): >>Kumpel Hennecke weit voraus!

In der Grube "Karl Liebknecht" vom Steinkohlenwerk "Gottes Segen" in Zwickau hat der Kumpel Adolf Hennecke in einer Sonderschicht am 13. Oktober eine beispielgebende Leistung vollbracht, die die Aktivistenbewegung auf eine höhere Stufe stellt. Er förderte während seiner Achtstundenschicht mit dem Preßlufthammer 24,4 cbm Steinkohle, was bei einer Arbeitsnorm von 6,3 cbm je Schicht 380 % des Tagessolls bedeutet. Damit hat Hennecke die Leistungen der besten Häuer um 200 Prozent übertroffen.

Bei seiner Ausfahrt wurde Hennecke von den Kumpels, die sich vor der Anlage des Schachtes versammelt hatten, zu seiner außerordentlichen Leistung beglückwünscht. In einer Betriebsversammlung unter freiem Himmel wurde Hennecke von der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Revierdirektion ausgezeichnet. Der Häuer Hennecke ist bereits seit 26 Jahren in derselben Grube tätig und seit August als Instrukteur für die Arbeitsaktivisten eingesetzt, die durch sein Vorbild auf über hundert angewachsen sind.

... Er arbeitete vor Ort unter normalen Arbeitsverhältnissen in Einmannschicht, d.h. Förderung und Beladung wurden von ihm allein verrichtet. Hennecke übertraf sein Sondersoll und erreichte 380 %. Er erklärte zu seiner Leistung, daß bei richtiger Organisation des Arbeitsprozesses seine Leistung noch von manchem Kameraden nicht nur erreicht, sondern auch überschritten werden kann. Voraussetzung dazu ist die richtige Organisation des Arbeitsprozesses. Wie die Betriebsleitung des Steinkohlenwerkes mitteilt, haben bereits 3 weitere Kumpels eine Sonderschicht angemeldet.

Die Leistung des Häuers Adolf Hennecke ist der lebendige Beweis, daß es zur Erfüllung des Zweijahresplanes, zur Erfüllung der großen lebensnotwendigen Aufgabe der Produktionssteigerung vor allem der wirklichen Aktivisten der Arbeit bedarf. ... Und vor allem – muß man wissen wofür. Der Aktivist Adolf Hennecke weiß es! – Mit dem hier im Zwickauer Bergrevier erzielten Abbaurekord von 380 % der Norm ist der Anfang zu einer Aktivistenbewegung der höheren Stufe, die man eine "Hennecke-Bewegung" nennen könnte, gemacht worden.<<

#### **17.10.1948**

Das Zentralkomitee der SED beglückwünscht am 17. Oktober 1948 den erfolgreichen Aktivisten Hennecke per Brief zu seiner herausragenden Leistung (x156/50-51):

>>Lieber Genosse Hennecke!

Mit großer Freude haben wir von Deiner wegeisenden Tat erfahren. 380 % des Tagessolls – 24,4 Kubikmeter Steinkohle in einer Schicht – ist eine revolutionierende Leistung zur Erfül-

lung des Wirtschaftsplanes und eine schlagende Antwort auf die Marshallplanpolitik im Westen!

Du sagst, Deine Leistung sei nichts Besonderes – sie ist aber das krönende Ergebnis eines wohlüberlegten, mit eisernen Willen verfolgten Planzieles. ...

Du bist damit zum Vorbild unserer jungen Aktivistenbewegung geworden, um Dich stehen ebensolche Helden wie Du, denen wir gleich Dir die Hand drücken. ...

Wenn die Bewegung dazu führt, daß alle Kumpels ihre Leistungen um einen hohen Prozentsatz steigern, wird Deine Tat ihre wahre Bedeutung erreichen. Darum geht es jetzt, neben den Spitzenleistungen die Durchschnittsproduktion pro Kopf zu steigern, damit eine weitgehende Übererfüllung des Plansolls im deutschen Bergbau erreicht wird. Wir wissen, daß Kumpels und Genossen wir Ihr diese Aufgabe vollbringen werden. Ihr werdet damit das führende Beispiel für andere Wirtschaftszweige geben.

Dir lieber Genosse Hennecke, gebührt unser Dank und die besten Wünsche für die Erfüllung Deiner weiteren Pläne. Dir und Deinen Kumpels sowie der ganzen Grube "Karl Liebknecht" unsere besten sozialistischen Grüße!

Mit herzlichem Glückauf! ...<<

Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014) berichtet später über die "Hennecke-Bewegung" (x156/51-52): >>Die Sowjetisierung ging mit riesigen Schritten voran. Nachdem die Theorie des besonderen Weges zum Sozialismus verurteilt, die "Geschichte der KPdSU" zur Grundlage alle Lehrpläne gemacht, die Kritik- und Selbstkritikabende nach sowjetischem Muster eingeführt worden waren, wurde Mitte Oktober 1948 getreu nach sowjetischem Muster der deutsche Stachanow "entdeckt".

Am 13. Oktober hatte Adolf Hennecke in einem Stollen der Grube Karl Liebknecht im Zwickauer Kohlenrevier das bisher übliche Tagessoll um 380 Prozent überboten. Dies wurde – ähnlich wie 1935 bei Stachanow – sofort zum Ausgangspunkt einer mächtigen "Bewegung" gemacht. Ich erinnerte mich noch gut, wie wir in der Sowjetschule den Rekord Stachanows vom 31. August 1935 im Irmino-Schacht bei Stalino – Stachanow hatte die Norm mit 1.400 % erfüllt – bis zum Überdruß durchgenommen hatten.

Bei Hennecke war man bescheidener. Er hatte die Norm nicht mit 1.400 %, sondern nur mit 380 % erfüllt. Sonst war alles ebenso.

In der Sowjetunion hatte ich allmählich ein wenig über die Hintergründe der Stachanow-Bewegung erfahren: Wie lange man ein bestimmtes Arbeitsgebiet vorbereitet, besonders günstige Arbeitsbedingungen schafft, eine ganze Brigade damit beschäftigt, Zubringerdienste zu leisten, um dann den "Rekord" zu brechen. Ich hatte keine Illusion mehr darüber, und doch war ich erstaunt, mit welcher nüchterner Offenheit wir auf einer internen Lehrerbesprechung von Rudolf Lindau über die beginnende Hennecke-Bewegung informiert wurden:

"Wir wollen hier ganz offen sprechen. Wir befinden uns jetzt in der Zeit, da es sich als notwendig erweist, durch eine besondere Bewegung eine neue Einstellung zur Arbeit, einen neuen mächtigen Aufschwung der Arbeitsproduktivität zu erzielen. Solche Dinge gehen natürlich nicht spontan, sondern müssen sorgfältig geplant und organisiert werden. Bereits vor mehr als 2 Monaten haben die Besprechungen darüber begonnen. Es mußte zunächst die Frage geklärt werden, in welchem Teil der Zone der Ausgangspunkt einer solchen Bewegung zu liegen habe.

Nach längeren Diskussionen entschied man sich, diese Bewegung in Sachsen ins Leben zu rufen. Danach wurde die Entscheidung über den Industriezweig getroffen. Ähnlich wie in der Sowjetunion wurde der Bergbau als günstigster Ausgangspunkt erkannt. Sollte man nun einen jüngeren oder einen älteren Arbeiter zu dieser Funktion auswählen?

In der Sowjetunion hat man sich für einen Komsomolzen entschieden. Bei uns in der Zone liegen die Dinge anders. Die jüngere Generation der Arbeiter wird leichter für eine Aktivi-

stenbewegung zu gewinnen sein. Bei uns ist die Hauptfrage, einen Umschwung bei den älteren Industrie- und Facharbeitern zu erreichen. Daher wurde festgelegt, einen älteren Arbeiter auszuwählen.

... Nach eingehenden Beratungen entschied man sich für ein SED-Mitglied, um damit die Rolle der Partei in dieser wichtigen Frage deutlich zu unterstreichen. ...

Bei dieser Sicht stieß man auf Adolf Hennecke, der den gewünschten Anforderungen entsprach. Er ist jetzt 43 Jahre alt, seit über 20 Jahren im Bergbau, Mitglied unserer Partei und hat auch eine SED-Parteischule besucht.

Unerwartet gab es jedoch eine Schwierigkeit: Adolf Hennecke wollte zunächst nicht. Er fürchtete, seine Arbeitskollegen würden ihm diese Rolle übelnehmen. Erst als ihm die politische Bedeutung und auch seine eigenen Aufstiegsmöglichkeiten klargemacht wurden, erklärte er sich bereit, die Aufgabe zu übernehmen.

Am 13. Oktober erfolgte dann sein Rekord, und damit stehen wir nun am Ausgangspunkt einer Aktivistenbewegung."

Einige Tage später erschien ein Brief des Zentralsekretariats über Adolf Hennecke in allen Zeitungen der Sowjetzone. Es wurde von seiner "wegweisenden Tat" gesprochen, von seiner "revolutionären Leistung zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes", "die eine schlagende Antwort auf die Marshallplan-Politik im Westen" sei. Da ich wußte, wie die Sache wirklich vor sich gegangen war, wurde ich schamrot, als ich den Brief las:

"Hieraus geht klar hervor, daß Deine Tat als Ergebnis der in Dir lebendig gewordenen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, wie sie sich unter anderem in Karl Liebknecht, dessen Namen Deine Grube mit Stolz trägt, verkörpert. Sie ist das Ergebnis des sozialen Verantwortungs- und höchsten Pflichtbewußtseins gegenüber Deiner Partei, Deiner Klasse und unserem Volk".<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über Adolf "Hennecke" (x009/178-179): >>... 1946 Mitglied der SED, 1947 nach dem Besuch der SED-Parteischule in Meerane von Oberst Tulpanow (SMAD) auserlesen, der deutsche Stachanow (sowjetischer Bergarbeiter, der im Jahre 1935 die Leistungsnorm um das 14,5fache übertraf) zu werden. Nach sorgfältiger technischer Vorbereitung förderte Hennecke am 13.10.1948 in einem für den Abbau besonders günstigen Stollen der Grube "Karl Liebknecht" im Zwickauer Kohlenrevier ... 387 % des bis dahin üblichen Tagessolls ...

Dieser unechte Förderrekord wurde zum Anlaß genommen, die sowjetischen Stachanow-Methoden auf deutsche Arbeitsverhältnisse zu übertragen und in allen Betrieben die Arbeitsnormen zu erhöhen. Hennecke wurde Nationalpreisträger, verdienter Bergmann. 1949 Abteilungsleiter im Ministerium für Schwerindustrie. ... Seit April 1954 ist Hennecke Mitglied des ZK der SED.<<

### **22.10.1948**

Der "Deutsche Volksrat" veröffentlicht am 22. Oktober 1948 den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" (x156/64-65): >>Der deutsche Volksrat ist die einzige legitime Repräsentation des deutschen Volkes. Er fordert hiermit die Verwirklichung des Rechtsanspruchs des deutschen Volkes auf die Gestaltung seines staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, die Schaffung einer freien, demokratischen Republik und den Abschluß eines Friedensvertrages.

Er hat die konkreten Maßnahmen zur Beschreitung dieses Weges unternommen, legt hiermit dem deutschen Volk den Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik vor und stellt ihn zur freien Diskussion. Auf dem dritten Volkskongreß wird die Bilanz dieser Diskussion gezogen werden und diese Verfassung zur Beratung stehen.

Im Gegensatz zu dieser Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes zeigen die Verhandlungen des sogenannten Parlamentarischen Rates in Bonn, daß hier nicht nur

die Einheit der deutschen Nation, sondern auch die Demokratie preisgegeben werden. Die in Bonn ausgearbeitete Verfassung für den westdeutschen Staat dient dem Versuch, das deutsche Volk unter die Macht zu beugen, die sich die westlichen Besatzungsmächte entgegen den Verpflichtungen von Jalta und Potsdam angeeignet haben. Das Bonner Statut nimmt sowohl den Zustand der Besetzung als auch die Usurpation des größten Teiles der deutschen Wirtschaft durch ausländische Machthaber bedingungslos hin.

Die in ihm festgelegten Befugnisse deutscher Organe und Rechte deutscher Bürger widersprechen den Interessen des deutschen Volkes. Das zu errichtende westdeutsche Staatswesen ist ein Vasallenstaat und der Willkür fremder Mächte unterworfen. Ein Besatzungsstatut kann weder die Freiheit Deutschlands noch die seiner Bürger herstellen. Es bestätigt und verewigt nur den Zustand der Besetzung.

Die Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik kann nicht aus der Befehlsgewalt von Besatzungsmächten geboren werden, sondern sie muß dem eigenen und freien Willen des gesamten deutschen Volkes entspringen. Zu dieser Willensbildung ruft der Deutsche Volksrat das gesamte deutsche Volk auf.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Verfassung" der DDR (x009/454-455): >>Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik hat als Staatsgrundgesetz eine völlig andere Bedeutung als die Verfassung demokratischer Staaten. ...

#### 1. Entstehungsgeschichte

Die Verfassung ist nicht aus einer gewählten verfassunggebenden Versammlung hervorgegangen. Diese Rolle maßte sich vielmehr ein aus dem Zweiten Volkskongreß ... hervorgegangener "Deutscher Volksrat" an, dessen Mitglieder aus Delegierten der Parteien und Massenorganisationen bestanden. Er ließ durch einen Verfassungsausschuß den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" ausarbeiten, der am 22.10.1948 veröffentlicht wurde. ...

#### 2. Inhalt

Die Verfassung ist in ihrem Wortlaut weitgehend der Weimarer Reichsverfassung nachgebildet. So erscheint deren Art. 1 Abs. 2: "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" in der Fassung: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" (Art. 3 Abs. 1). Auch das Bekenntnis zu dem Grundgesetz freier Wahlen ist in der Verfassung der DDR in fast die gleichen Worte gekleidet wie in Art. 22 der Weimarer Reichsverfassung: "Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl ... gewählt (Art. 51 Abs. 2).

Insbesondere haben die Vorschriften über die Grundrechtsartikel der Weimarer Verfassung als Vorbild gedient; sie stimmen z.T. fast wörtlich überein. Wie die entsprechenden Normen des Grundgesetzes sind diese Artikel unmittelbar geltendes Recht. Ihr Sinngehalt ist jedoch ein völlig anderer als der gleichlautender Formulierungen der Verfassung rechtsstaatlicher Demokratien.

Denn die volksdemokratische Ordnung kennt nur das Primat der Gemeinschaft, nicht dagegen die Freiheit des einzelnen um des einzelnen willen. So ist auch der Schutz der Grundrechte vor Maßnahmen der Staatsgewalt denkbar schwach ausgestaltet und bezeichnenderweise jeder richterlichen Nachprüfung entzogen. ... Sämtliche Grundrechte stehen jedoch nur auf dem Papier und werden seit dem Inkrafttreten der Verfassung ständig und bewußt verletzt und sogar durch die Gesetzgebung in verfassungsmäßig unzulässigerweise Weise eingeschränkt.

... Scheint die Verfassung auf den ersten Blick wenigstens formal den Voraussetzungen eines demokratischen Staatsgrundgesetzes zu entsprechen, so genügt sie bei genauerer Betrachtung selbst diesen Anforderungen nicht. Der angeblich die völlige Volkssouveränität verkörpernden Volkskammer fehlt seit der Verwaltungsneugliederung auch das ohnehin bescheidene Regulativ der Länderkammer. Insbesondere aber ist die in allen Demokratien unumgängliche "dritte Gewalt", die richterliche, schwach ausgebildet und effektiv wirkungslos. Es gibt neben

der faktisch und gesetzlich nicht vorhandenen Unabhängigkeit der Richter nach dem Wortlaut der Verfassung kein Verfassungsgericht. ...<<

#### **24.10.1948**

Die Zeitschrift "Ost und West" erinnert am 24. Oktober 1948 an den 300. Jahrestag des Westfälischen Friedens und den Abschluß des 30jährigen Krieges (x112/612): >>Nach 30 jähriger Dauer starb der Krieg an der allgemeinen Erschöpfung.

Eine ähnliche Zerstörung hat ein großes Kulturvolk niemals zu erdulden gehabt. Um 200 Jahre wurde Deutschland in seiner Entwicklung zurückgeworfen; 200 Jahre hat es gebraucht, bis es wieder auf die ökonomische Höhe gelangte, die es zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges behauptete. ...<<

Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands in Ost-Berlin beginnt am 24. Oktober 1948 eine Kulturbund-Woche (x112/612): >>... (Um) 3 Jahre seiner überparteilichen, konsequent antifaschistischen Arbeit an der demokratischen Erneuerung des deutschen Geisteslebens sichtbar werden lassen.<<

#### **25.10.1948**

Der deutsche Schriftsteller Bertolt Brecht (1896-1956) schreibt am 25. Oktober 1948 nach seiner Rückkehr aus den Vereinigte Staaten über das total zerstörte Deutschland (x111/384): >>Der Anblick der ungeheuerlichen Verwüstungen erfüllt mich nur mit einem Wunsch: auf meine Weise dazu beizutragen, daß die Welt endlich Frieden bekommt.<<

#### **11.11.1948**

Am 11. November 1948 beginnt eine Verfolgungswelle gegen LDPD-Mitglieder.

#### **15.11.1948**

Die staatliche Handelsorganisation für Einzelhandelsunternehmen (HO) eröffnet am 15. November 1948 die ersten staatlichen "HO-Läden" in der sowjetischen Besatzungszone, in denen alle Waren ohne Bezugsscheine verkauft werden (x112/623).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "HO" in der SBZ (x009/181): >>HO (Abkürzung für Handelsorganisation; staatliches Einzelhandelsunternehmen, das zu überhöhten Preisen Mangelwaren verkauft) wurde durch Verordnung der DWK im November 1948 gegründet.

Als Begründung gab die DWK "Bekämpfung des Schwarzmarktes" an. Hauptzweck der HO-Gründung war, währungsgefährdende "überschüssige Kaufkraft" abzuschöpfen und zur Finanzierung der Staatsausgaben heranzuziehen.

Trotz Verbesserung der Versorgungslage und des Verschwinden des Schwarzmarktes wurde die HO nicht aufgelöst, sondern vor Abschaffung der Lebensmittelkarten sogar noch in den Vertrieb von bewirtschafteten Waren eingeschaltet. Preissenkungen, veranlaßt durch Produktionssteigerung bei Lebensmitteln und Verbrauchsgütern führten bislang nicht zu einer Verminderung der Staatseinnahmen aus der HO, da zum Ausgleich dafür immer mehr HO-Verkaufsstellen, HO-Kaufhäuser, HO-Gaststätten errichtet und immer mehr Warengattungen bevorzugt der HO für den Verkauf zur Verfügung gestellt werden.

30.9.1960 betrieb die HO insgesamt 39.404 Verkaufsstellen und Warenhäuser ...

Ursprünglich war die HO hauptsächlich auf den Verkauf von Lebensmitteln und Industriegüter eingestell. Sie hatte bis 1959 das Monopol für den Verkauf freier Waren. Inhaber privater Läden wurden durch ungenügende Warenteilungen in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht und veranlaßt, ihre Geschäfte zu Spottpreisen an die HO zu verkaufen. Man gab ihnen dann häufig die Möglichkeit, als HO-Angestellte in ihren eigenen Läden tätig zu werden. Auf diese Weise übernahm die HO seit 1951 u.a. Drogerien, Fleischerläden, Blumenläden, Modesalons, Juwelierläden usw.

Die HO ist somit nicht nur Instrument der staatlichen Währungspolitik, sondern gleichzeitig Werkzeug des Staates zur systematischen Vernichtung des privaten Einzelhandels.<<



Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Handel" in der SBZ (x009/171-172): >>Der überwiegende Teil des Groß- und Einzelhandels in der SBZ wird von staatlichen Handelsorganisationen durchgeführt. ...

Am stärksten wurde von den Sozialisierungsmaßnahmen der Großhandel betroffen; nur noch ca. 3 % des gesamten Großhandelsumsatzes entfallen auf Privatfirmen. Die Deutschen Handelszentralen übernahmen 1949/50 schon weitgehend den Großhandel mit Industriewaren, und auch vom Versorgungshandel der Produktion mit Grundstoffen und Produktionsmitteln wurde der private Handel sehr früh ausgeschaltet.

Der private Einzelhandel konnte sich gegenüber HO und Konsumgesellschaften bis 1960 mit einem Umsatzanteil von ca. 20 % behaupten. ...

Der private Einzelhandel wurde hauptsächlich durch unzureichende Belieferung mit Waren und durch Senkung der Handelsspannen benachteiligt, die von der Industrie- und Handelskammer festgelegt werden. In den sozialistischen Handelsapparat wurde er dadurch einbezogen, daß man die Einzelhändler zum Abschluß von Agenturverträgen, später von Kommissionsverträgen nötigte. Groß- und Einzelhandel üben kaum noch echte Handelsfunktionen aus. ... Die vielfachen Versorgungsmängel sollen im Bereich des Konsumgüterhandels durch die Organe der staatlichen Handelsorganisation und der Arbeiterkontrolle beseitigt werden.

Zum Einzelhandel zählen in der SBZ auch die Gaststätten und das Beherbergungsgewerbe, die nach den gleichen Bedingungen mit Waren beliefert werden. Die Lage auf dem Baumarkt und die Unterbindung der Privatinitiative ließen Kapazitätserweiterungen im Beherbergungsgewerbe nur in beschränktem Maße zu, so daß auch heute noch empfindlicher Mangel an Übernachtungsmöglichkeiten besteht. Neue oder renovierte Hotels gibt es aus Prestige Gründen in Ost-Berlin, in der Messestadt Leipzig und anderen wirtschaftlich bedeutenden Orten.

Privater Gaststätten und Beherbergungsbetriebe werden ebenfalls zwangsweise zu Kommissionsverträgen oder Staatsbeteiligungen veranlaßt. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Staatsbeteiligungen" in der SBZ (x009/417-418): >>Ähnlich wie in China im Jahre 1954 ist man in der SBZ Anfang 1956 dazu übergegangen, gemischte staatlich-private Betriebe zu schaffen, die "auf einem friedlichem Wege in sozialistische Betriebe umzugestalten" sind. ...

Nachdem die funktionale Selbständigkeit der Privatbetriebe schon seit Beginn der langfristigen Planwirtschaft nicht mehr besteht, wird nunmehr auch die noch vorhandene Kapitalbasis überfremdet.

Bisher wurde bei dieser Staatsbeteiligung formell die alte Rechtsform der Kommanditgesellschaft (KG) gewählt, wobei der Staat mit seiner Kapitaleinlage als Kommanditist (Gesellschafter mit Teilhaftung) in die neue Gesellschaft eintritt und der ehemalige private Unternehmer Komplementär (Gesellschafter mit Vollhaftung) und Geschäftsführer wird. ...

Wenn auch diese neuen Gesellschaften gegenüber den anderen Privatunternehmen besondere Vorteile genießen, so begeben sie sich doch stark in die Hand des Staates und der staatsgewerkschaftlichen Kontrolle.

Sie erhalten bestimmte Produktionsaufgaben, Materialkontingente und Lizenzen für Kapazitätserweiterung direkt von den betreffenden Verwaltungsorganen.

Der FDGB ist für die Produktion dieser Betriebe mitverantwortlich. ...

Der Einfluß der SED in diesen Betrieben wird laufend vergrößert. Private Komplementäre werden gezwungen, in die SED einzutreten und politische Schulungskurse zu besuchen. ...<<

### **17.11.1948**

Im Verlauf der Aktivistentagung der SED-Lehrer wird am 17. November 1948 gefordert, die Umwandlung der Schule in eine politische Erziehungsstätte der SED und FDJ durchzusetzen (x112/624): >>... Nur derjenige Lehrer ist auf dem besten Wege, nicht nur ein Parteimitglied, nicht nur ein guter Parteifunktionär, ... sondern ein qualifizierter fortschrittlicher Pädagoge zu

werden, der sich mit der marxistischen Erziehungswissenschaft, wie sie ... von Lenin und Stalin weiterentwickelt worden ist, ... vertraut macht, sie ... anzuwenden lernt.<<

#### **27.11.1948**

Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) beklagt sich am 27. November 1948 während einer großen Wahlkundgebung über Adenauers zurückhaltende Berlinpolitik (x112/628): >>Er lebt an seinem schönen Rhein, und ich kann verstehen, daß er an seiner schönen Heimat hängt.

Aber Berlin gehört auch noch zu Deutschland, und hinter Berlin gibt es auch noch allerhand, was zu Deutschland gehört. ...<<

#### **30.11.1948**

Das sowjetische Internierungslager Fünfeichen ("Speziallager Nr. 9") wird am 30. November 1948 aufgelöst. Die restlichen 3.000 Häftlinge werden in die sowjetischen Internierungslager Buchenwald oder Sachsenhausen gebracht.

Von Juli 1945 bis November 1948 sterben im sowjetischen Internierungslager Fünfeichen etwa 7.000 deutsche Häftlinge. Etwa 1.000 Inhaftierte werden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/152).

#### **November 1948**

Das sowjetische Internierungslager Mühlberg ("Speziallager Nr. 1") wird im November 1948 aufgelöst. Etwa 3.500 deutsche Häftlinge werden ins sowjetische Internierungslager Buchenwald oder in das Zuchthaus Bautzen gebracht.

Von September 1945 bis November 1948 sterben im sowjetischen Internierungslager Mühlberg etwa 8.000 Häftlinge. Etwa 3.000 Inhaftierte werden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/111).

#### **06.12.1948**

Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 6. Dezember 1948 vor der Presse (x112/634): >>... Heute rufen wir die Völker der Welt, sich diese traurige Stadt anzusehen.

Wir fragen Sie, wie lange noch wollen Sie es dulden, daß wir unter solchen Umständen leben sollen.

Zerbrecht die Blockade, dieses grausame Mittel, mit dem man ein freies Volk in die Knie zwingen will.<<

#### **07.12.1948**

Das Volksgericht Glauchau in Sachsen verurteilt am 7. Dezember 1948 mehrere Angeklagte wegen Wirtschaftssabotage zum Tod.

#### **13.12.1948**

Die Jugendorganisation "Junge Pioniere" (Uniform = weißes Hemd mit blauem Halstuch) wird am 13. Dezember 1948 als Unterorganisation der FDJ für 10- bis 14jährige gegründet (das Aufnahmealter wird in den folgenden Jahren auf 6 Jahre festgesetzt). Die Leitung dieser Organisation übernimmt Margot Feist, die später Erich Honecker heiratet.

#### **21.12.1948**

Die 3 westlichen Besatzungsmächte bilden am 21. Dezember 1948 eine Westberliner Kommandantur.

#### **24.12.1948**

Die Tageszeitung "Neues Deutschland" berichtet am 24. Dezember 1948, daß mindestens 40.000 ehemalige deutsche Soldaten als französische Fremdenlegionäre in Indochina kämpfen (x112/639).

Der SED-Vorsitzende Otto Grotewohl erklärt am 24. Dezember 1948, daß sich noch etwa 300.000 deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion befinden (x112/639).

## **25.12.1948**

Das Leipziger "Börsenblatt" fordert am 25. Dezember 1948 ein gesamtdeutsches Schrifttum (x112/639): >>... So eingreifend und wirksam Zwangsmaßnahmen der Besatzungsmächte in allen Fragen der äußeren Lebensgestaltung unseres Volkes sein mögen – solange es deutsche Menschen gibt, die eine deutsche Sprache sprechen, werden sie auch um die geistige Durchdringung und Bewältigung ihrer Erfahrungen und um die Gewinnung fruchtbarer Einsichten ringen. Hierfür können und werden sie auf das gesamtdeutsche Schrifttum nicht verzichten.<<

## **31.12.1948**

Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) berichtet am 31. Dezember 1948 während seiner Silvesteransprache im Rundfunk über die Lage in Berlin (x112/640-641): >>... Dunkel sind die Abende, kalt sind die Wohnungen, und was das Allerschlimmste ist, wir sind abgeschnitten von jeder Berührung mit der Außenwelt

...

Wir hoffen alle, daß ... diese Stadt im Jahre 1949, oder, wenn es noch länger dauern soll, jedenfalls bald danach wieder den Platz in Deutschland einnehmen wird, der ihr zukommt, den Platz, der es ihr ermöglicht, der Mittelpunkt von ganz Deutschland zu werden, vom Deutschland des Westens, der Mitte und von dem Deutschland des Ostens.<<

Nach offiziellen Angaben des Berliner Dreimächtekomitees sind 3.478.600 deutsche Wehrmachtssoldaten noch nicht aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt (x112/641).

## **1948**

Der deutsche Schriftsteller Bertolt Brecht (1896-1956) schreibt im Jahre 1948 über das kommunistische Tabuthema "Sowjetische Befreiungsmission 1945" (x037/33): >>Immer noch nach 3 Jahren zittert unter den Arbeitern, höre ich allgemein, die Panik - verursacht durch die Plünderungen und Vergewaltigungen - nach, die der Eroberung von Berlin folgten.

In den Arbeitervierteln hatte man die Befreier mit verzweifelter Freude erwartet, die Arme waren ausgestreckt, aber die Begegnung wurde zum Überfall, der die siebzehnjährigen und zwölfjährigen nicht schonte und in aller Öffentlichkeit vor sich ging.

Es wird berichtet, daß die russischen Soldaten noch während der Kämpfe von Haus zu Haus, blutend, erschöpft, erbittert ihr Feuer einstellten, damit Frauen Wasser holen konnten, die Hungrigen aus den Kellern in die Bäckereien geleiteten, die unter Trümmern Begrabenen ausgraben halfen.

Aber nach dem Kampf durchzogen betrunkene Horden die Wohnungen, holten die Frauen, schossen die Widerstand leistenden Männer und Frauen nieder, vergewaltigten vor den Augen der Kinder, standen in Schlangen an vor den Häusern. ...<<

Der deutsche Diplomat und Schriftsteller Carl-Hermann Mueller-Graaf (1903-1963) schreibt im Jahre 1948 in seinem Buch "Irrweg und Umkehr" über den preußischen Staat (x056/33): >>"Altpreußisch", das bedeutete einfach, bescheiden, schlicht, gewissenhaft, treu, fleißig, bedürfnislos und hart gegen sich selbst zu sein.

"Altpreußisch", das sind jene sittlichen Kräfte, aus denen heraus vom "Großen Kurfürsten" bis auf den Vater Friedrichs, den "Soldatenkönig", die Hohenzollern aus der namenlosen Enge und Armut ... ein blühendes Land zu machen wußten ...

Doch meinen die Preußenhasser, wenn sie vom Geist Preußens sprechen, wohl vor allem einen Geist der Eroberung, der Gewalt, der Unterdrückung, des Unrechts ... wie er sich vor allem in der Gestalt Friedrichs verkörpern soll. Sie sind der Überzeugung, daß dieser Mann als der erste "Kriegsverbrecher" des Zweiten Weltkrieges anzusehen sei. Allzuoft hat man schließlich aus deutschem Munde etwas von der Linie gehört, die von Friedrich über Bismarck zu Hitler führen soll ...<<

Die Besatzungsmächte kümmern sich im Jahre 1948 weiterhin in erster Linie um die Abwick-

lung des "Bevölkerungstransfers" der Ost- und Volksdeutschen, während man die schwierige wirtschaftliche, politische und soziale Eingliederung der Vertriebenen größtenteils den deutschen Behörden überläßt. Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Ost-Mitteleuropa müssen in den mittel- und westdeutschen Besatzungszonen untergebracht werden. Diese "Umsiedler" verändern maßgeblich die soziale Struktur Deutschlands.

Der einzige Willkommensgruß für die Heimatlosen ist gewöhnlich nur eine karge Mahlzeit. Wer keine Verwandten im Westen hat, muß sehen, wo und wie er unterkommt. Die einheimischen Hauseigentümer und Mieter von großen Wohnungen müssen vielerorts Räume an die unerwünschten Landsleute abtreten. Während dieser Zwangseinweisungen kommt es ständig zu Reibereien mit den Einheimischen, denn fast niemand will die Fremden freiwillig aufnehmen. In vielen Landkreisen und Gemeinden muß man Wohnräume mit Waffengewalt beschlagnahmen, um die heimatlosen Neuankömmlinge unterzubringen.

Ein Zeitzeuge schreibt im Jahre 1948 über diese radikalen Zwangseinweisungen (x153/25):  
>>Jedes Haus steht dem Zugriff offen. Man findet das fast schon selbstverständlich, muß sich aber doch einmal klarmachen, wie ungeheuerlich die Belegung der Häuser und Wohnungen mit fremden Familien ... ist.<<

Die gewaltsamen Beschlagnahmungen bzw. die willkürlichen Zwangseinweisungen führen vielerorts zu offenen Feindseligkeiten zwischen den Einheimischen und Vertriebenen. Die "Neubürger" aus dem Osten werden nicht selten mit böartigen Schimpfwörtern und abfälligen Bemerkungen (wie z.B. "Kartoffelkäfer", Polacken usw.) begrüßt.

Fast alle "Neubürger" verlieren während der Flucht oder Vertreibung ihren gesamten Besitz. Die Arbeitslosigkeit unter den Zugewanderten ist überdurchschnittlich hoch. Vor allem für die Jugendlichen ist es ein großer Nachteil, daß die meisten Vertriebenen in kleineren Dörfern untergebracht werden, denn dort gibt es kaum Ausbildungsplätze.

In dieser bitteren Zeit der unvorstellbaren sozialen Verelendung müssen die Frauen zwangsläufig die Hauptlast tragen, denn Millionen von deutschen Männern müssen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als Kriegsgefangene jahrelang Zwangsarbeit leisten. Viele Frauen gehen nicht selten barfuß und hungern für ihre Kinder.

Sie müssen nicht nur bei der Verteilung der Lebensmittelrationen stundenlang Schlange stehen oder anstrengende "Hamsterfahrten" unternehmen, sondern sie leisten außerdem unentwegt schwerste Aufräumarbeiten. Zwischen den Trümmerbergen sieht man überall abgezehnte und schmal gewordene Frauen und alte Männer. Sie beseitigen Schutt, stapeln Klinkersteine aufeinander und sammeln jedes Stück Eisen oder Draht.

Nicht nur ungezählte Wohnungen liegen in Schutt und Asche, auch die Heimatlosen und Heimkehrer sind oft gebrochene Menschen. Fast alle Deutschen sind unentwegt mit dem täglichen gnadenlosen Überlebenskampf beschäftigt und nehmen fast alle politischen Ereignisse der Nachkriegsjahre teilnahmslos hin.

### **01.01.1949**

Im Rahmen der Bodenreform hat man bis zum 1. Januar 1949 in der SBZ bereits 11.390 private Landwirtschaftsbetriebe enteignet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Bodenreform" in der SBZ (x009/79): >>Die sog. Bodenreform der SBZ erfolgte auf Betreiben der sowjetischen Besatzungsmacht.

Ihre Grundlage sind Verordnungen der damaligen 5 Länder- bzw. Provinzverwaltungen (3.9.1945: Provinz Sachsen, 6.9.1945: Provinz Mark Brandenburg, 7.9.1945: Land Mecklenburg-Vorpommern, 11.9.1945: Land Sachsen, 12.9.1945: Land Thüringen).

Die Bodenreform wurde offiziell begründet als "unaufschiebbare, nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit". Entschädigungslos enteignet wurden alle Privatbetriebe über 100 ha Betriebsfläche sowie Betriebe von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten". Mit der Ent-

eignung war die Vertreibung der ehemaligen Besitzer und ihrer Familien verbunden. Die Gutshäuser wurden zum großen Teil "als Wahrzeichen des Feudalismus" abgerissen.

Bis 1.1.1949 wurden aus Privatbesitz über 100 ha 7.112 Güter mit 2,5 Millionen ha, aus Privatbesitz unter 100 ha 4.278 Betriebe mit 124.000 ha enteignet. Zusammen mit dem Landbesitz des Staates, der Länder, Provinzen, Städte und Gemeinden ergaben sie einen Bodenfonds von rund 3,22 Millionen ha Land- und forstwirtschaftlicher Fläche.

Dieser Bodenfonds wurde verteilt: an 119.530 landlose Bauern und Landarbeiter 924.365 ha; an 89.529 Vertriebene 754.976 ha; an 80.404 landarme Bauern 270.949 ha; an 45.403 Kleinpächter 43.969 ha; an 169.427 Arbeiter und Handwerker 111.203 ha; an 39.786 Altbauern (Waldzulagen) 60.140 ha. Rund 550 Betriebe wurden als Spezialbetriebe für Saatzucht-, Tierzucht- und Forschungszwecke in "Volkseigentum" übergeführt (Volkseigene Güter).

Das den Bodenempfängern durch die Bodenreform zugeteilte Land war von ihnen zu bezahlen; der Preis je ha betrug den Gegenwert von etwa 1.000-1.500 kg Roggen; der Preis für Waldstücke wurde den örtlichen Verhältnissen entsprechend von den Bodenkommissionen festgesetzt. Die Bezahlung konnte in bar oder natura in Raten bis zu 20 Jahren erfolgen. Bodenreform-Land darf weder ganz noch teilweise verkauft werden, es ist auch nicht teil- oder verpfändbar. Über die Landzuteilung wurde eine Urkunde ausgehändigt. Die neuen Besitzverhältnisse wurden grundbuchamtlich festgelegt, die Grundbuchblätter über die früheren Eigentumsverhältnisse amtlich verbrannt.

Gemäß Befehl 209 der SMAD sollte durch ein Bodenreform-Bauprogramm die Errichtung von Gehöften für rd. 209.000 Neubauern mittels Baumaterial- und Kreditbereitstellung ermöglicht werden. Unüberwindbare Schwierigkeiten der Materialbeschaffung haben die Verwirklichung dieses Programms verhindert ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Bauern" in der SBZ (x009/55-56): >>... Die in der SBZ geläufigen Bauern-Begriffe erfahren willkürlich veränderte Ausdeutungen nach kommunistischen Grundsätzen.

Im Sinne des Klassenkampfes auf dem Lande wird differenziert zwischen "werktätigen" Kleinbauern mit "reiner Warenproduktion" ohne jede Kapitalakkumulation und "Ausbeutung" fremder Arbeitskräfte sowie zwischen Mittel- und Großbauern (bis bzw. über 20 ha Nutzfläche), die angeblich "kapitalistische" Merkmale in mehr oder weniger starkem Maße aufweisen und also Zielscheibe des Kampfes sind.

Die Unterscheidung zwischen Alt- und Neubauern war eine Folge der Bodenreform; nach 1952 wurde zwischen Einzel- und Genossenschaftsbauern unterschieden. Der Kampf gegen die "Großbauern" wurde immer mehr zu einem Kampf gegen die noch privat wirtschaftenden Einzelbauern, unabhängig von der Größe ihrer Betriebe.<<

Das Präsidium des Deutschen Volksrates der sowjetischen Zone erklärt am 1. Januar 1949 (x112/647): >>... Das abgelaufene Jahr brachte mit der imperialistischen Zerreißung Deutschlands durch die Remilitarisierung Westdeutschlands und durch die amerikanische Annektion des Ruhrgebietes eine schwere Bedrohung der Sache des Friedens.<<

### **12.01.1949**

Die Deutsche Verwaltung des Innern ordnet am 12. Januar 1949 die faktische Gleichstellung aller freien kulturellen Vereinigungen in der sowjetischen Zone an (x112/651): >>Der Kampf für die Erfüllung des Zweijahresplanes macht die Entfaltung einer Massenkulturarbeit erforderlich. ... Zur Förderung der Volks- und Laienkunst in künstlerischen und materiellen Fragen sollen deshalb die schon bestehenden Gruppen und Vereine in die demokratischen Massenorganisationen eingegliedert und durch sie weiterentwickelt werden.

In den Betrieben werden die bestehenden Volkskunst und volksbildenden Gruppen aller Art – außer den Jugendgruppen – der Betriebsorganisation des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes angegliedert. ...

Die demokratischen Massenorganisationen, FDGB, FDJ, DFD, Kulturbund, Bund Deutscher Volksbühnen, Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, haben im Rahmen ihrer Aufgaben das Recht, lokale (örtliche) Volkskunst und volksbildende Gruppen zu bilden und zu unterhalten.<<

#### **22.01.1949**

"Der Tagesspiegel" ruft die Berliner am 22. Januar 1949 zum Widerstand auf (x116/30):

>>OSTBERLINER: Passiver Widerstand ist euere Antwort auf den Stadt-Sowjet. ...

Verweigert die Teilnahme an den Versammlungen und Aufmärschen des kommunistisch regierten "Demokratischen Blocks"; die Unterschriften unter Listen der offenen und getarnten kommunistischen Organisationen wie des "Demokratischen Frauenbundes"; die Mitarbeit in den volkseigenen Betrieben; die Auskünfte der Hausobleute, die euch kontrollieren und denunzieren sollen.

Boycottiert die russisch lizenzierten Zeitungen, die samt und sonders deutschfeindlich sind; die Erzeugnisse der "volkseigenen" Betriebe oder "Treuhand"-Betriebe; die Bücher aus den "Staatsverlagen"; die "Staats"-Theater des illegalen Stadt-Sowjet. ...

WESTBERLINER: Fallt euren Mitbürgern nicht in den Rücken. Unterstützt keine der vom Stadt-Sowjet, von der SED oder einer ihrer Gliederungen kontrollierten Einrichtungen. Beobachtet die Lauen und Schwankenden unter euch. Stellt euch hinter die vom Oberbürgermeister Reuter geleitete Regierung Berlins.

Fordert die Westmark als alleiniges Zahlungsmittel, den wirtschaftlichen und den politischen Anschluß an Westdeutschland, freie Verkehrswege zwischen Berlin und dem Westen, kulturelle Souveränität und intensive Pflege künstlerischen Lebens in Westberlin.<<

#### **24.01.1949**

Das Politbüro übernimmt am 24. Januar 1949 die Leitung des Zentralkomitees der SED.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Politbüro" (x009/330-331): >>... Den Weisungen des SED-Politbüros, das die Richtlinien seiner Arbeit vom Präsidium der KPdSU erhält, sind faktisch sowohl die Partei-Apparate der SED als auch sämtliche Massenorganisationen und der Staatsapparat der SBZ unterworfen.

Sitzungen des Politbüros finden in der Regel wöchentlich statt. An wichtigen Sitzungen nimmt der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin teil. Das Politbüro wurde im Januar 1949 im Zuge der Angleichung des SED-Apparates an die Struktur der KPdSU gegründet; es übernahm die Funktion des im Juli 1950 auch offiziell aufgelösten Zentralsekretariats. ...

Alle Mitglieder und Kandidaten werden ständig von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes begleitet ("Schatten") und wohnen in einem von Außenwelt hermetisch abgeschlossenen Reservat in Wandlitz bei Berlin.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Zentralkomitee" (x009/502): >>... Das Zentralkomitee soll mindestens alle 4 Monate tagen.

Gemäß Statut soll das ZK die Vertreter der Partei in den höchsten leitenden Stellen des Staatsapparates und der Wirtschaft bestimmen, die Kandidaten für die Volks- und Länderkammern bestätigen. Es hat das Recht, zwischen den Parteitagen "Parteikonferenzen" einzuberufen.

Die eigentliche Parteiführung und politische Macht liegen jedoch nicht bei diesem, lediglich vorliegende Beschlüsse annehmenden, repräsentativen erweiterten Vorstand, sondern in den Händen des Politbüros, des Sekretariats und der nicht gewählten Abteilungsleiter und Mitarbeiter des ZK. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Sekretariat des ZK der SED" (x009/391): >>... Nach dem Modell des Sekretariats der KPdSU hat Ulbricht als 1. Sekretär die Befugnisse des Sekretariats des ZK weit über die statutenmäßig festgelegten Aufgaben erweitert.

Den Mitgliedern des Sekretariats des ZK unterstehen die einzelnen Fachabteilungen des ZK. Über sie sowie über die Büros der SED-Bezirks- und Kreisleitungen lenkt und kontrolliert das Sekretariat des ZK den gesamten Parteiapparat und die Parteiorganisation der SED. Es gibt keinen staatlichen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich, der nicht vom Sekretariat des ZK beaufsichtigt und angeleitet wird.

Im Gegensatz zur KPdSU ist jedoch die oberste Entscheidungsinstanz der SBZ das Politbüro, dem sämtliche Mitglieder des Sekretariats als Mitglieder oder Kandidaten angehören. ...<<

#### **27.01.1949**

Walter Ulbricht erklärt am 27. Januar 1949 während der ersten Parteikonferenz der SED (x112/656): >>... Wir betrachten Berlin nicht etwa als eine Stadt oder als ein Land der Ostzone, sondern Berlin heißt die Hauptstadt Deutschlands.

Wir haben deshalb auch nicht die Absicht, Berlin in die Ostzone einzugliedern.<<

In Leipzig beginnt am 27. Januar 1949 die sog "Literarische Reform der Leihbüchereien" (x112/656-657): >>... Da der ideologische Klärungsprozeß in unserer Zone gewaltige Fortschritte gemacht hat und mehr und mehr auch zur Stärkung eines neuen kulturellen Bewußtseins führte, ist es an der Zeit, auch im Hinblick auf das vorhandene Unterhaltungsschrifttum neue Maßstäbe anzulegen.

Die Leipziger Leihbuchhändler beschließen deshalb in ihrer heutigen Fachversammlung einstimmig, zunächst sämtliche noch vorhandene Bücher nachfolgender Autoren aus den Buchbeständen zu entfernen und zu vernichten:

Eufemia von Adlersfeld-Ballestrem, Friede Birkner, Walter Bloem, Hedwig Courths- Mahler, Natalie von Eschstruth, Rudolf Herzog, F. Lehne (Helene Butenschön), E. Marlitt (Eugenie John), Anny von Panhuys, Gert Rothberg (Gertrud Jähne), Friedrich von Schlicht (Wolf Graf von Baudissin), Rudolf Stratz, Anny Wothe (Anny Mahn).

Eine Ausleihe dieser Bücher erfolgt ab sofort nicht mehr.<<

#### **03.02.1949**

Das Präsidium des Deutschen Volksrates der sowjetischen Zone berichtet am 3. Februar 1949 über die drohende Zerstückelung Deutschlands (x112/660): >>... Wir stehen in unserem Kampfe nicht allein. Die mächtige Sowjetunion, die Völker Ost- und Südosteuropas, die fortschrittlichen Parteien Westeuropas unterstützen unsere Forderungen in Wort und Tat.<<

#### **05.02.1949**

Walter Ulbricht fordert am 5. Februar 1949 während einer Konferenz der Hennecke-Aktivistinnen (x112/661): >>... Die Überschreitung der technisch begründeten Normen durch bessere Arbeitsorganisation, durch das Rechnen mit jeder Minute, durch die größte Sorgfalt in der Arbeit. ...

Organisation des Wettbewerbs, Entfaltung der Hennecke-Bewegung zu Massenwettbewerben aller Werktätigen. Organisierung der Produktionsberatungen, Verbesserung der Qualität der Produktion, Einsparung von Material. ...

Breiteste Anwendung des Leistungslohnes, offene Stellungnahme gegen die Gleichmacherei.<<

#### **09.02.1949**

Die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) ordnet am 9. Februar 1949 die Einführung von Planungs-, Materialversorgungs- und Statistikabteilungen an (x112/663): >>Bei den Räten der kreisfreien Städte und Landkreise sind Abteilungen "Planung, Materialversorgung und Statistik" zu bilden. Der Leiter der Abteilung untersteht dem Oberbürgermeister bzw. Landrat. ...

(Sie haben) die Erstellung und Durchführung der volkswirtschaftlichen Pläne zu gewährleisten, die Verteilung der Kreiskontingente nach den Weisungen der Hauptabteilung Materialversorgung durchzuführen, durch systematische Überwachung der Bedarfsanforderungen eine reale Bedarfsermittlung zu garantieren und unverhältnismäßig hohe Bestände und widerrecht-

lich beschaffte Materialien im Einvernehmen mit dem zuständigen Kontingenträger umzu-  
disponieren, die volkswirtschaftlichen Pläne abzurechnen.<<

### **26.02.1949**

Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 26. Februar 1949 anlässlich des 50. Geburtstages des deutschen Schriftstellers Erich Kästner (x112/668): >>... Er weicht nicht aus und deckt die soziale, politische und menschliche Problematik mit respektloser Offenheit auf. In einem Panoptikum seiner Zeit marschieren die Typen auf: der Bankier und Generaldirektor, die Aktionäre und Hochstapler, die Fememörder und Industrie-Strauchritter, die sadistischen Sergeanten und blutrünstigen Generäle, die Barfräuleins und fetten Genießergestalten, die verlogenen Pauker und die bedauernswerten Primaner in Uniform.

Er wird zu einem literarischen George Grosz und kratzt die ganze kapitalistische Kulturtünche ab, die Heldenmystik, Parlamentarierphrasen und nationalistische Kraftprotzerei.<<

### **28.02.1949**

Auf dem 3. LDPD-Parteitag gibt der Parteivorstand am 28. Februar 1949 seine letzten Selbstständigkeitsbestrebungen auf und unterwirft sich der SED.

Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014) berichtet später über die SED (x156/67): >>Es war Februar 1949 geworden. Die SED hatte sich immer mehr dem "sowjetischen Vorbild" angeglichen. ... Das Zentralsekretariat der SED wurde aufgelöst. An seine Stelle trat ein Politbüro, bestehend aus 9 Mitgliedern, darunter 6 ehemaligen KP-Spitzenfunktionären und 3 ehemaligen Sozialdemokraten. Für die laufende Arbeit wurde ein "kleines Sekretariat" unter dem Vorsitz Ulbrichts geschaffen. Eine zentrale Parteikontrollkommission unter Vorsitz von Hermann Matern folgte.

All das lief unter der Losung der Entwicklung zu einer "Partei neuen Typs" – es war aber nichts anderes als die weitere Angleichung der SED an die stalinistische Partei der Sowjetunion.

Den kommunistischen Parteien Westeuropas blieb auch das letzte nicht erspart. Die Parteiführer wurden Ende Februar 1949 angehalten, öffentlich zu erklären, daß die kommunistischen Parteien im Falle einer militärischen Auseinandersetzung die sowjetischen Truppen unterstützen würden. ... Damit wurde der letzte Anschein einer Unabhängigkeit aufgegeben. Die Partei erklärte sich offen zum Hilfsverband der Sowjetarmee.<<

Die Berliner Wechselstuben zahlen am 28. Februar 1949 für 1 DM (West) = 4,10 DM (Ost).

### **Februar 1949**

Der ehemalige Leiter eines Beerdigungskommandos des sowjetischen Internierungslagers Sachsenhausen berichtet im Februar 1949 (x026/97): >>Im Februar 1949 entstand in der Kommandantur erhebliche Aufregung, der Grund dafür sprach sich schnell herum, der Nachrichtendienst im Lager funktionierte stets prompt und schnell: Internierte hatten einige der Pappschilder gefunden, die man den Toten an die Beine band und die beim Transport zum Friedhof verlorengegangen waren.

Es kam der Befehl, die Toten ohne diese Schilder zu beerdigen, um jede Möglichkeit der Zählung zu verschleiern. Nichts fürchtete man damals russischerseits mehr als ein Bekanntwerden der Totenzahl außerhalb des Lagers.

Aber die Zahlen waren bekannt. Es waren inzwischen in Sachsenhausen 19.000 beerdigt worden, besser eingescharrt. Das Lager ist bis 1950 praktisch zweimal ausgestorben! Auf dem Friedhof war es verboten, irgendwelche Blumen zu pflanzen. Auch die Hügel der Toten, die nach Zuschütten der Toten ca. 50 cm hoch waren, durften nicht neu aufgeschüttet werden. Es sollte nach Möglichkeit alles schnell dem Erdboden gleichgemacht werden. ...<<

### **01.03.1949**

Otto Grotewohl (1945 Vorsitzender der SPD in der SBZ, von 1946-54 SED-Vorsitzender) berichtet am 1. März 1949 in der Zeitschrift "Einheit" über die SED (x112/669): >>... (Die



Partei habe) die Verstärkung des Studiums der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ... zu einer besonderen Aufgabe unserer Schulungsarbeit gemacht. ...

Unsere Mitglieder haben erkannt, daß eine demokratische Entwicklung Deutschlands nur im engsten Anschluß an die Sowjetunion möglich ist. Im Leninismus erblicken wir den unverfälschten Marxismus ...

Wir haben in der Parteidiskussion die Theorie des "besonderen deutschen Weges zum Sozialismus" zerschlagen, die ... auch antisowjetischen und nationalistischen Tendenzen Vorschub leistete.<<

### **31.03.1949**

Nach offiziellen Angaben der Umsiedlerämter halten sich am 31. März 1949 insgesamt 4.442.318 - davon sind 1.874.736 männliche und 2.567.582 weibliche Vertriebene - in der SBZ auf (x009/131).

Von 1945 bis 1949 sind bereits rund 500.000 bis 600.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in das Gebiet der späteren BRD abgewandert.

### **22.04.1949**

Am 22. April 1949 fordert der SED-Parteivorstand "eine systematische Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Aufklärung" in der SBZ (x009/43-44): >>Aufklärung: a) Im Parteijargon jede Art von Propaganda, vor allem seitens der SED, der anderen Parteien, der Massenorganisationen und der Nationalen Front. ... Sehr häufig wird die Formel "Aufklärungsarbeit" gebraucht.

b) Erkundungs- und Spionagetätigkeit der Sicherheitsorgane außerhalb ihres Machtbereiches, vornehmlich in der Bundesrepublik und in West-Berlin. Diese Aufklärung obliegt überwiegend dem Staatssicherheitsdienst; sie ist zentralisiert in der "Hauptverwaltung A" des Ministeriums für Staatssicherheit. Daneben hat die Deutsche Grenzpolizei eine "Abteilung Aufklärung" (Koordinierung, Ministerium für Nationale Verteidigung).<<

### **07.05.1949**

Das "Leipziger Börsenblatt" fordert am 7. Mai 1949 intensivere "politische Öffentlichkeitsmaßnahmen" des Buchhandels (x112/694): >>Das politische Schaufenster, (das wir schon so oft forderten!) ist Verteidigung des Friedens, ist Kampf für den Frieden. Die Anklage gegen die neuen Bücherverbrenner ist Verteidigung des Friedens und Kampf für ihn.

Es genügt nicht, den Frieden zu preisen. ... Es genügt nicht, Bücher zu verkaufen! Die politische Demonstration für den Frieden ist heute – mehr denn je – keine bloß optische Darbietung, sondern ein Kampfmittel – dessen sollten sich alle Buchhändler bewußt sein. ...<<

### **08.05.1949**

Im Treptower Park wird am 8. Mai 1949 nach 3jähriger Bauzeit ein riesiges Ehrendenkmal für die Gefallenen der Roten Armee eingeweiht.

### **09.05.1949**

Marschall Wassili Tschuikow (1900-1982, 1949-52, Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) ordnet am 9. Mai 1949 für den 12. Mai, 00.01 Uhr, die Aufhebung der Berliner Blockade sowie die Öffnung der Verkehrswege von und nach Berlin an (x112/695).

### **12.05.1949**

Die Berliner Blockade (Beginn: 24. Juni 1948) wird am 12. Mai 1949 beendet.

Für rund 277.000 Flüge mußten die Nordamerikaner ca. 1,5 Milliarden DM, die Briten ca. 200 Millionen DM und die Deutschen ca. 150 Millionen DM aufwenden (x063/631).

### **28.05.1949**

Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 28. Mai 1949 (x112/706): >>... Als sich im Herbst vorigen Jahres durch den Erlaß des amerikanischen Einfuhrverbots sowjetisch lizenzierter Druckerzeugnisse in die Westzonen auch für den Buchhandel die Blockade endgültig aus-

wirkte, da war mehr zerstört als nur die wirtschaftliche Einheit eines gesamtdeutschen Produktionszweiges: das Buch als Repräsentant deutschen Geistes war in weiten Absatzgebieten enturzelt, das freie deutsche Wort im Westen Deutschlands verboten.<<

### **30.05.1949**

In Ostberlin verkündet der 3. Volkskongreß am 30. Mai 1949 die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, die ebenfalls für Gesamtdeutschland gelten soll (x105/306): >>Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf. ... Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.<<

### **06.06.1949**

Der evangelische Bischof Dibelius kritisiert am 6. Juni 1949 die linksradikale Politik in der sowjetischen Besatzungszone (x112/710): >>... Ernste Sorge mache die Entheiligung des Sonntags, die Behinderung des Religionsunterrichts, die Beeinflussung der Schule "im anti-christlichen Sinne".<<

### **22.06.1949**

Sämtliche Apotheken werden durch eine DWK-Verordnung vom 22. Juni 1949 verstaatlicht. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Apotheken" in der SBZ (x009/24): >>Alle Apotheken wurden durch Verordnung der DWK vom 22.6.1949 enteignet, alle Realrechte für erloschen erklärt. ...

Das Apothekenwesen wurde 1958 gesetzlich geregelt. Es soll nur noch "staatliche Apotheken" geben, die als öffentliche Apotheken von den Kreisen geführt werden (daneben Krankenhausapotheken, tierärztliche Apotheken und nichtöffentliche Apotheken für besonderen Bedarf staatlicher Einrichtungen, insbesondere der Nationalen Volksarmee). ...<<

### **29.06.1949**

Die SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl schreiben am 29. Juni 1949 in einem offenen Brief an die Mitglieder der SED (x112/717): >>Ein Teil unserer Funktionäre und Mitglieder verkennen die Rolle der FDJ als der fortschrittlichsten Jugendorganisation und als Verbündete im Kampf unserer Partei.

Andere glauben unter Mißachtung der politisch notwendigen Unabhängigkeit der FDJ, sich unmittelbar kommandierend einschalten zu können. ...

(Vielmehr sei) Gewinnung und ... kühne Einbeziehung junger Menschen in die aktive und verantwortungsvolle Arbeit unserer Parteiorganisation eine Notwendigkeit.<<

### **16.08.1949**

Ein SED-Politbeschuß vom 16. August 1949 fordert die Schaffung von Parteiorganisationen im Apparat der Partei und der "Massenorganisationen" (x009/280): >>... Im Apparat der Massenorganisationen zentral, bei den Landesvorständen und Kreisleitungen sind die Parteimitglieder zu Parteigruppen zusammenzufassen. ...

Der Apparat der Parteigruppen muß ein operatives Instrument der Parteileitung sein. ... In den Parteigruppen ist jeder Genosse, gleich welche Funktion er im Apparat hat, zuerst Mitglied der Partei ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Parteigruppe" in der SBZ (x009/319-320): >>Nach dem Vorbild der KPdSU werden seit 1953 in verstärktem Maße die Betriebsparteiorganisationen der SED in den Großbetrieben, staatlichen Institutionen sowie den Apparaten der SED und der Massenorganisationen in Parteigruppen untergliedert.

Der Parteigruppe gehören alle SED-Mitglieder an, die an einem gemeinsamen Arbeitsplatz, z.B. in einer Unterabteilung oder Brigade, tätig sind. In der Regel soll die Parteigruppe nicht mehr als 8 bis 10 SED-Angehörige umfassen.

Unter Anleitung eines Parteiorganisators, der die Verbindung zur SED-Betriebsgruppe herstellt, haben sie die Aufgabe, sich an ihrem speziellen Arbeitsplatz gegenseitig zu überwa-

chen, die Arbeit sowie das Privatleben ihrer unmittelbaren Kollegen zu kontrollieren und die Durchführung sämtlicher Parteibeschlüsse auf unterster Ebene zu gewährleisten.

Die Parteigruppe soll "die führende Rolle der SED auf allen Gebieten" auf unterster Ebene verwirklichen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Massenorganisationen" in der SBZ (x009/280): >>Von der SED gesteuerte Organisationen.

Die Massenorganisationen sollen als "Transmissionsriemen" die Bevölkerung für die Verwirklichung der SED-Politik aktivieren. Mitgliedschaft in einer der Massenorganisationen gilt als Mindestmaß "gesellschaftlicher Aktivität".

Trotz teilweise vorgegebener parteipolitischer Neutralität oder parteimäßig nicht gebundener Vorsitzender werden sämtliche Massenorganisationen durch die SED, vor allem durch die hauptamtlichen Funktionäre, die überwiegend SED-Mitglieder sind, geleitet. ...<<

### **25.08.1949**

Der 4. Pädagogische Kongreß beschließt am 25. August 1949 "Schulpolitische Richtlinien für die deutsche demokratische Schule" (x112/758-759): >>... Für die Festigung und den Ausbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ist die entschiedene Weiterführung der demokratischen Schulreform von wesentlicher Bedeutung. ... (Die SED fordert) Erziehung der Jugend zu einem demokratischen Nationalbewußtsein ... zu einer neuen Sittlichkeit und Arbeitsdisziplin als Voraussetzung für eine bewußte Einordnung in die neue Gesellschaft. ...

Als Glied der demokratischen Einheitsschule hat der Kindergarten heute zwei wesentliche Aufgaben zu erfüllen.

1. Als organische Vorstufe der Schulerziehung führt er die Kinder zur Schulreife. ...
2. Die verstärkte Beteiligung der Frauen am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben ist eine wesentliche Voraussetzung zu ihrer Gleichberechtigung.

Der Kindergarten fördert durch die Entlastung der arbeitenden Frauen diese Entwicklung.<<

### **August 1949**

Im August 1949 werden in der gesamten sowjetischen Zone verstärkt Arbeiterfamilien zwangsweise für den Uranbergbau in den Erzgebirgskreis Aue umgesiedelt.

Es handelt sich bei diesen "Umgesiedelten" vor allem um reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene.

### **07.09.1949**

Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 7. September 1949 im US-Radiosender "RIAS" zur Konstituierung des Bundestages (x112/768): >>... Es fehlen noch die 5 Fahnen und Wappen der Länder der ostdeutschen Zone, und es fehlt vielleicht auch noch die volle wirklich klare Erkenntnis, daß die Rückgewinnung des Ostens und Berlins, die Wiedergewinnung eines einheitlichen Deutschlands nicht ein Geschenk vom Himmel ist, sondern daß die Rückgewinnung der Einheit Deutschlands von uns erkämpft, erobert und erstritten werden muß.<<

### **13.09.1949**

Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtet über die Haftbedingungen im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/97): >>Bis September 1949 wurde in der 2. Zone des Lagers immer noch die beim Russen so populäre Glatze geschneitten. Nur prominente Persönlichkeiten wie Barackenälteste, Blockälteste, Läufer, Ärzte und Sanitätspersonal durften lange Haare tragen. Damit wurde der Haß des einfachen Häftlings gegen diese Leute immer wieder entflammt. Oft gab es schwere Debatten über das Haarschneiden mit dem Kommandanten. Endlich, im September 1949, kam dann der Befehl, daß sämtliches Glatzeschneiden zu unterbleiben hätte. ...

Am 13. September 1949 wurde ich dann geröntgt. Bis zu dieser Zeit gab es nämlich so etwas

nicht. Bei mir stellte man eine schwache Verschattung der Lunge fest und ich wurde ... ins Revier eingeliefert. ... Dadurch konnte ich mein Gewicht von 46 auf 59 Kilo erhöhen. Beim ersten Serienröntgen wurde ein trauriges Ergebnis erzielt. Von 10 Mann hatten in der ersten Zeit mindestens 8 oder 9 Mann Tuberkulose. ...<<

**07.10.1949**

Die "Provisorische Volkskammer" gründet am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik.

## Schlußbemerkungen

Die völkerrechtswidrigen Handlungen in der mitteldeutschen Besatzungszone wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Bundesregierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten nicht zu stören oder zu gefährden.

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Infolge der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni 1919 wurde die Geschäftsfähigkeit der Deutschen durch die Siegermächte drastisch eingeschränkt.

Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit. Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen unser Land allmählich vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren. Die Rückgewinnung der Freiheit und den Erhalt der Heimat wird es nicht kampflos geben!

Bei dem Entscheidungskampf gegen das globale Terrorimperium geht es nicht nur um die Wiedergewinnung unserer Freiheit und um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!  
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht,

damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien  
und für unsere Nachkommen bewahren können.  
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk  
und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften  
bis zum letzten Atemzug verteidigen,  
denn wir sind es unseren Vorfahren und  
unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel  
Geheiligt werde dein Name.  
Dein Reich komme.  
Dein Wille geschehe,  
wie im Himmel, so auf Erden.  
Unser tägliches Brot gib uns heute.  
Und vergib uns unsere Schuld,  
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.  
Und führe uns nicht in Versuchung,  
sondern erlöse uns von dem Bösen.  
Denn dein ist das Reich  
und die Kraft und die Herrlichkeit  
in Ewigkeit.  
Amen.

## GOTT MIT UNS

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.02.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Das Sonderheft Nr. 22 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.

Beispiel: (x142/79) = Daten der Weltgeschichte. Von der Altsteinzeit bis heute, Seite 79.

x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x037	Sander, Helke, und Barbara Johr (Hg.): <u>Befreier und Befreite</u> . Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. Frankfurt/Main 1995.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Flucht und Vertreibung</u> . Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte</u> . Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2</u> . Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte. Band 3</u> . Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.

x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten.</u> Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3.</u> Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x092	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik der Deutschen.</u> 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war.</u> Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947.</u> Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x112	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1948-1949.</u> Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft Kultur. Augsburg 1992.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: <u>Stunde Null in Deutschland.</u> Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x116	Ranke, Winfried u.a.: <u>Kultur, Pajoks und CARE-Pakete.</u> Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.
x122	Dollinger, Hans: <u>SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE.</u> 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x124	Jering, Karl: <u>Überleben und Neubeginn.</u> Aus dem Tagebuch eines Deutschen 1945/46. München 1979.
x126	Klonovsky, Michael, und Jan von Flocken: <u>Stalins Lager in Deutschland 1945-1950.</u> 3. Auflage. Berlin 1993.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2.</u> 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x153	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Forum für Kultur und Politik.</u> Heft 13. Bonn 1995.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Tepe: <u>Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten.</u> Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x170	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): <u>Menschen wie wir ...</u> Teil I. Erinnerungen an geliebte Menschen. Kassel 2000/2001.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): <u>Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert.</u> Dortmund 1997.
x250	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): <u>DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN A-Gn 1.</u> Leipzig 2006.
x251	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): <u>DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Go-Pah 2.</u> Leipzig 2006.
x252	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): <u>DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Pai-Z 3.</u> Leipzig 2006.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können.</u> Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x299	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 4.</u> In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.



## Internet

x846	Volkslieder: <a href="http://ingeb.org/Volksong.html">http://ingeb.org/Volksong.html</a> - September 2013.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: <a href="http://www.theologisches.net/index.-php?option=com_content&amp;view=article&amp;id=52&amp;Itemid=58">http://www.theologisches.net/index.-php?option=com_content&amp;view=article&amp;id=52&amp;Itemid=58</a> - März 2015.
x859	<a href="http://www.verfassungen.de/de/gg/grundgesetz-vergleiche-i.htm">http://www.verfassungen.de/de/gg/grundgesetz-vergleiche-i.htm</a> - Oktober 2015.
x887	<a href="http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html">http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html</a> - Dezember 2016
x919	<a href="http://artikel20gg.de/Texte/Carlo-Schmid-Grundsatzrede-zum-Grundgesetz.htm#2u">http://artikel20gg.de/Texte/Carlo-Schmid-Grundsatzrede-zum-Grundgesetz.htm#2u</a> - April 2019
x920	<a href="https://horst-koch.de/nachkriegsdeutschland-ab-1945/">https://horst-koch.de/nachkriegsdeutschland-ab-1945/</a> - April 2019
x941	<a href="https://horst-koch.de/nachkriegsschuld-r-keeling/">https://horst-koch.de/nachkriegsschuld-r-keeling/</a> – Juli 2019